Schütze / Tscherning / Wais

Handbuch des Schiedsverfahrens

Handbuch des Schiedsverfahrens

Praxis der deutschen und internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

von
Rolf A. Schütze,
Dieter Tscherning,
Walter Wais

1985
Walter de Gruyter · Berlin · New York

Dr. jur. Rolf A. Schütze
Honorarprofessor an der Universität Tübingen,
Rechtsanwalt in Stuttgart

Dr. jur. Dieter Tscherning
Stellvertretender Geschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart

Walter Wais
Vorsitzender Richter am OLG Stuttgart

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Schütze, Rolf A.:
Handbuch des Schiedsverfahrens : Praxis d. dt. u. internat. Schiedsgerichtsbarkeit / von Rolf A. Schütze ; Dieter Tscherning ; Walter Wais. – Berlin ; New York : de Gruyter, 1985.
ISBN 3-11-007947-X

NE: Tscherning, Dieter:; Wais, Walter:

©
Copyright 1985 by
Walter de Gruyter & Co. 1000 Berlin 30
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Printed in Germany
Satz und Druck: Saladruck, Berlin 36
Bindearbeit: Verlagsbuchbinderei Dieter Mikolai, Berlin 10

Vorwort

Die Schiedsgerichtsbarkeit hat – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – die staatliche Gerichtsbarkeit national und international zurückgedrängt. Beide Aspekte des Schiedsverfahrens werden im vorliegenden Handbuch gleichgewichtig behandelt. Die Darstellung konzentriert sich dabei auf drei Gesichtspunkte: Soll überhaupt eine Schiedsvereinbarung abgeschlossen werden? Welchen Inhalt muß diese gegebenenfalls haben? Wie gestalten sich Schiedsverfahren und Durchsetzung des Schiedsspruchs?

Die Art der Darstellung ist durch den jeweiligen Autor bestimmt und zeigt sachbedingte Differenzierungen, die einer besseren Benutzbarkeit des Werkes dienen sollen.

Das von Wais bearbeitete deutsche Schiedsverfahren will anhand eines Falles durch alle Stationen des Schiedsverfahrens – unabhängig von der teilweise konfusen Gesetzesfolge – führen. Auf eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Literaturmeinungen wird dabei weitgehend verzichtet, soweit eine gefestigte Rechtsprechung vorliegt. Denn der Benutzer, insbesondere auch der juristisch nicht vorgebildete Schiedsrichter oder die Partei ohne juristischen Beistand, soll bei seinen Dispositionen eine verläßliche Leitlinie haben. Dazu dient es, wenn die ständige Rechtsprechung oberer Gerichte in diesem Teil als gegeben hingenommen wird.

Es bringt die an einem schiedsrichterlichen Verfahren Beteiligten nicht weiter, wenn sie sich auf dogmatische Streitfragen einlassen und darüber aus dem Auge verlieren, daß es allein gilt, einen konkreten Rechtsstreit möglichst rasch, möglichst billig und möglichst praktikabel beizulegen. Zumal die Schiedsrichter sollten bestrebt sein, auf dem kürzesten, von der Rechtsprechung vorgezeichneten und im wesentlichen geebneten Weg zu ergründen, worüber die Parteien streiten und deutlich auszusprechen, was zwischen ihnen rechtens ist. Rechtsfortbildung gehört so wenig zu den Aufgaben der Schiedsrichter wie Rechtsvereinheitlichung, zumal da ihrem Schiedsspruch jede präjudizielle Wirkung abgeht.

Dem Zweck der Darstellung entsprechend sind die Erläuterungen möglichst kurz gehalten, dafür aber von zahlreichen „Mustern" begleitet, die sich an gehöriger Stelle in den Text fügen. Diese Muster sind aus der Praxis für die Praxis entwickelt worden. Sie gehen in dem gebotenen Umfang auch auf Fallgestaltungen ein, die, wo nicht alltäglich, so doch auch nicht gänzlich unüblich sind. Dem „Fachmann" mögen sie mitunter trivial erscheinen – dem unbewanderten Nichtjuristen sind sie hoffentlich eine Anleitung, die das eigene Denken nicht zu ersetzen, aber anzuregen vermag.

Soweit tunlich ist der – manchmal verunglückte – gesetzliche Sprachgebrauch beibehalten worden, um vor allem dem Nichtjuristen nicht das Verständnis durch ein Spezial-Vokabular zu erschweren. Die einzige Abweichung vom gesetzlichen Sprachgebrauch besteht darin, daß aus den in der Einleitung dargestellten Gründen (vgl. Rdn. 38) einheitlich statt des Begriffes „Schiedsvertrag" stets der Begriff „Schiedsvereinbarung" verwandt wird, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um ein für einen schon entstandenen Streit – kraft „Schiedsvertrags" im engeren Sinn – vereinbartes Schiedsgericht handelt, oder um ein Schiedsgericht, das mittels „Schiedsklausel" für künftige Streitigkeiten vorgesehen ist.

Der Schwerpunkt liegt nicht auf dem verhältnismäßig seltenen Gelegenheitsschiedsgericht, das nach Entstehung – bei „Gelegenheit" – eines Rechtsstreits zu dessen Beilegung vereinbart worden ist (auch ad hoc-Schiedsgericht, isoliertes Schiedsgericht oder freies Schiedsgericht genannt), sondern auf dem durch eine „Schiedsklausel" für künftige Streitigkeiten vereinbarten.

Das gemäß § 1048 ZPO durch letztwillige Verfügung angeordnete Schiedsgericht wird seiner geringen Bedeutung wegen nur behandelt, soweit es wesentliche Abweichungen vom vertraglichen Schiedsgericht aufweist. Dagegen ist dem – gleichfalls einseitig dekretierten –, kraft „Satzungsunterworfenheit" eingerichteten institutionellen Schiedsgericht ein besonderer Abschnitt gewidmet, in dem auch die ständigen Schiedsgerichte und die gängigen Muster-Schiedsgerichtsordnungen ihren Platz finden.

Das von SCHÜTZE bearbeitete internationale Schiedsverfahren muß dagegen in erheblich größerem Maße Literatur berücksichtigen, da hier eine gefestigte Rechtsprechung vielfach fehlt. Dieser Teil berücksichtigt neben dem autonomen Recht die zahlreichen Staatsverträge und bringt erstmals eine Länderübersicht über die Durchsetzbarkeit deutscher Schiedssprüche im Ausland. Denn schon beim Abschluß einer Schiedsvereinbarung müssen sich die Parteien darüber Gedanken machen, ob und in welchem Maße ein ergehender Schiedsspruch gegebenenfalls durchgesetzt werden kann. Jegliches Verfahren von staatlichen oder Schiedsgerichten wird nicht um platonischer Ideale willen, sondern zur Durchsetzung von Rechten geführt. Und ein Schiedsspruch, dessen Vollstreckung letztlich an territorialen Grenzen scheitert, ist nicht mehr als ein Stück Papier.

TSCHERNING hat die wesentlichen Schiedsgerichtsinstitutionen und Musterschiedsordnungen national und international dargestellt. Gerade die „verwaltete Schiedsgerichtsbarkeit" bietet auch dem weniger Kundigen die Möglichkeit, sich der Schiedsgerichtsbarkeit zu bedienen. Das gilt insbesondere im internationalen Bereich.

Es ist selbstverständlich, daß bei mehreren Autoren unterschiedliche Meinungen zu einzelnen Problemen auftreten können. Wo wir trotz aller „Koordinierung" gegensätzliche Meinungen vertreten, haben wir dies kenntlich gemacht.

Stuttgart, im Oktober 1984 SCHÜTZE/TSCHERNING/WAIS

Inhaltsverzeichnis

	Rdn.	Seite
VORWORT		V
LITERATURVERZEICHNIS		XXXIII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS		XLIX
EINLEITUNG		1
A. Vor- und Nachteile der Schiedsgerichtsbarkeit	1	1
I. Spezielle Sachkunde	3	2
II. Verfahrensdauer	4	3
III. Verfahrensgestaltung	5	4
1. Zustellungen	6	4
2. Beweiserhebung	7	4
3. Sprache	8	5
IV. Kosten	9	5
1. Nationale Verfahren	10	5
2. Internationale Verfahren	11	7
3. Kostenerstattung	12	8
V. Präzendenzwirkung der Entscheidung	13	8
1. Der ARAMCO-Schiedsspruch	15	9
2. Der SOJUZNEFTEXPORT-Fall	16	9
VI. Vertraulichkeit	17	9
VII. Durchsetzbarkeit des Titels	18	10
1. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	19	10
2. Sonstige Bindungswirkung	20	11
B. Verbandsschiedsgerichtsbarkeit	21	11
C. Institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit und ad-hoc-Schiedsgerichte	25	12
I. Das ad-hoc-Schiedsgericht	26	13
II. Die institutionellen Schiedsgerichte	28	14
1. Vor- und Nachteile der institutionellen Schiedsgerichtsbarkeit	29	14
2. Wesentliche institutionelle Schiedsgerichte	34	15
D. Abgrenzung der privaten Schiedsgerichtsbarkeit von verwandten Rechtsinstituten	35	16
I. Schiedsgerichtsvereinbarung und Schiedsgutachterabrede	35	16
II. Private und öffentlich-rechtliche Schiedsgerichtsbarkeit	37	18
E. Terminologie	38	18

1. TEIL: DAS DEUTSCHE SCHIEDSVERFAHREN

A. Die Schiedsvereinbarung ... 40 21
I. Die rechtliche Natur der Schiedsvereinbarung ... 40 21
II. Die Voraussetzungen für die rechtliche Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung ... 41 22
1. Subjektive Vergleichsfähigkeit ... 42 22
2. Objektive Vergleichsfähigkeit ... 43 22
3. Schiedsunfähige Streitgegenstände ... 44 23
4. Schiedsgerichtsbarkeit und Rechtsweg ... 46 25
5. Künftige Rechtsstreitigkeiten ... 47 26
6. Kartellstreitigkeiten ... 48 26
7. Erstreckung auf rechtsähnliche Ansprüche ... 49 27
8. Schiedsunfähige Verfahrensarten ... 50 27
III. Die materielle Tragweite der Schiedsvereinbarung ... 53 28
1. Erstreckung auf Angriffs- und Verteidigungsmittel ... 53 28
2. Aufrechnung ... 54 28
3. Zurückbehaltungsrecht ... 56 30
4. Widerklage ... 57 31
IV. Die persönliche Tragweite der Schiedsvereinbarung ... 58 31
1. Allgemeines ... 58 31
2. Erstreckung auf Dritte ... 59 31
3. Übergang auf Dritte ... 60 32
a) Gesamtrechtsnachfolge ... 61 32
b) Einzelrechtsnachfolge ... 62 33
V. Die Form der Schiedsvereinbarung ... 65 35
1. Allgemeines ... 65 35
2. Formstatut ... 66 35
3. Regelmäßige Form ... 67 36
a) Ausdrücklichkeit, Bezugnahme ... 67 36
b) Schriftlichkeit ... 69 36
c) Besondere Urkunde ... 70 37
4. Änderungen und Ergänzungen ... 73 38
5. Vorverträge ... 74 38
6. Heilung formaler Mängel ... 75 39
VI. Ausnahmen vom Formzwang ... 76 40
1. Handelsschiedsgerichte ... 77 40
a) Kaufmannseigenschaft ... 78 40
b) Handelsgeschäfte ... 83 43
c) Formlosigkeit ... 86 44
d) Stillschweigende Schiedsvereinbarungen ... 87 44
e) Beurkundungszwang ... 88 45
2. Formfreiheit bei Rechtsnachfolge ... 89 46
3. Schiedsanordnungen ... 90 47
VII. Der Inhalt der Schiedsvereinbarung ... 92 47
1. Notwendiger Inhalt ... 93 48

2. Gebotener Inhalt ... 94 49
a) Materielle Tragweite ... 95 49
b) Subjektive Tragweite ... 97 51
c) Ausschluß des Rechtsweges ... 98 52
d) Besetzung des Schiedsgerichts ... 100 55
e) Beziehungen der Parteien zu den Schiedsrichtern ... 106 59
f) Weisungsgebundenheit ... 107 61
g) Weisungen zum Verfahrensablauf ... 108 61
h) Weisungen zur Rechtsfindung ... 110 63
i) Vereinbarung des zuständigen Gerichts ... 115 65
3. Muster einer umfassenden Schiedsvereinbarung ... 116 66
4. Zweckmäßiger Inhalt im Einzelfall ... 117 69
a) Ermächtigung zur Rechtsgestaltung ... 117 69
b) Kompetenz-Kompetenz ... 118 70
c) Kontinuität der Besetzung ... 119 71
d) Verbrauch der Schiedsvereinbarung ... 120 71
e) Gemeinsamer Schiedsrichter bei Streitgenossen ... 121 72
5. Sonderregelungen ... 122 72
a) Oberschiedsgericht ... 122 72
b) Abstimmungsmehrheit ... 123 73
c) Verbleib der Kostenvorschüsse ... 124 73
d) Teilunwirksamkeit ... 125 73
VIII. Die Wirkungen der Schiedsvereinbarung ... 126 73
1. Materiell-rechtliche Wirkung ... 126 73
2. Prozessuale Wirkung (Schiedseinrede) ... 128 74
a) Geltendmachung der Schiedseinrede ... 129 75
b) Folgen der wirksamen Schiedseinrede ... 130 75
c) Selbständige Feststellungsklage ... 131 76
d) Schiedseinrede und Widerklage ... 132 76
e) Schiedseinrede gegenüber Aufrechnung und Zurückbehaltung ... 133 76
f) Schiedseinrede in besonderen Verfahrensarten ... 135 77
IX. Das Erlöschen der Schiedsvereinbarung ... 136 78
1. Aufhebung ... 137 78
2. Anfechtung ... 138 79
3. Rücktritt ... 139 79
4. Kündigung ... 140 79
5. Bedingung und Befristung ... 141 80
6. Hauptvertrag und Schiedsvereinbarung ... 142 80
7. Entscheidung durch das Staatsgericht ... 143 80
8. Verlust der Schiedseinrede ... 144 80
9. Schiedsrichterwegfall ... 145 81
10. Ablehnung einer Sachentscheidung ... 146 83
11. Stimmengleichheit ... 147 83
12. Schiedsvergleich ... 149 84
13. Schiedsspruch ... 150 84
14. Konkurs, Tod, Geschäftsunfähigkeit ... 151 85

15. Verfahren bei behauptetem Erlöschen ... 152 85
X. Die Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung ... 153 86
1. Formmangel ... 153 86
2. Gesetzesverstoß ... 154 86
a) Fehlende Vergleichsberechtigung ... 154 86
b) Unbestimmtes Rechtsverhältnis ... 154 86
c) Wohnraumstreitigkeiten ... 154 86
d) Kartellstreitigkeiten ... 155 86
e) Börsenstreitigkeiten ... 155 87
f) Patentstreitigkeiten ... 155 87
3. Verstoß gegen überparteiliche Rechtspflege ... 156 87
a) Richter in eigener Sache ... 157 87
b) Übergewicht einer Partei bei der Besetzung ... 158 88
4. Sittenverstoß ... 159 89
5. Knebelung ... 160 89
a) Soziale Überlegenheit ... 160 89
b) Ausnutzung ... 160 90
c) Nötigung ... 160 90
d) Wirkung ... 160 90
e) Beweislast ... 160 90
6. Berufsrichter als Schiedsrichter ... 161 91
7. Hauptvertrag und Schiedsvereinbarung ... 162 91
a) Unwirksamer Hauptvertrag ... 162 91
b) Zweifelhafter Hauptvertrag ... 162 91
c) Unwirksame Schiedsvereinbarung ... 162 91
8. Heilung unwirksamer Schiedsvereinbarungen ... 163 92
a) Formmängel ... 164 92
b) Materielle Mängel ... 165 92
c) Fehlen einer Vereinbarung ... 166 93
9. Verfahren bei behaupteter Unwirksamkeit ... 167 93
XI. Außervertragliche Schiedsgerichte ... 168 93
1. Letztwillig angeordnete Schiedsgerichte ... 169 94
2. Durch Auslobung angeordnete Schiedsgerichte ... 170 95

B. Der Schiedsrichtervertrag ... 171 96
I. Rechtsnatur des Schiedsrichtervertrags ... 171 96
1. Wesen ... 171 96
2. Rechtsnatur ... 172 96
3. Nationalität ... 173 96
4. Parteien des Schiedsrichtervertrags ... 174 96
5. Selbständigkeit der Schiedsrichterverträge ... 175 97
II. Die Schiedsrichter ... 176 97
1. Allgemeines ... 176 97
a) Befugnis zum Schiedsrichteramt ... 177 97
b) Juristische Personen als Schiedsrichter ... 178 97
c) Behörden und Gerichte als Schiedsrichter ... 179 98

d) Richter und Beamte als Schiedsrichter ... 180 98
e) Notare als Schiedsrichter ... 182 99
2. Freie Auswahl der Schiedsrichter ... 183 99
a) Ungeeignete Schiedsrichter ... 183 99
b) Kontaktaufnahme vor der Ernennung ... 183 100
c) Unzumutbare Schiedsrichter ... 183 100
d) Fachleute als Schiedsrichter ... 184 100
e) Auswahl durch Dritte ... 185 101
III. Das Zustandekommen des Schiedsrichtervertrages ... 186 101
1. Einigung der Beteiligten ... 186 101
2. Angebot ... 187 101
3. Annahme ... 188 102
4. Musterkorrespondenz ... 189 103
5. Kompetenzbegründung ... 190 104
IV. Die vertragliche Bildung des Schiedsgerichts ... 191 105
1. Gemeinschaftliche Ernennung ... 192 105
2. Ernennung durch einen Dritten ... 193 105
3. Ernennung eines Obmannes ... 194 107
V. Die gesetzliche Aushilfsregelung ... 195 108
1. Ingangsetzung des Ernennungsverfahrens ... 196 108
a) Schriftliche Bezeichnung eines Schiedsrichters ... 197 108
b) Zugang der Erklärung ... 197 108
c) Inhalt der Erklärung ... 198 108
d) Bezeichnung des Streitgegenstandes ... 198 109
e) Aufforderung zur Bezeichnung eines Schiedsrichters ... 198 109
f) Fristsetzung ... 199 109
g) Mustererklärung ... 200 109
h) Verhalten des Gegners ... 201 109
i) Betreibende Partei ... 202 110
2. Gerichtliche Ernennung eines Schiedsrichters ... 203 110
a) Fristablauf als Voraussetzung ... 204 110
b) Zuständiges Gericht ... 205 111
c) Form des Ernennungsantrags ... 206 112
d) Inhalt des Ernennungsantrags ... 207 112
e) Muster eines Ernennungsantrags ... 208 112
f) Verfahren des Gerichts ... 209 113
g) Entscheidungsmuster ... 210 115
3. Verfahren bei Ernennungsstreit ... 211 116
VI. Fristwahrung durch Einleitung des schiedsrichterlichen Verfahrens ... 212 116
1. Verjährungsunterbrechung ... 213 117
2. Ersitzungsunterbrechung ... 214 117
3. Wahrung der Klagfrist im Eilverfahren ... 215 117
VII. Die rechtlichen Beziehungen der am Schiedsrichtervertrag Beteiligten ... 216 118
1. Die Beteiligten ... 216 118
2. Privatrechtliche Ausgestaltung ... 217 118
3. Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit ... 218 118

4. Pflichten und Lasten der Schiedsrichter ... 219 118
a) Mitwirkungspflicht ... 220 119
b) Verschwiegenheitspflicht ... 221 119
c) Beschleunigungspflicht ... 222 119
d) Auskunfts- und Rechenschaftspflicht ... 223 120
e) Weisungsunterworfenheit ... 224 120
5. Höchstpersönlichkeit des Schiedsrichteramts ... 225 120
6. Befugnisse der Schiedsrichter ... 226 121
a) Ermächtigung zur Verfahrensgestaltung ... 226 121
b) Vertretungsbefugnis ... 227 121
7. Beziehungen der Schiedsrichter zueinander ... 228 122
a) Tatsächliche Verbundenheit ... 228 122
b) Zweier-Schiedsgericht ... 228 122
c) Der Obmann ... 229 122
8. Die Verantwortlichkeit der Schiedsrichter ... 230 123
a) Die privatrechtliche Verantwortlichkeit ... 230 123
b) Die strafrechtliche Verantwortlichkeit ... 231 124
VIII. Die finanziellen Ansprüche der Schiedsrichter ... 232 125
1. Der Vergütungsanspruch ... 233 125
a) Gesamtschuldnerische Haftung der Parteien ... 233 126
b) Entstehung, Fälligkeit und Verjährung ... 233 126
c) Schiedsrichtervertrag und Vergütung ... 233 126
d) Schiedsspruch und Vergütung ... 233 126
e) Vergütungsvereinbarung ... 233 126
f) Die übliche Vergütung ... 234 126
g) Bemessungsmodelle ... 235 127
h) Empfohlene Regelung (Pauschalierung) ... 236 129
i) Streitwertbemessung ... 237 129
j) Vergütung nach Ermessen der Schiedsrichter ... 238 129
k) Steuerliche Behandlung der Vergütung ... 239 129
l) Keine eigene Festsetzung ... 241 130
m) Abführungspflicht bei öffentlich Bediensteten ... 242 131
2. Der Anspruch auf Aufwendungsersatz ... 243 131
a) Erforderliche und vereinbarte Aufwendungen ... 243 131
b) Art der Aufwendungen ... 243 131
c) Abrechnungspflicht ... 243 132
3. Der Anspruch auf Vorschuß ... 244 132
a) Gesamtschuldnerische Haftung der Parteien ... 244 132
b) Vorschußverlangen ... 244 132
c) Vorschußhöhe ... 244 133
d) Beitreibung des Vorschusses ... 245 133
e) Vorschuß und Verfahrensstand ... 245 134
IX. Der sonstige Inhalt des Schiedsrichtervertrags ... 246 134
1. Schriftliche Festlegung ... 246 134
2. Zweck der schriftlichen Festlegung ... 247 135
3. Festlegung durch Bevollmächtigte ... 248 135

4. Einstimmigkeit bei der Festlegung ... 249 136
5. Erwünschter Inhalt ... 250 136
6. Unerwünschter Inhalt ... 251 136
a) Haftungsbegrenzung ... 251 136
b) Gerichtsstandsvereinbarung ... 251 136
c) Verzicht auf Begründung ... 251 137
7. Muster für Schiedsrichterverträge ... 252 137
a) Grundmuster ... 252 137
b) Umfassendes Muster ... 253 138
X. Die Nichtigkeit des Schiedsrichtervertrags ... 254 140
1. Anfängliche Unwirksamkeit ... 254 140
a) Geschäftsunfähigkeit ... 255 140
b) Gesetzes- und Sittenverstoß ... 256 140
2. Vernichtbarkeit ... 257 140
3. Einwirkung auf die Schiedsvereinbarung ... 258 140
4. Unabhängigkeit des Schiedsrichtervertrags ... 259 141
XI. Die Beendigung des Schiedsrichtervertrags ... 260 141
1. Erledigung der Aufgaben ... 261 141
2. Aufhebung ... 262 141
3. Erlöschen der Schiedsvereinbarung ... 263 141
4. Wegfall des Schiedsrichters ... 264 142
5. Konkurs eines Beteiligten ... 265 142
XII. Der Wegfall des Schiedsrichters ... 266 142
1. Einwirkung auf die Schiedsvereinbarung ... 267 142
2. Gesetzliche Ersatzregelung ... 268 143
a) Gerichtlich ernannter Schiedsrichter ... 268 143
b) Von einem Dritten ernannter Schiedsrichter ... 269 143
c) Wegfall des Dritten ... 270 143
XIII. Die Ablehnung des Schiedsrichters ... 271 143
1. Allgemeines ... 271 143
2. Allgemeine gesetzliche Ablehnungsgründe ... 272 146
a) Absolute Ablehnungsgründe ... 273 146
b) Relative Ablehnungsgründe ... 274 147
aa) Persönliche Beziehungen ... 275 148
bb) Eigenes Interesse am Verfahrensgang ... 276 148
cc) Frühere Befaßtheit mit dem Streitfall ... 277 148
dd) Verhalten während des Verfahrens ... 278 149
3. Besondere gesetzliche Ablehnungsgründe ... 279 150
a) Ungebührliche Verzögerung ... 279 150
b) Minderjährigkeit, Amtsunwürdigkeit ... 280 150
4. Vertragliche Ablehnungsgründe ... 281 151
5. Ausschluß des Ablehnungsrechts ... 282 151
6. Verlust des Ablehnungsrechts ... 283 152
7. Geltendmachung der Ablehnung ... 284 153
8. Erklärung gegenüber dem Schiedsrichter ... 285 153
a) Allgemeines ... 286 153

b) Ablehnungsmuster ... 287 154
9. Gerichtliche Geltendmachung ... 288 155
a) Zuständiges Gericht ... 289 156
b) Anwaltszwang ... 290 156
c) Glaubhaftmachung ... 291 156
d) Ausschluß des Ablehnungsrechts nach Verfahrensbeendigung ... 292 156
e) Ablehnungsgesuch ... 293 157
10. Verfahren des Gerichts ... 294 158
a) Entscheidung durch Beschluß ... 294 158
b) Anhörung des Gegners ... 294 159
c) Muster eines stattgebenden Beschlusses ... 295 159
11. Rechtsmittel ... 296 160
12. Rechtskraftwirkung ... 297 161
XIV. Die Kündigung des Schiedsrichtervertrags ... 298 162
1. Allgemeines ... 299 162
2. Kündigung durch die Parteien ... 300 162
a) Gemeinschaftliche Kündigung ... 300 162
b) Wirkung der Kündigung ... 300 162
c) Bedingungsfeindlichkeit ... 300 163
d) Kündigungserklärung ... 301 163
3. Kündigung durch den Schiedsrichter ... 302 163
a) Mit Zustimmung der Parteien ... 303 164
b) Bei Möglichkeit der Ersatzbeschaffung ... 304 164
c) Kündigung aus wichtigem Grund ... 305 164
aa) Wegen schicksalhafter Umstände ... 306 165
bb) Wegen des Verhaltens der Schiedsparteien ... 307 165
cc) Wegen des Verhaltens der Mitschiedsrichter ... 308 166
dd) Wegen eigenen Verhaltens ... 309 166
XV. Die Rechtsfolgen der Ablehnung und der Kündigung ... 311 167
1. Nur anteilige Vergütung ... 312 167
2. Schadensersatzpflicht der Parteien ... 313 168
3. Wegfall der Vergütung ... 314 168
4. Schadensersatzpflicht des Schiedsrichters ... 315 168
5. Auslagenerstattung ... 316 169

C. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ... 317 169
I. Die Funktion des Schiedsgerichts allgemein ... 317 169
II. Die Ausrichtung des Verfahrens ... 318 169
1. Aktenführung ... 319 170
2. Sekretariat ... 320 170
3. Fachliteratur ... 321 170
4. Räumlichkeiten ... 322 171
5. Einvernehmen über die Verfahrensausrichtung ... 323 171
III. Die besonderen Bestimmungen für das Schiedsverfahren ... 324 171
1. Rechtliches Gehör ... 325 172
a) Mitteilung des Parteivorbringens ... 326 172

b) Gelegenheit zur Stellungnahme ... 327 172
c) Urkundeneinsicht ... 328 173
d) Mitwirkung bei der Sachaufklärung ... 329 173
e) Offenlegung von Rechtsfragen ... 330 173
f) Ankündigung von Ausschlußfolgen ... 331 174
2. Beschränkter Untersuchungsgrundsatz ... 332 174
a) Frage- und Hinweispflicht ... 332 174
b) Eigene Ermittlungen ... 332 174
c) Art und Weise der Ermittlungen ... 332 175
3. Prozeßbevollmächtigte ... 333 175
a) Kein Anwaltszwang ... 333 175
b) Keine Zurückweisung von Rechtsanwälten ... 333 175
c) Zurückweisung anderer Personen ... 333 176
4. Freibeweis ... 334 176
a) Keine Zwangsmittel ... 335 176
b) Keine Beeidigung ... 336 176
5. Bestimmung des Verfahrens durch die Parteien ... 337 177
6. Bestimmung des Verfahrens durch das Schiedsgericht ... 338 177
IV. Die Geltung allgemeiner Verfahrensregeln im Schiedsverfahren ... 339 178
1. Die Parteien ... 340 178
a) Partei- und Prozeßfähigkeit ... 340 178
b) Einfache Streitgenossenschaft ... 341 179
c) Notwendige Streitgenossenschaft ... 342 179
2. Umfang der Prozeßvollmacht ... 343 179
3. Prozeßhandlungen ... 344 180
a) Begriff ... 344 180
b) Bestandskraft der Prozeßhandlungen ... 345 180
c) Treu und Glauben im Schiedsverfahren ... 346 180
d) Wahrheitspflicht ... 347 180
e) Verfahrensstatut ... 347 180
4. Verfahrensrügen ... 348 181
5. Zuständigkeit des Schiedsgerichts ... 349 181
6. Verhandlungssprache; Dolmetscher ... 350 182
7. Ausländersicherheit ... 352 182
8. Verhandlungsprotokoll ... 353 182
9. Akten ... 354 183
a) Akteneinsicht ... 354 183
b) Aktenaufbewahrung ... 355 183
10. Mitteilungen an die Parteien ... 356 183
11. Fristen und Folgen ihrer Versäumung ... 357 184
a) Mitwirkungs- und Förderungspflicht der Parteien ... 358 185
b) Unbeachtlichkeit verspäteten Vorbringens ... 359 185
c) Ausreichende Bemessung der Fristen ... 360 185
d) Berechnung der Fristen ... 361 186
12. Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens ... 362 186
13. Beteiligung Dritter am Rechtsstreit ... 363 186

a) Streitverkündung ... 363 186
b) Streithilfe ... 364 187
c) Parteiwechsel ... 365 188
14. Besondere Verfahrensarten ... 366 188
15. Rechts- und Amtshilfe ... 367 188
V. Die Konstituierung des Schiedsgerichts ... 368 188
1. Allgemeines ... 368 188
2. Konstituierende Sitzung ... 369 189
a) Persönlicher Kontakt ... 369 189
b) Ausgestaltung der Schiedsrichterverträge ... 369 189
c) Technische Ausrichtung des Verfahrens ... 369 189
d) Verfahrensordnung und Arbeitsplan ... 370 189
e) Protokoll ... 371 189
f) „Schnellverfahren" ... 372 191
VI. Die Schiedsklage ... 373 191
1. Formlosigkeit ... 373 191
2. Inhalt ... 374 192
3. Rechtsschutzbedürfnis ... 377 193
4. Klagearten ... 378 194
a) Leistungsklage ... 379 194
b) Feststellungsklage, Zwischenfeststellungsklage ... 380 194
c) Gestaltungsklage ... 382 194
5. Anbringung und Erhebung der Schiedsklage ... 383 195
6. Muster einer Schiedsklage ... 384 195
7. Wirkungen der Klagerhebung (Schiedshängigkeit) ... 385 196
8. Klagänderung ... 386 197
9. Klagrücknahme ... 387 198
10. Widerklage ... 388 199
11. Verhalten des Beklagten ... 389 199
a) Verteidigungsbereitschaft ... 389 199
b) Klagerwiderung ... 390 199
VII. Die mündliche Verhandlung vor dem Schiedsgericht ... 391 200
1. Mündlichkeit ... 392 200
2. Vorbereitung der mündlichen Verhandlung ... 394 201
a) Vorbereitende Anordnungen ... 394 201
b) Ausreichende Fristen ... 395 202
c) Terminsverlegung ... 396 202
d) Persönliches Erscheinen der Parteien ... 397 202
e) Verhandlungsort ... 398 202
f) Muster einer vorbereitenden Verfügung ... 399 203
g) Ladung der Parteien; Empfangsbekenntnis ... 400 203
h) Vorberatung ... 401 204
3. Öffentlichkeit ... 402 204
4. Unmittelbarkeit der Verhandlung ... 403 204
5. Gang der Verhandlung ... 404 205
a) Verhandlungsleitung ... 405 205

b) Hausrecht ... 406 205
c) Rechtliches Gehör ... 407 206
d) Vergleichsgespräche ... 408 206
6. Terminsversäumung ... 409 207
7. Verhandlungsprotokoll ... 410 207
VIII. Die Beweiserhebung durch das Schiedsgericht ... 411 210
1. Allgemeine Grundsätze ... 411 210
a) Umfang der Ermittlungspflicht ... 412 210
b) Anforderungen an die Ermittlungspflicht ... 413 210
aa) Aufklärungs- und Fragepflicht ... 414 210
bb) Hinweispflicht auf Sachurteilsvoraussetzungen ... 415 211
cc) Hinweispflicht auf rechtliche Gesichtspunkte ... 416 211
2. Grundlagen der Beweiserhebung ... 417 212
a) Beweislastregelung ... 418 212
b) Ausdehnung der Beweiserhebung ... 419 212
c) Vorweggenommene Beweiswürdigung ... 420 213
d) Keines Beweises bedürftige Tatsachen ... 421 213
aa) Offenkundige Tatsachen ... 421 213
bb) Privat bekannte Tatsachen ... 422 213
cc) Durch Sachkunde feststehende Tatsachen ... 423 213
dd) Anderweitig bewiesene Tatsachen ... 424 214
ee) Als wahr zu unterstellende Tatsachen ... 425 214
ff) Unzulässige Beweismittel ... 426 214
gg) Untaugliche Beweismittel ... 427 214
3. Absehen von Beweiserhebung ... 428 214
4. Beweiserhebung und Einzelrichter ... 429 214
5. Parteiöffentlichkeit der Beweiserhebung ... 430 215
6. Der Beweisbeschluß ... 431 216
7. Überlegungen vor Anordnung der Beweiserhebung ... 433 216
8. Die Beweismittel im allgemeinen ... 434 216
9. Der Beweis durch Augenschein ... 435 217
a) Begriff ... 435 217
b) Erweiterter Begriff; Abgrenzung ... 436 217
c) Mitwirkung von Betroffenen ... 437 218
d) Durchführung; Zuziehung von Sachverständigen ... 438 218
10. Der Beweis durch Urkunden ... 439 218
a) Urkundenbegriff ... 440 218
b) Formelle Beweiskraft; Echtheit ... 441 219
aa) Öffentliche Urkunden ... 443 219
bb) Private Urkunden ... 444 220
cc) Mangelhafte Urkunden ... 445 220
dd) Unterschriftslose Urkunden ... 446 220
c) Materielle Beweiskraft ... 447 221
d) Führung des Urkundenbeweises ... 448 221
aa) Vorlegung durch den Beweisführer ... 449 221
bb) Vorlegung durch den Gegner ... 450 222

cc) Vorlegung durch einen Dritten ... 451 222
dd) Vorlegung durch eine Behörde ... 452 222
e) Fremdsprachige Urkunden ... 453 223
f) Behandlung von Urkunden ... 454 223
11. Der Beweis durch Sachverständige ... 455 223
a) Sachverständige Personen ... 456 223
b) Gegenstand des Sachverständigenbeweises ... 457 224
c) Verwertung des Sachverständigengutachtens ... 458 224
d) Der Vertrag mit dem Sachverständigen ... 459 225
e) Die Vergütung des Sachverständigen ... 460 225
f) Die Beauftragung des Sachverständigen ... 461 226
g) Mündliche oder schriftliche Begutachtung ... 462 227
h) Keine Beeidigung ... 463 227
i) Ablehnung des Sachverständigen ... 464 227
12. Der Beweis durch Zeugen ... 465 227
a) Allgemeines ... 465 227
b) Gegenstand der Beweiserhebung ... 466 228
c) Zeugnisfähigkeit ... 467 228
d) Keine Zeugnispflicht ... 468 228
e) Zeugenentschädigung ... 469 229
f) Mündliche und schriftliche Vernehmung ... 470 230
g) Einladung der Zeugen ... 471 230
h) Durchführung der Zeugenvernehmung ... 473 231
aa) Einzelvernehmung ... 474 231
bb) Belehrung ... 475 231
cc) Vernehmung zur Person ... 476 232
dd) Glaubwürdigkeitsfragen ... 477 232
ee) Zeugnisverweigerung ... 478 233
ff) Vernehmung zur Sache ... 479 233
gg) Protokoll ... 480 234
hh) Richter und Beamte als Zeugen ... 481 234
13. Beweis durch Einholung einer Amtsauskunft ... 482 235
14. Beweis durch Parteivernehmung ... 483 236
a) Vernehmung des Beweisgegners ... 483 236
b) Einverständliche Vernehmung des Beweisführers ... 483 236
c) Amtsvernehmung ... 484 236
d) Durchführung der Parteivernehmung ... 485 237
e) Parteianhörung ... 486 237

D. Die Aushilfe durch das staatliche Gericht ... 487 238
I. Allgemeines ... 487 238
II. Beschränkung auf richterliche Handlungen ... 488 238
1. Zustellungen ... 489 238
a) Auslandszustellung ... 489 238
b) Öffentliche Zustellung ... 489 239
2. Hilfeleistung bei der Beweiserhebung ... 490 239

3. Sonstige Hoheitshandlungen ... 491 240
III. Verfahren des staatlichen Gerichts ... 492 240
1. Parteibetrieb ... 492 240
2. Inhalt des Antrags ... 493 240
3. Antragsmuster ... 494 241
4. Zulässigkeitsprüfung ... 495 242
5. Entscheidung über den Antrag ... 496 242
6. Erledigung des Antrags ... 497 242
a) Erledigung nach ZPO ... 497 242
b) Abweichungen vom Antrag ... 497 243
c) Beauftragter und ersuchter Richter ... 497 243
d) Zeugen- und Sachverständigenentschädigung ... 497 244

E. Der schiedsrichterliche Vergleich ... 498 244
I. Allgemeines ... 498 244
II. Begriff und Rechtsnatur ... 499 244
1. Begriff ... 499 244
2. Rechtsnatur ... 499 245
a) Materieller Vertrag ... 499 245
b) Prozeßhandlung ... 499 245
III. Form des Schiedsvergleichs ... 500 246
1. Abschluß vor dem Schiedsgericht ... 501 246
2. Unterzeichnung und Datierung ... 502 246
3. Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung ... 503 247
4. Muster ... 504 247
5. Niederlegung ... 505 248
IV. Wirkung des Schiedsvergleichs ... 506 249
1. Beendigung des Schiedsverfahrens ... 506 249
2. Ersetzung materiell-rechtlicher Formerfordernisse ... 507 249
3. Streit über die Wirksamkeit des Schiedsvergleichs ... 508 250

F. Der Schiedsspruch ... 509 250
I. Wesen ... 509 250
II. Zweck ... 510 251
III. Arten ... 511 252
1. Teilschiedsspruch ... 511 252
2. Vorbehalt der Aufrechnung ... 512 252
a) Zuständigkeit des Schiedsgerichts ... 512 252
b) Zuständigkeit des Staatsgerichts ... 512 252
3. Zwischenschiedsspruch ... 513 253
a) Entscheidung über Prozeßvoraussetzungen ... 513 253
b) Vorabentscheidung über den Anspruchsgrund ... 513 253
c) Zwischenfeststellung ... 513 253
d) Zustellung und Niederlegung ... 513 253
4. Vorbehalt beschränkter Haftung ... 514 254
5. Anerkenntnis, Verzicht, Säumnis ... 515 254
IV. Zustandekommen des Schiedsspruchs ... 516 254

1. Beratung ... 516 254
2. Abstimmung ... 517 254
3. Beratungsgeheimnis ... 518 255
4. Mitwirkung Dritter ... 519 255
V. Abfassung des Schiedsspruchs ... 520 255
1. Allgemeines ... 520 255
2. Inhalt ... 521 256
a) Bezeichnung der Parteien ... 521 256
b) Bezeichnung der Schiedsrichter ... 521 256
c) Verhandlungsschluß ... 521 256
d) Entscheidungsformel ... 521 256
e) Begründung ... 521 257
VI. Unterzeichnung und Datierung ... 522 258
1. Unterschrift ... 522 258
2. Tag der Abfassung ... 522 258
VII. Musterschiedsspruch ... 523 259
VIII. Zustellung ... 524 260
1. Zustellungsgegenstand ... 524 260
2. Zustellungsgegner ... 524 260
3. Auftraggeber ... 524 261
4. Zustellungsverfahren ... 524 261
IX. Niederlegung ... 525 262
1. Niederlegungsgegenstände ... 525 262
2. Niederlegung durch das Schiedsgericht ... 525 262
3. Zuständiges Gericht ... 525 262
4. Muster ... 525 263
X. Rechtskraft ... 526 263
1. Allgemeines ... 526 263
2. Äußere Rechtskraft ... 526 264
3. Innere Rechtskraft ... 526 264
4. Umfang der Rechtskraft ... 526 265
5. Durchbrechung der Rechtskraft ... 526 265
XI. Berichtigung ... 527 266
XII. Ergänzung ... 528 266
1. Allgemeines ... 528 266
2. Ergänzung im Kostenpunkt ... 529 267
a) Notwendigkeit ... 529 267
b) Kostengrundentscheidung ... 529 267
c) Kostenfestsetzung ... 529 267
d) Rechtsweg ... 529 268
3. Muster einer bezifferten Kostenentscheidung ... 529 268

G. Die Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs ... 530 269
I. Allgemeines ... 530 269
II. Vollstreckbarerklärungsverfahren ... 531 269
1. Verfahrensgegenstand ... 531 269

2. Einbeziehung Dritter ... 531 270
3. Antrag ... 531 270
4. Zulässigkeit des Antrags ... 531 270
5. Anhörung des Gegners ... 531 271
6. Mündliche Verhandlung ... 531 271
7. Entscheidung ... 531 272
a) Beschlußverfahren ... 531 272
b) Urteilsverfahren ... 531 272
8. Formulierung der stattgebenden Entscheidung ... 532 273
a) Allgemeines ... 532 273
b) Muster einer Vollstreckbarerklärung ... 532 273
9. Bedeutung der rechtskräftigen Vollstreckbarerklärung ... 533 274
a) Rechtsbeständigkeit des Schiedsspruchs ... 533 274
b) Vollstreckungswirkung ... 533 274

H. Die Vollstreckbarerklärung des Schiedsvergleichs ... 534 275
I. Allgemeines ... 534 275
II. Verfahren ... 535 275
III. Ablehnungsgründe ... 536 275
1. Formelle Mängel ... 536 275
2. Materielle Mängel ... 536 275
3. Mißbilligung der Vergleichswirkung ... 536 276
4. Einwendungen gegen den Anspruch ... 536 276
IV. Wirkung der Entscheidung ... 537 276

I. Die Aufhebung des Schiedsspruchs ... 538 277
I. Allgemeines ... 538 277
II. Aufhebungsgründe ... 539 277
1. Ungültige Schiedsvereinbarung ... 540 278
2. Unzulässige Verfahren ... 541 278
a) Gänzliche Unzulässigkeit ... 541 278
b) Unzulässige Verfahrenshandlungen ... 541 279
3. Sittenwidrigkeit und Verstoß gegen die öffentliche Ordnung ... 542 280
a) Sittenwidrigkeit ... 542 280
b) Verstoß gegen die öffentliche Ordnung ... 542 281
4. Mangelhafte Vertretung ... 543 282
5. Versagung des rechtlichen Gehörs ... 544 282
6. Fehlende Begründung des Schiedsspruchs ... 545 282
7. Restitutionsgründe ... 546 283
III. Aufhebungsklage ... 547 283
IV. Wirkung der Aufhebung ... 548 284

J. Das arbeitsrechtliche Schiedsverfahren ... 549 285
I. Allgemeines ... 549 285
II. Schiedsparteien und Schiedsgegenstand ... 550 285
1. Gesamtschiedsvereinbarung ... 550 285
2. Einzelschiedsvereinbarung ... 550 286

3. Erstreckung der Schiedsvereinbarung ... 550 286
III. Die Schiedseinrede ... 551 286
IV. Das Schiedsgericht ... 552 287
1. Zusammensetzung des Schiedsgerichts ... 552 287
2. Ablehnung eines Schiedsrichters ... 552 287
V. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ... 553 288
1. Parteifähigkeit, Vertretung ... 553 288
2. Rechtliches Gehör ... 553 288
3. Beweisaufnahme ... 553 288
4. Schiedsvergleich ... 553 288
5. Schiedsspruch ... 553 288
VI. Vollstreckbarerklärungs- und Aufhebungsverfahren ... 554 289
1. Vollstreckbarerklärung ... 554 289
2. Aufhebungsklage ... 554 289

2. TEIL: DAS INTERNATIONALE SCHIEDSVERFAHREN

A. Rechtsquellen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ... 555 291
I. Staatsverträge ... 555 291
II. Autonomes Recht ... 556 300

B. Die internationale Schiedsvereinbarung ... 557 300
I. Wirkungen der Schiedsvereinbarung ... 558 301
II. Zustandekommen der Schiedsvereinbarung ... 559 301
1. Kollisionsrechtliche Beurteilung ... 560 302
2. Form der Schiedsvereinbarung ... 561 302
3. Subjektive Schiedsfähigkeit ... 562 303
4. Vollmacht ... 563 304
III. Erfordernisse der Schiedsvereinbarung ... 564 304
1. Staatsverträge ... 564 304
a) UN-Übereinkommen ... 565 304
b) Europäisches Übereinkommen ... 566 306
c) Genfer Protokoll und Genfer Abkommen ... 567 307
2. Autonomes Recht ... 568 308
IV. Schiedsrichterbenennung durch Dritte ... 569 308
1. Schiedsrichterernennung durch das Gericht ... 569 308
2. Schiedsrichterernennung durch Private ... 570 308

C. Der internationale Schiedsrichtervertrag ... 571 309
I. Institutionelle Schiedsgerichte ... 572 309
II. ad hoc-Schiedsgerichte ... 573 310
1. Anwendbares Recht ... 574 310
2. Vergütung und Auslagenersatz ... 575 311
3. Haftung ... 576 312
4. Vertraulichkeit ... 577 313
5. Gerichtsstandsvereinbarung ... 578 313

D. Das internationale Schiedsverfahren (anwendbares Recht) 580 315
I. Anwendbares Schiedsverfahrensrecht 581 316
1. Kollisionsrecht 581 316
2. Regelungsmacht der Parteien 582 317
II. Anwendbares materielles Recht 583 318
1. Parteiautonomie 584 318
2. Hilfsanknüpfung 585 319
III. Der amiable compositeur 586 320

E. Das internationale Schiedsverfahren (Durchführung des Verfahrens) 587 320
I. Freier Zugang zu den Schiedsgerichten 588 321
II. Partei- und Prozeßfähigkeit 589 321
III. Armenrecht (Prozeßkostenhilfe) 590 321
IV. Ausländersicherheit (cautio iudicatum solvi) 591 322
V. Zustellungen im Ausland 592 322
1. Formlose Zustellung 593 322
2. Förmliche Zustellung 594 324
3. Formulare zur Zustellung 595 325
VI. Beweiserhebung im Ausland 599 327
VII. Anwendung ausländischen Rechts 601 330
1. Ermittlung ausländischen Rechts 602 330
2. non liquet 603 331
VIII. Unterbrechung der Verjährung durch ein ausländisches Schiedsverfahren 604 332
1. Qualifikation der Verjährung 605 332
2. Verjährungsunterbrechung bei Anwendbarkeit deutschen Rechts 606 333
3. Verjährungsunterbrechung bei Anwendbarkeit ausländischen Rechts .. 607 333

F. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche in der Bundesrepublik Deutschland 608 334
I. Nationalität des Schiedsspruchs 609 334
1. Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit der Schiedsrichter 610 334
2. Anknüpfung an den Sitz des Schiedsgerichts 611 334
3. Anknüpfung an das anwendbare materielle Recht 612 335
4. Anknüpfung an das anwendbare Verfahrensrecht 613 335
5. Begriff des Auslandes 614 335
II. Wirkungserstreckung auf Grund von Staatsverträgen 615 336
1. UN-Übereinkommen 616 336
2. Genfer Abkommen 617 338
3. Internationale Eisenbahnübereinkommen 618 340
4. Londoner Schuldenabkommen 619 340
5. Weltbankübereinkommen 620 340
6. Deutsch-schweizerisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen 621 341
7. Deutsch-italienisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen .. 622 342
8. Deutsch-belgisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen 623 342
9. Deutsch-österreichischer Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag 624 344
10. Deutsch-niederländischer Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag .. 625 344

11. Deutsch-tunesischer Rechtshilfe-, Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag ... 626 345
12. Deutsch-griechischer Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag ... 627 347
13. Deutsch-israelischer Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag ... 628 347
14. Deutsch-norwegischer Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag ... 629 347
15. Deutsch-amerikanischer Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag ... 630 348
16. Deutsch-sowjetisches Handels- und Schiffahrtsabkommen ... 631 348
III. Wirkungserstreckung auf Grund deutschen autonomen Rechts ... 632 349
1. Der Anwendungsbereich von § 1044 ZPO ... 633 349
a) Verhältnis zu §§ 328, 722 ZPO ... 633 349
b) Verhältnis zu Staatsverträgen ... 634 350
c) Verhältnis zur Erfüllungsklage ... 635 350
2. Erfordernisse der Wirkungserstreckung ... 636 350
a) Zivil- oder Handelssache ... 637 351
b) Verbindlichkeit und Rechtswirksamkeit ... 638 351
c) Vereinbarkeit mit dem ordre public ... 639 352
d) Ordnungsgemäße Vertretung ... 640 353
e) Rechtliches Gehör ... 641 353
3. Verfahren der Wirkungserstreckung ... 642 353

G. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung deutscher Schiedssprüche im Ausland ... 644 355
Abu Dhabi ... 645 355
Ägypten ... 646 356
Äthiopien ... 647 356
Algerien ... 648 357
Argentinien ... 649 357
Australien ... 650 358
Bahrain ... 651 358
Belgien ... 652 359
Benin ... 653 359
Bhutan ... 654 359
Bophuthatswana ... 655 359
Botswana ... 656 360
Brasilien ... 657 360
Bulgarien ... 658 360
Chile ... 659 360
China ... 660 361
Costa Rica ... 661 361
Cuba ... 662 361
Dänemark ... 663 362
Deutsche Demokratische Republik ... 664 362
Dubai ... 665 362
Ecuador ... 666 362
Finnland ... 667 363

Frankreich ... 668 363
Ghana ... 669 364
Griechenland ... 670 365
Großbritannien ... 671 365
Indien ... 672 366
Indonesien ... 673 366
Irak ... 674 366
Iran ... 675 367
Irland ... 676 367
Island ... 677 367
Israel ... 678 368
Italien ... 679 368
Japan ... 680 368
Jemen ... 681 369
Jordanien ... 682 369
Jugoslawien ... 683 370
Kambodscha ... 684 370
Kanada ... 685 370
Kenia ... 686 371
Kolumbien ... 687 372
Korea ... 688 372
Kuwait ... 689 372
Libanon ... 690 373
Libyen ... 691 373
Liechtenstein ... 692 374
Luxemburg ... 693 374
Madagaskar ... 694 374
Malediven ... 695 374
Marokko ... 696 374
Mexiko ... 697 375
Monaco ... 698 375
Mongolei ... 699 375
Neuseeland ... 700 375
Niederlande ... 701 376
Niger ... 702 376
Nigeria ... 703 376
Norwegen ... 704 377
Österreich ... 705 377
Oman ... 706 377
Pakistan ... 707 378
Panama ... 708 378
Peru ... 709 379
Philippinen ... 710 379
Polen ... 711 379
Qatar ... 712 379
Rumänien ... 713 379

San Marino ... 714 380
Saudi-Arabien ... 715 380
Schweden ... 716 381
Schweiz ... 717 381
Sharjah ... 718 382
Sowjetunion ... 719 382
Spanien ... 720 382
Sri Lanka ... 721 383
Südafrika ... 722 383
Syrien ... 723 383
Tansania ... 724 383
Thailand ... 725 384
Transkei ... 726 384
Trinidad und Tobago ... 727 384
Tschechoslowakei ... 728 384
Türkei ... 729 384
Tunesien ... 730 386
Ungarn ... 731 386
Uruguay ... 732 387
USA ... 733 387
Vatikan ... 734 387
Venda ... 735 387
Zentralafrikanische Republik ... 736 388
Zypern ... 737 388

H. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedsvergleiche 738 388
I. Staatsvertragliche Regelungen ... 739 388
1. Multilaterale Verträge ... 739 388
2. Deutsch-schweizerisches Abkommen ... 740 388
3. Deutsch-italienisches Abkommen ... 741 389
4. Deutsch-belgisches Abkommen ... 742 389
5. Deutsch-österreichischer Vertrag ... 743 389
6. Deutsch-britisches Abkommen ... 744 389
7. Deutsch-griechischer Vertrag ... 745 389
8. Deutsch-niederländischer Vertrag ... 746 390
9. Deutsch-tunesischer Vertrag ... 747 390
10. Deutsch-israelischer Vertrag ... 748 390
11. Deutsch-norwegischer Vertrag ... 749 390
12. Deutsch-sowjetisches Handels- und Schiffahrtsabkommen ... 750 390
13. Deutsch-amerikanischer Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag ... 751 390
II. Autonomes Recht ... 752 390
1. Wirksamkeit des Schiedsvergleichs ... 752 390
2. Niederlegung des Schiedsvergleichs ... 753 391
3. ordre public-Klausel ... 754 391
4. Verfahren ... 755 391

3. TEIL: AUSGEWÄHLTE STATUTEN VON SCHIEDSGERICHTSORGANISATIONEN UND MUSTERSCHIEDSGERICHTSORDNUNGEN

A. Deutsche Schiedsgerichtsordnungen .....

I. Statut des Ständigen Schiedsgerichts beim Deutschen Ausschuß für Schiedsgerichtswesen 393
1. Entstehung 756 393
2. Merkmale 757 394
3. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte 758 395
a) Zahl der Schiedsrichter 759 395
b) Sitz des Schiedsgerichts 760 396
c) Anzuwendendes Recht 761 397
4. Zuständigkeit 762 397
5. Verbreitung 763 399
6. Kosten 764 399
7. Muster einer Schiedsklausel 765 400

II. Hamburger Freundschaftliche Abritrage 400
1. Entstehung 766 400
2. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte 767 401
a) Schiedsrichter 767 401
b) Anzuwendendes Recht 768 401
3. Zuständigkeit 769 402
4. Verbreitung 770 402
5. Kosten 771 402

III. Schiedsgerichtsordnung des Deutschen Ausschusses für Schiedsgerichtswesen 403
1. Entstehung 772 403
2. Merkmale 773 403
3. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte 774 404
a) Zahl der Schiedsrichter 774 404
b) Sitz des Schiedsgerichts 775 404
c) Anzuwendendes Recht 776 405
4. Verbreitung 777 405
5. Kosten 778 405

IV. Schiedsgerichtsordnung der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf . 406
1. Enstehung 779 406
2. Merkmale 780 406
a) Schiedsrichter 780 406
b) Sitz des Schiedsgerichts 780 407
c) Anzuwendendes Recht 780 407
d) Verhandlungssprache 780 407
3. Verbreitung 781 407
4. Kosten 782 407

V. Schiedsgerichtsordnung für das Bauwesen 407
1. Entstehung 783 407
2. Merkmale 784 408

3. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte ... 785 408
a) Zahl der Schiedsrichter ... 785 408
b) Sitz des Schiedsgerichts ... 786 409
4. Verbreitung ... 787 409
5. Kosten ... 788 409
6. Musterschiedsklausel ... 789 410
VI. Schiedsgerichtsordnung für das Baden-Württembergische Bauwesen ... 410
1. Entstehung ... 790 410
2. Merkmale ... 791 410
3. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte ... 792 410
4. Verbreitung ... 793 411
5. Kosten ... 794 411

B. Internationale Schiedsgerichtsordnungen ... 411
I. Die Schiedsgerichtsordnung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen ... 411
1. Entstehung ... 795 411
2. Merkmale ... 796 412
3. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte ... 797 413
a) Anwendbarkeit ... 797 413
b) Schiedsrichter ... 798 414
4. Verfahren ... 799 414
a) Verfahrensort ... 799 414
b) Schiedsgerichtssprache ... 799 415
c) Ablauf ... 799 415
5. Anwendbares Recht ... 800 415
a) Verfahrensrecht ... 800 415
b) Materielles Recht ... 801 415
6. Schiedsspruch ... 802 416
7. Verbreitung ... 803 416
8. Kosten ... 804 416
II. Die Schiedsgerichtsordnung der UNCITRAL ... 417
1. Entstehung ... 805 417
2. Merkmale ... 806 417
3. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte ... 807 418
a) Zuständigkeit ... 807 418
b) Schiedsrichter ... 808 418
4. Verfahren ... 809 419
5. Anwendbares Recht ... 810 419
a) Verfahrensrecht ... 810 419
b) Materielles Recht ... 811 419
6. Schiedsspruch ... 812 420
7. Verbreitung ... 813 420
8. Kosten ... 814 421
9. Schlichtungsverfahren ... 815 422
III. Die Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer ... 422

1. Entstehung ... 816 422
2. Merkmale ... 817 423
3. Bei der Vereinbarung zu beachtende Punkte ... 818 425
a) Zuständigkeit ... 818 425
b) Schiedsrichter ... 819 425
4. Verfahren ... 820 425
a) Verfahrensort ... 820 426
b) Verfahrenssprache ... 821 426
5. Anwendbares Recht ... 822 426
a) Verfahrensrecht ... 822 426
b) Materielles Recht ... 823 426
6. Schiedsauftrag (Terms of Reference) ... 824 427
7. Verfahrensdauer ... 825 427
8. Schiedsspruch ... 826 428
9. Verbreitung ... 827 429
10. Kosten ... 828 429

C. Ausländische Schiedsgerichtsordnungen ... 432
I. Das Schiedsgericht der Zürcher Handelskammer ... 432
1. Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz ... 829 432
2. Die derzeitige Schiedsgerichtsordnung ... 830 433
3. Zuständigkeit des Schiedsgrichts ... 831 434
4. Schiedsrichter ... 832 435
5. Verfahren ... 833 436
6. Anzuwendendes materielles Recht ... 834 436
7. Schiedsspruch ... 835 437
8. Rechtsmittel ... 836 437
9. Verbreitung ... 837 439
10. Kosten ... 838 439
II. Das Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer ... 440
1. Bedeutung der schwedischen Schiedsgerichtsbarkeit ... 839 440
2. Zuständigkeit ... 840 441
3. Schiedsrichter ... 841 441
4. Anwendbares materielles Recht ... 842 442
5. Verfahrensort ... 843 443
6. Verfahrenssprache ... 844 443
7. Verfahren ... 845 443
a) Verfahrensrecht ... 846 444
b) Gang des Verfahrens ... 847 445
8. Schiedspruch ... 848 445
9. Rechtsmittel gegen schwedische Schiedssprüche ... 849 446
a) Nichtigkeitsgründe ... 850 447
b) Anfechtungsgründe ... 851 447
10. Kosten ... 852 448
III. Das Schiedsgericht bei der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft in Wien ... 448

1. Bedeutung der österreichischen Schiedsgerichtsbarkeit 853 448
2. Organisation des Schiedsgerichts 854 449
a) Präsidium 854 449
b) Sekretär 854 450
c) Schiedsrichter 854 450
3. Zuständigkeit 855 451
4. Verfahren 856 452
5. Anwendbares Recht 857 452
6. Schiedsspruch 858 453
7. Kosten 859 454
8. Rechtsmittel gegen österreichische Schiedssprüche 860 454
9. Anerkennung österreichischer Schiedssprüche 861 456

IV. Die Schiedsgerichtsbarkeit des London Court of International Arbitration .. 456
1. Bedeutung der englischen Schiedsgerichtsbarkeit 862 456
2. Der London Court of International Arbitration (LCIA) 863 457
3. Zuständigkeit des LCIA 864 458
4. Schiedsrichter 865 458
5. Aufgaben des Schiedsgerichts 866 459
6. Verfahren 867 460
7. Rechtsmittel 868 461
a) Eingriffe in ein laufendes Schiedsgerichtsverfahren 869 461
b) Anfechtung ergangener Schiedssprüche 870 462
c) Kosten 871 463
8. Kosten 872 463
9. LCIA-UNCITRAL-Verfahren 873 463

V. Die Schiedsgerichtsbarkeit der American Arbitration Association (AAA) 464
1. Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit in den Vereinigten Staaten 874 464
2. Die American Arbitration Association 875 464
a) Entstehung 875 464
b) Organisation 876 466
c) Besondere Schiedsgerichtsregeln 877 466
3. Einleitung des Verfahrens 878 467
4. Schiedsrichter 879 468
a) Wahl 879 468
b) Neutralitätsanforderungen 880 469
5. Verfahrensverlauf 881 469
6. Anwendbares materielles Recht 882 470
7. Schiedsspruch 883 471
8. Kosten 884 471
9. Bestätigung des Schiedsspruchs 885 472
10. Anfechtungsmöglichkeiten 886 472
11. Verbreitung der AAA-Schiedsgerichtsbarkeit 887 473

4. TEIL: AUSGEWÄHLTE TEXTE

A. Deutsche Gesetzesbestimmungen ... 475
I. Das Zehnte Buch der Zivilprozeßordnung ... 475
II. Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) ... 480
III. Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes ... 480

B. Völkerrechtliche Verträge ... 483
I. Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln vom 24. 9. 1923 ... 483
II. Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26. 9. 1927 ... 486
III. UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. 6. 1958 ... 492
IV. Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21. 4. 1961 ... 503
a) Text des Übereinkommens ... 503
b) Vereinbarung über die Anwendung des Übereinkommens vom 17. 12. 1962 ... 520
c) Liste der „Zuständigen Stellen" ... 522

C. Statuten von Schiedsgerichtsorganisationen und Musterschiedsgerichtsordnungen ... 523
I. Deutsche Schiedsgerichtsorganisationen ... 523
1. Statut des Ständigen Schiedsgerichts beim Deutschen Ausschuß für Schiedsgerichtswesen ... 523
Anhang: Deutsch-Japanisches Handelsschiedsgerichtsabkommen (deutsch und englisch) ... 534
2. Hamburger Freundschaftliche Arbitrage ... 536
3. Schiedsgerichtsordnung des Deutschen Ausschusses für Schiedsgerichtswesen ... 538
4. Schiedsgerichtsordnung der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf ... 544
5. Schiedsgerichtsordnung für das Bauwesen ... 547
6. Schiedsgerichtsordnung für das baden-württembergische Bauwesen ... 551
II. Internationale Schiedsgerichtsordnungen ... 554
1. Schiedsgerichtsordnung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (ECE) ... 554
a) Deutscher Text ... 554
b) Liste der „Zuständigen Stellen" ... 561
c) Englischer Text ... 563
2. UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung (deutscher und englischer Text) ... 569
3. Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer (Verfahrensordnung des Schiedsgerichtshofs der ICC) ... 593
a) Deutscher Text ... 594
b) Englischer Text ... 609

III. Ausländische Schiedsgerichtsordnungen 623
1. Schiedsgerichtsordnung der Zürcher Handelskammer 623
2. Regeln des Schiedsgerichtsinstituts der Stockholmer Handelskammer .. 632
3. Schieds- und Vergleichsordnung des Schiedsgerichts der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Wien 639
4. Schiedsgerichtsordnung des London Court of International Arbitration (englisch) 644
5. Schiedsgerichtsordnung der American Arbitration Association (AAA) .. 650
a) Englischer Text 651
b) Procedures for Cases under the UNCITRAL Arbitration Rules 659
c) Supplementary Procedures for International Commercial Arbitration 662

LITERATURVERZEICHNIS

Abou Sleiman, C.: Enforcement and Recognition of Foreign Arbitral Awards in Lebanon, Diss. Harvard 1981.

Abrahamson, M. W.: Länderbericht Irland: Yearbook Commercial Arbitration IX (1984), S. 3 ff.

Achebe, J.: United Nations Arbitration Convention: Implications for Nigeria: Journal of World Trade Law 8 (1974), S. 420 ff.

Adlerstein, R.: Zur Unabhängigkeit des Schiedsrichters in: *Böckstiegel, K.-H.* (Hrsg.): Studien zum Recht der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 1979, S. 9 ff.

Aksen, G.: Drafting Arbitration Clauses in International Agreements, in: *Goldschneider, R. / De Haas, M. F.* (Hrsg.): Arbitration and the Licensing Process, 1981, S. 1–3 ff.

Albrecht, W. E.: Vollstreckbarkeit von Urteilen und Schiedssprüchen im deutsch-italienischen Rechtsverkehr, 1937.

Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce (Hrsg.): Yearbook "Swedish and International Arbitration", 1982.

Arellano Garcia, C.: Derecho Internacional Privado, 3. Aufl., 1979.

Arnold, H.: Die Rechtshilfeordnung in Zivilsachen vom 19. 10. 1956: MDR 1957, S. 385 ff.

– Die Ergebnisse der Zehnten Tagung der Haager Konferenz für internationales Privatrecht auf dem Gebiete des internationalen Zivilprozeßrechts: AWD 1965, S. 205 ff.

– Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen im Verhältnis zur kanadischen Provinz Britisch-Kolumbien: AWD 1966, S. 130 ff.

– Die Schiedsgerichtsordnung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen: AWD 1967, S. 179 ff.

– Die Vollstreckung ausländischer Urteile und Schiedssprüche in Äthiopien: AWD 1968, S. 309 ff.

– Die Problematik von Rechtshilfeabkommen – Der Deutsch-Tunesische Rechtshilfe- und Vollstreckungsvertrag v. 19. 7. 1966: NJW 1970, S. 1478 ff.

Ayiter, K.: Vollstreckbarkeit ausländischer Schiedssprüche in der Türkei: Festschrift für *Murad Ferid,* 1978, S. 15 ff.

Bachmann, B.: Switzerland – The Court of Arbitration of the Zurich Chamber of Commerce: Handbook S. 203 ff.

Bartos, B.: Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit, 1984.

Bassano, U.: Convenzioni per il riconoscimento e l'esecuzione delle sentenze straniere: Riv. dir. comm. 1937 I, S. 356 ff.

Bateson, A. J.: The 1958 Convention on Foreign Arbitral Awards: J. Bus. L. 1958, S. 393 ff.

Batiffol, H.: L'arbitrage et les conflits des lois: Rev. Arb. 1957, S. 110 ff.

– Le sentence Aramco et le droit international privé: Rev. crit. 1964, S. 647 ff.

Batiffol, H. / Lagarde, P.: Droit international privé, 6. Aufl., Bd. II, 1976.

Bauer, H.: Die Zwangsvollstreckung aus österreichischen Exekutionstiteln in der BRD: ÖJZ 1968, S. 421 ff.

Baumbach, A. / Duden, K. / Hopt, K. J.: Handelsgesetzbuch, 25. Aufl., 1983.

Baumbach, A. / Lauterbach, W. / Albers, J. / Hartmann, P.: Zivilprozeßordnung, 42. Aufl., 1984. (zit.: *Baumbach/Lauterbach*/Bearbeiter).

Baumgärtel, G.: Die Vereinbarung der internationalen Zuständigkeit nach dem EWG-Übereinkommen vom 27. September 1968 und nach § 38 Abs. 2 ZPO: Festschrift für *Kegel,* 1977. S. 285 ff.

Baumgart: Das Deutsch-Schweizerische Vollstreckungsabkommen: LZ 1931, S. 74 ff.

Baur, F.: Der schiedsrichterliche Vergleich, 1971.

Baur, F. / Stürner, R.: Zwangsvollstreckungs-, Konkurs- und Vergleichsrecht, 11. Aufl., 1983.

Beck, H. H.: Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen nach den Staatsverträgen mit Belgien, Österreich, Großbritannien und Griechenland, Diss. Saarbrücken 1969.

Behrens, G. L.: Das Kollisionsrecht Jordaniens, 1970.

Bender, R. / Belz, A. / Wax, P.: Das Verfahren nach der Vereinfachungsnovelle und vor dem Familiengericht, 1977.

Bender, R. / Röder, S. / Nack, A.: Tatsachenfeststellung vor Gericht. Bd. 1: Glaubwürdigkeits- und Beweislehre, 1981. Bd. 2: Vernehmungslehre, 1981.

Benkö, M.: Schiedsverfahren und Vollstreckung von Schiedssprüchen in England, in: *Böckstiegel* (Hrsg.): Studien zum Recht der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 1979.

van den Berg, A. J.: Länderbericht Saudi Arabien: Yearbook Commercial Arbitration IX (1984), S. 7 ff.

Berger, R.: Internationale Zentrale zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten: AWD 1965, S. 434 ff.

v. Beringe, H.: Die Nationalitätsbestimmung bei Schiedssprüchen: NJW 1959, S. 77 ff.

Berman, H. J.: Force Majeure and the Denial of an Export License under Soviet Law: A Comment on Jordan Investments Ltd. v. Soivuzneftexport: RabelsZ 24 (1959), S. 449 ff.

Bernecker, B.: Internationales Privat- und Prozeßrecht im Großherzogtum Luxemburg: RabelsZ 27 (1962/63), S. 263 ff. (zugleich Diss. Hamburg 1963).

Bernini, G.: Länderbericht Italien: Yearbook Commercial Arbitration VI (1981), S. 24 ff.

Bertheau, Th.: Das New Yorker Abkommen vom 10. 6. 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, 1965.

Bettelheim, E.: Die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche nach dem Genfer Abkommen: JBl. 1931, S. 407 ff.

Blessing, Chr.: Der Vorbehalt des ordre public im deutsch-schweizerischen Vollstreckungsabkommen: AWD 1961, S. 236 ff.

Böckstiegel, K. H.: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Streitigkeiten zwischen Staaten und Privatunternehmen: AWD 1965, S. 101 ff.

- Schwierigkeiten bei Gerichtsstandsvereinbarungen und Schiedsklauseln im Wirtschaftsverkehr mit dem Iran: AWD 1974, S. 117 ff.
- Die neue Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer: NJW 1977, S. 463 ff.
- Schiedsgerichte und staatliche Gerichte – Neue Entwicklungen und Folgerungen für Vertrags- und Schiedsgerichtspraxis: RIW/AWD 1979, S. 161 ff.
- Die Bestimmung des anwendbaren Rechts in der Praxis internationaler Schiedsverfahren: Festschrift für *Günther Beitzke*, 1979. S. 443 ff.
- Die UNCITRAL-Verfahrensordnung für Wirtschaftsschiedsgerichtsbarkeit und das nationale Recht: RIW/AWD 1982, S. 706 ff.
- Zur Vollstreckung eines Schiedsspruchs nach der Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer: IPRax 1982, S. 137 ff.

Böckstiegel, K. H. / Glossner, O.: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit im Ost-West-Handel, 1975.

Böckstiegel, K. H. / Schlafen, D.: Die Haager Reformübereinkommen über die Zustellung und die Beweisaufnahme im Ausland: NJW 1978, S. 1073 ff.

Bökelmann, E.: Urteilsanmerkung: JR 1972, S. 425 ff.

Brachet, P.: De l'exécution internationale des sentences arbitrales, 1928.

Bredin, J. D.: La Convention de New York du 10 juin 1958 pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères: Journal Clunet 87 (1960), S. 1002 ff.

Breetzke, E.: Vertrag und Vergütung des Schiedsrichters: NJW 1968, S. 1113 ff.

- Der Schiedsrichter ohne Vorschuß: DB 1971, S. 2050 ff.

Briner, L.: The appointment of arbitrators by the organisation responsible for the arbitration court, in: *Reymond, C. / Bucher, E.* (Hrsg.): Schweizer Beiträge zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 1984, S. 147 ff.

Briner, R.: Länderbericht Schweiz: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 181 ff., VII (1982), S. 70 ff.

Briseno Sierra, H.: Länderbericht Mexiko: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 94 ff.

Broches, A.: The Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States: Festschrift für *Domke*, 1967, S. 12 ff.

Broggini, G.: Gerichtsstandsvereinbarungen im deutsch-italienischen Handelsverkehr: AWD 1969, S. 93 ff.

Brooks, P. E. J.: The Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in Transkei, Bophuthats-

wana and Venda: South African Yearbook of International Law 5 (1979), S. 1 ff.

Bucher, E.: Allgemeine Einführung in die Schiedsgerichtsbarkeit der Schweiz, in: *Böckstiegel, K.H.* (Hrsg.): Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz, 1979, S. 1 ff.

Büchner, W.: Rechtswahl- und Gerichtsstandsklauseln im Rechtsverkehr mit Common Law Staaten: RIW/AWD 1984, S. 182 ff.

Bülow, A.: Zur Revision des Genfer Abkommens über die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche: RiW 1956, S. 27 ff.

- Das UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche: KTS 1959, S. 1 ff.
- Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit: AWD 1961, S. 144 ff.
- Unwiderleglich vermutete Befangenheit von Vereinsschiedsrichtern gegenüber Nichtmitgliedern: NJW 1970, S. 585 ff.
- Der Schiedsvertrag in dem Verfahren der Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs: NJW 1971, S. 1486 ff.
- Der Schiedsvertrag im Exequaturverfahren: NJW 1972, S. 415 ff.

Bülow, A. / Arnold, H.: Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen, 1. Aufl., 1954 ff.

Buhmann, J.: Das auf den internationalen Handelsschiedsvertrag anwendbare nationale Recht, Diss. Regensburg 1970.

Bulla, W.: Schiedsgutachtenklauseln in Wertsicherungsabreden: BB 1976, S. 389 ff.

Buzghaia, A.: Länderbericht Libyen: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979), S. 148 ff.

Campos, A. R.: Sentença estrangeira – juizo arbitral – homologaçao: Revista Forense, Bd. 166, S. 117 ff.

Carabiber, Ch.: L'évolution de l'arbitrage commercial international: Rec. 1960 I, S. 119 ff.

Carpenter, C.: The Independence of Venda: South African Yearbook of International Law 5 (1979), S. 40 ff.

Castel, J. G.: Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in Personam and in Rem in the Common Law Provinces of Canada: McGill Law Journal 17 (1971), S. 11 ff.

Cathala, P. / Gervais, A.: Le Droit Libanais, Bd. II, 1963.

Christofolini, G.: Recenti convenzioni internazionali relative al riconoscimento delle sentenze civile: Riv. dir. proc. civ. 1936 I, S. 133 ff.

Chowdhury, S. / Saharay, S.: Arbitration, 1979.

Chafik, M.: Länderbericht Ägypten: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979), S. 44 ff.

Cohn, E.J.: The Rules of Arbitration of the United Nations Economic Commission for Europe: ICLQ 16 (1967), S. 946 ff.

- Die englische Schiedsgerichtsbarkeit: AWD 1974, S. 65 ff.
- Commercial Arbitration and the Rules of Law: University of Toronto Law Journal IV (1941), S. 1 ff.
- Zur englischen Schiedsklausel: AWD 1971, S. 210 ff.

Cohn, E.J. / Domke, M. / Eisemann, F. (Hrsg.): Handbook of Institutional Arbitration in International Trade, 1977. (zit.: Handbook).

Commercial Court Committee, Report on Arbitration, 1978.

Contini, P.: International Commercial Arbitration – The United Nations Convention on the recognition and enforcement of foreign arbitral awards: AJCL 8 (1959), S. 283 ff.

Coninx, O.: Die Bedeutung der Wohnsitzgarantie von Art. 59 der Bundesverfassung im internationalen Rechtsverkehr, 1942.

Coulsen, R.: Business Arbitration – what you need to know, 2. Aufl., 1982.

Council of Europe. The practical guide to the recognition and enforcement of foreign judicial decisions in civil & commercial law, 1975.

Crosby, K.: Arbitration and Award: American Jurisprudence 5 (2nd ed.), 1962, S. 513 ff.

Couture, E.J.: Das Schiedsgerichtsverfahren im uruguayischen Recht, in: *Schönke, A. / Kielwein, G.:* Die Schiedsgerichtsbarkeit in Zivil- und Handelssachen, Bd. III, 1956, S. 147 ff.

Dashondog, D.: Länderbericht Mongolei: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 63 ff.

David, R. / Maier, H.J.: Die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, 1970.

Decroux, P.: Droit International Privé, 1963.

Delaume, G.R.: La convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre états et ressortissants d'autres états: Journal Clunet 93 (1966), S. 26 ff.

Derains, Y.: Länderbericht Frankreich: Yearbook Commercial Arbitration VI (1981), S. 1 ff.

Diaz Rubio, A.: Länderbericht Kolumbien: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 58 ff.

Dielmann, H.J.: Zulässige Zwangsvollstreckung aus einem New Yorker Exequatururteil: RIW/AWD 1984, S. 558 f.

Dietz, R. / Nikisch, A.: Arbeitsgerichtsgesetz, 1954.

Dilger, K.: Schiedsgerichtsbarkeit und Vollstrekkung ausländischer Entscheidungen in den Golfstaaten, in: *Böckstiegel, K.H.* (Hrsg.): Vertragspraxis und Streiterledigung im Wirtschaftsverkehr mit arabischen Staaten, 1981, S. 101 ff.

Dölle, H.: Internationales Privatrecht, 1968.

Doi, T.: Länderbericht Japan: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979), S. 115 ff.

Domke, M.: Die Haftpflicht des Schiedsrichters in rechtsvergleichender Sicht: Festschrift für *Martin Luther*, 1976. S. 39 ff.

Donner, Th.: Länderbericht Tschechoslowakei: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 30 ff.

Ebling, K.: Die Rechtsfähigkeit ausländischer juristischer Personen aus der Sicht des deutschen Internationalen Privatrechts: AWD 1970, S. 450 ff.

Eckhoff, E.F.: Länderbericht Norwegen: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 97 ff.

Edler, R.: Zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche nach dem Genfer Abkommen in England: RabelsZ 5 (1932), S. 361 ff.

Edwall, N.: Schiedsgerichtsbarkeit in Schweden. Vortrag vor der Jahresversammlung des Deutschen Instituts für Schiedsgerichtswesen am 6. 5. 1981 in Hamburg.

Einsel, R.: Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche und ausländischer Gerichtsurteile in Japan: AWD 1963, S. 134 ff.

Eisemann, F.: Urteilsanmerkung: AWD 1964, S. 125 f.

– The Revised Rules of Arbitration of the International Chamber of Commerce: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 167 ff.

Endlich, G.: Anerkennung und Vollstreckbarkeit von Schiedssprüchen und die Schiedsordnungen auf nationaler und internationaler Ebene: DB 1979, S. 2411 ff., 2469 ff.

Erler, G.: Vertragsauflösung, Bezahlung und Anzahlungsrückgewähr bei Vorkriegs-Lieferverträgen nach dem Londoner Auslandsschuldenabkommen: NJW 1954, S. 9 ff.

– Rechtsprobleme der deutschen Auslandsschuldenregelung und ihre Behandlung auf der Londoner Schuldenkonferenz: Europa Archiv 1952, S. 5165 ff.

Ernemann, A.: Zur Anerkennung und Vollstrekkung ausländischer Schiedssprüche nach § 1044 ZPO. Begriff – anzuwendendes Verfahrensrecht – Rechtswirksamkeit, 1979.

Eyzaguirre Echeverria, R.: Länderbericht Chile: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 45 ff.

Fasching, H. W.: Schiedsgericht und Schiedsverfahren im österreichischen und internationalen Recht, 1973.

Fellhauer, H. / Strohbach, H.: Handbuch der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 1969.

Finger, H.-J.: Die neuen Eisenbahnverkehrsübereinkommen (CIM und CIV): NJW 1956, S. 693 ff.

Fischer, H.-J.: Die schiedsrichterliche Beilegung von privaten Investitionsstreitigkeiten im Lichte der Weltbankkonvention vom 18. März 1965: Verfassung und Recht in Übersee 1968, S. 262 ff.

Fischler, J. / Vogel, H.-H.: Schwedisches Handels- und Wirtschaftsrecht mit Verfahrensrecht, 3. Aufl., 1978.

Förster, A. / Kann, R.: Kommentar zur Zivilprozeßordnung, 3. Aufl., Bd. II, 1926.

Forsyth, C.F. / Bennett, T. W.: Private International Law, 1981.

Fouchard, Ph.: L'Arbitrage Commercial International, 1965.

Fournier, F.: Länderbericht Costa Rica: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 70 ff.

Foustoucos, A. C.: Länderbericht Griechenland: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 57 ff.

Fragistas, Ch. N.: L'exécution en Grèce de sentences arbitrales étrangers, 1957.

– Arbitrage étranger et arbitrage international en droit privé: Rev. crit. 1960, S. 1 ff.

Franke, U.: The Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce: Yearbook of the Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce 1982, S. 6 ff.

Funke, A. P.: Het volgens artikel VII, lid 1, van het op 21 april 1961 te Genève gesloten Europese

Verdrag in zake internationale handelsarbitrage toepasselijke recht: Arbitr. Rspr. 1961, S. 257 ff.
- De exequatur-procedure inzake het Nederlands-Duitse executie-verdrag von 30 augustus 1962: NJB 1964, S. 661 ff.

Gamillscheg, F.: Rechtswahl, Schwerpunkt und mutmaßlicher Parteiwille im internationalen Vertragsrecht: AcP 157 (1958/59), S. 303 ff.
Ganske, J.: Der deutsch-griechische Vollstrekkungsvertrag vom 4. 11. 1960: AWD 1962, S. 194 ff.
- Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche: IWB F 10 (International) Gr. 4, S. 19 ff.
- Der deutsch-niederländische Vollstreckungsvertrag in Zivil- und Handelssachen vom 30. 8. 1962: AWD 1964, S. 348 ff.
- Der deutsch-tunesische Rechtshilfe- und Vollstreckungsvertrag in Zivil- und Handelssachen vom 19. 7. 1966: AWD 1970, S. 145 ff.
Garcini, H.: Länderbericht Kuba: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 27 ff.
Garnefsky, A.: Das Europäische Übereinkommen über die internationale Handelsgerichtsbarkeit und das Sowjetrecht: OER 9 (1963), S. 14 ff.
Geimer, R.: Urteilsanmerkung: NJW 1972, S. 1624 ff.
Geimer, R. / Schütze, R. A.: Internationale Urteilsanerkennung, Bd. I, 1., 1983, Bd. I, 2., 1984, Bd. II, 1971.
Gelhaar, W.: Die gerichtliche Nachprüfung von Schiedsgutachten: DB 1968, S. 743 ff.
Gentinetta, J.: was ist „lex fori" privater internationaler Schiedsgerichte?: ZSR N. F. 84 I, 1965, S. 139 ff.
- Das Verhältnis des europäischen Übereinkommens über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit von 1961 zu anderen multilateralen Abkommen auf dem Gebiet der privaten Schiedsgerichtsbarkeit: Schw. Jb. Int. R. 25 (1968), S. 149 ff.
- Befreiung der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit von der „nationalen Umklammerung"? AWD 1969, S. 46 ff.
- De lex fori internationaler Handelsschiedsgerichte, 1973.
Gill, W. H.: The Law of Arbitration, 2. Aufl., 1975.
Ginsburg, R. B. / Bruzelius, A.: Civil Procedure in Sweden, 1965.
Glattfelder, H.: Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit der Zürcher Handelskammer (Wirtschaftliche Publikationen der Zürcher Handelskammer), 1979.
Gleiss, A. / Helm, H.: Beratungsgeheimnis im Schiedsgerichtsverfahren: MDR 1969, S. 93 ff.
Glossner, O.: Der Gebietsstreit zwischen Itanos und Hierapytna auf Kreta im 2. Jahrhundert a. Chr. n., Diss. Erlangen 1948.
- Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit: AWD 1969, S. 73 ff.
- Die Vergleichs- und Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer vom 1. Juni 1975: Festschrift für *Martin Luther*, 1976, S. 85 ff.
- Arbitration – a glance into history: Hommage à *Frédéric Eisemann*, 1978, S. 19 ff.
- Das Schiedsgericht in der Praxis, 2. Aufl., 1978.
- Die UNCITRAL-Schiedsordnung in der Praxis: RIW/AWD 1978, S. 141 ff.
- Der Einfluß der Internationalen Handelskammer (ICC) auf die moderne Schiedsgerichtsbarkeit: RIW/AWD 1984, S. 15 ff.
Goldring, J.: Länderbericht Australien: Yearbook Commercial Arbitration II (1977), S. 3 ff.
Goldstajn, A.: Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit in internationalen Abkommen: NJW 1966, S. 1593 ff.
Goltz, H.-W.: Englische Schiedsgerichtsbarkeit: RIW/AWD 1983, S. 257 ff.
Gotzen, P.: Die Anerkennung und Vollstreckung deutscher Schuldtitel in den Niederlanden: AWD 1967, S. 136 ff.
- Deutsch-niederländischer Vollstreckungsvertrag: Ablehnung der Vollstreckungsklausel mangels internationaler Zuständigkeit des erkennenden Gerichts: AWD 1968, S. 20 ff.
- Der deutsch-niederländische Vollstreckungsvertrag in der niederländischen Gerichtspraxis: AWD 1969, S. 54 ff.
- Vollstreckung eines deutschen Schiedsspruches in den Niederlanden: AWD 1974, S. 163 ff.
Greminger, H.-W.: Die Genfer Abkommen von 1923 und 1927 über die internationale private Schiedsgerichtsbarkeit, 1957.
Grunsky, W.: Lex fori und Verfahrensrecht: ZZP 89 (1976), S. 241 ff.
- EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssa-

chen im deutsch-italienischen Rechtsverkehr: RIW/AWD 1977, S. 1 ff.
– Arbeitsgerichtsgesetz, 2. Aufl., 1978.
de la Guardia, E.: Länderbericht Panama: Yearbook Commercial Arbitration III (1978) S. 106 ff.

Habscheid, W. J.: Aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Schiedsgerichtsbarkeit: KTS 1955 ff. (ab 1979 zusammen mit *Calavros, C.*) (zit.: *Habscheid*, KTS).
– Das Schiedsgutachten: Festschrift für *Heinrich Lehmann*, Bd. II, 1956, S. 789 ff.
– Nationale oder supranationale Schiedssprüche? Zur Reform des Genfer Abkommens: ZZP 80 (1957), S. 25 ff.
– Schiedsvertrag und Schiedsgutachenvereinbarung: KTS 1957, S. 129 ff.
– Zur Berücksichtigung der Rechtshängigkeit eines ausländischen Verfahrens: RabelsZ 31 (1967), S. 254 ff.
– Besprechung von *Fasching, H. W.:* Schiedsgericht und Schiedsverfahren im österreichischen und internationalen Recht: KTS 1974, S. 246 ff.
– Zur Frage der Kompetenz-Kompetenz der Schiedsgerichte; Festschrift für *Fritz Baur*, 1981, S. 425 ff.
Hambro, E.: Recognition and Enforcement of Foreign Judgments in the Nordic Countries: Journal Clunet 84 (1957), S. 908 ff.
de Hancock, T. M.: The ICC Court of Arbitration. The Institution and its Procedures: J. Int. Arb. 1 (1984), S. 21 ff.
Hantke, W.: Die Verhandlungen über Allgemeine Vertragsbedingungen im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs: RIW/AWD 1983, S. 580 ff.
Harries, H.: Das deutsch-belgische Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen? RabelsZ 26 (1961), S. 629 ff.
Haudek, W.: Die Bedeutung des Parteiwillens im internationalen Privatrecht, 1931.
Hecht, A.: Noch ein Wort zur israelisch-sowjetischen Öl-Arbitrage: AWD 1959, S. 36 ff.
Heiermann, W.: Die neue Schiedsgerichtsordnung für das Bauwesen: BB 1974, S. 1507 ff.
Heiermann, W. / Kroppen, H.: Kommentar zur Schiedsgerichtsordnung für das Bauwesen, 1975.
Hejailan, S.: Länderbericht Saudi-Arabien: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979), S. 162 ff.
Hellwig, H.-J.: Nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit: RIW/AWD 1984, S. 421 ff.
Henn, G.: Das Londoner Schuldenabkommen: RabelsZ 20 (1955), S. 270 ff.
Herber, R.: Die Arbeiten des Ausschusses der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL): RIW/AWD 1976, S. 125 ff., 1977, S. 314 ff., 1980, S. 81 ff.
Herrmann, G.: Schiedsregeln der UNCITRAL: Berichte und Dokumente zum ausländischen Wirtschafts- und Steuerrecht, hrsg. von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Nr. 100, 1977, S. 1 ff.
Heuser, R.: Die Schiedsgerichtsbarkeit im Wirtschaftsverkehr mit der Volksrepublik China: RIW/AWD 1979, S. 440 ff.
v. Heymann, E.: Der ordre public in der privaten Schiedsgerichtsbarkeit, 1969.
Hijmans, J. H.: Findung der sachgerechten Fall-Lösung ohne Bindung an Kollisionsnormen in: *Picone, P. / Wengler, W.:* Internationales Privatrecht, 1974.
Hjerner, L. A. E.: Sweden: The Stockholm Arbitration Institute: Handbook, S. 187 ff.
– Recourse to Law Courts in international Arbitration in Sweden: Hommage à *Frédéric Eiseman*, 1978, S. 61 ff.
– Choice of Law Problems in International Arbitration with particular Reference to Arbitration in Sweden. Swedish and International Arbitration: Yearbook of the Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce 1982, S. 18 ff.
v. Hoffmann, B.: Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit. Die Bestimmung des maßgeblichen Rechts, 1970.
– UNCITRAL Rules für internationale Schiedsverfahren: RIW/AWD 1976, S. 1 ff.
Hofmann, M. / Fincke, H.: Der internationale Zivilprozeß, 1980.
Holmbäck, U. (Hrsg.): Arbitration in Sweden (published by the Stockholm Chamber of Commerce) 1977.
Holmbäck, U. / Mangard, N.: Länderbericht Schweden: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 161 ff.; VII (1982), S. 68 ff.
Holtzmann, H. M.: Länderbericht USA: Year-

book Commercial Arbitration II (1977), S. 116 ff.; IX (1984), S. 60 ff.
- United States of America: the American Arbitration Association: Handbook, S. 249 ff.

Hueck, A. / Nipperdey, H. C.: Lehrbuch des Arbeitsrechts, 7. Aufl., 1970.

v. Hülsen, H. V.: Die Gültigkeit von internationalen Schiedsvereinbarungen, 1973.
- Gebrauch und Mißbrauch US-amerikanischer „pre-trial-discovery" und die internationale Rechtshilfe: RIW/AWD 1982, S. 225 ff.

Iaccarino, U.: La Convenzione di Ginevra del 26 settembre 1927 sul riconoscimento delle sentenze arbitrali straniere: Dir. Int. 13 (1959), S. 324 ff.

Internationale Handelskammer (Hrsg.): L'arbitrage de la CCI, 1977.
- Arbitration Law in Europe, 1981, (ICC Nr. 353) (zit.: Arbitration Law in Europe).
- Guide to Arbitration and related services offered by the International Chamber of Commerce, 1983 (ICC Nr. 382).
- International Arbitration – 60 years on a look at the future, 1984, (ICC Nr. 412).

Issad, M.: Länderbericht Algerien: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979), S. 3 ff.

Jaffer, M. J.: Länderbericht Pakistan: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 114 ff.

Jakobs, A.: Vorprozessuale Vereinbarungen über die deutsche internationale Zuständigkeit, Diss. Mannheim 1974.

Jakubowski, J.: The Recognition and Enforcement of Foreign Arbitration Awards in Poland: Polish Yearbook of International Law, Bd. VII (1982), S. 65 ff.

Jakubowski, J. / Wiśniewski, A.: Länderbericht Polen: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 64 ff.

Jarvin, S.: Beilegung internationaler Handelsstreitigkeiten: RIW/AWD 1984, S. 512 ff.
- London as a place for international Arbitration: J. Int. Arb. 1 (1984), S. 59 ff.

Jauernig, O.: Zum „Prozeßvergleich zugunsten eines Dritten": JZ 1960, S. 10 ff.

Jellinek, W.: Die zweiseitigen Staatsverträge über Anerkennung ausländischer Zivilurteile, Erstes Heft: Abhandlung, 1953.

Jerusalem, A. H.: Einstellung sowjetischer Öllieferungen nach Israel – Entscheidung der Außenhandels-Arbitrage Kommission bei der Handelskammer der UdSSR in Moskau: AWD 1958, S. 187 ff.

Jessen, U.: Schiedsverträge im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen: BB 1960, S. 1116 ff.

Jimenez Salazar, C.: Länderbericht Ecuador: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 76 ff.

Jokela, H.: Länderbericht Finnland: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 41 ff.

Jonas, M.: Das deutsch-italienische Vollstrekkungsabkommen vom 9. März 1936: DJ 1937, S. 888 ff.

Jonas, M. / Meyer-Wild, H.: Das deutsch-schweizerische Vollstreckungsabkommen vom 2. November 1929: JW 1930, S. 3284 ff.

Jung, H.: Vereinbarungen über die Internationale Zuständigkeit nach dem EWG-Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen und nach § 38 Abs. 2 ZPO, Diss. Bochum 1980.

Kaiser, R.: Das europäische Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21. April 1961, 1977 (Repr.).

Kallmann, F.: Unterbrechung der Verjährung durch ausländische Klageerhebung und Urteilsverjährung bei ausländischen Entscheiden: SJZ 1945, S. 193 ff.

Kaufmann, A.: Das deutsch-schweizerische Vollstreckungsabkommen vom 2. November 1929: BlIntPr. 1931, S. 57 ff.
- La reconnaissance de séquestres et des mesures provisionelles en matière de réclamations non pécuniaires d'après la convention germano-suisse: Memoires publiés par la Faculté de droit de Genève 27 (1969), S. 89 ff.

Kegel, G.: Internationales Privatrecht, 4. Aufl., 1977.

Kennedy-Grant, T.: Länderbericht Neuseeland: Yearbook Commercial Arbitration VIII (1983), S. 34 ff.

Kessler, J.: Die Bindung des Schiedsgerichts an das materielle Recht, 1964.

Klein, F. E.: La Convention de New York pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères: Schweiz JZ 1961, S. 229 ff., 247 ff.
- La Convention européenne sur l'arbitrage commercial international: Rev. crit. 1962, S. 621 ff.
- Das Europäische Übereinkommen über die in-

ternationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit: ZZP 76 (1963), S. 342 ff.
- Zum Begriff des internationalen Schiedsverfahrens: Festgabe für den schweizerischen Juristentag, 1963, S. 145 ff.
- Internationale Schiedsverfahren und nationale Rechtsordnungen: Schw. Jb. Int. R. 24 (1967), S. 87 ff.
- Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit und die schweizerische Rechtsordnung, in: *Böckstiegel K.-H.:* Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz, 1979, S. 33 ff.

Kleinmann, W.: Schiedsklauseln in Vereins- und Gesellschaftssatzungen: BB 1970, S. 1076 ff.

Klingmüller, E.: Zu den Grundlagen von Schiedsgerichtsvereinbarungen in Saudi-Arabien: Vertragspraxis und Streiterledigung im Wirtschaftsverkehr mit arabischen Staaten, 1981, S. 5 ff.

Klinke, U.: Bemerkungen zum Statut der Vollmacht unter besonderer Berücksichtigung niederländischen Rechts: RIW/AWD 1978, S. 642 ff.

Köhler, H.: Patronatserklärungen als Kreditsicherheit: Tatsächliche Verbreitung – wirtschaftliche Gründe – rechtliche Bedeutung: WM 1978, S. 1338 ff.

Köhn, W.: Schiedsgerichtsbarkeit und ordre public im zwischenstaatlichen Handelsverkehr: KTS 1956, S. 129 ff., 166 ff., 185 ff.

Kohler, K.: Die moderne Praxis des Schiedsgerichtswesens in der Wirtschaft, 1967.

Kollewijn, R. D.: American-Dutch Private International Law, 1961.

Kornblum, U.: Grenzfragen des orde public in der privaten Schiedsgerichtsbarkeit: KTS 1968, S. 143 ff.
- Probleme der schiedsrichterlichen Unabhängigkeit, 1968.
- Die Entscheidungskompetenz bei der Ablehnung privater Schiedsrichter: ZZP 80 (1967), S. 36 ff.
- Urteilsanmerkung: ZZP 82 (1969), S. 480 ff.; 91 (1978), S. 323 ff.

Kos-Rabcewicz-Zubkowski, L.: Länderbericht Kanada: Yearbook Commercial Arbitration II (1977), S. 16 ff.

Krishnamurthi, N.: Länderbericht Indien: Yearbook Commercial Arbitration II (1977), S. 31 ff.

Kroog, W. / Luther, M.: Die Regelung der privaten Auslandsschulden nach dem Londoner Schuldenabkommen: NJW 1953, S. 1652 ff.; 1962 ff.

Kropholler, J.: Europäisches Zivilprozeßrecht, 1982.
- Internationale Zuständigkeit, in: Handbuch des Internationalen Zivilverfahrensrechts, Bd. I, 1982, S. 183 ff.

Krüger, H.: Verbot von Rechtswahl-, Schieds- und Gerichtsstandsklauseln nach saudi-arabischem Recht: RIW/AWD 1979, S. 737 ff.
- Probleme des saudi-arabischen internationalen Vertrags- und Schiedsrechts: Vertragspraxis und Streiterledigung im Wirtschaftsverkehr mit arabischen Staaten, 1981, S. 61 ff.
- Das türkische IPR-Gesetz von 1982: IPRax 1982, S. 22 ff.
- Neues internationales Privatrecht in der Türkei: öZfRV 1982, S. 169 ff.
- Das türkische Gesetz Nr. 2675 vom 20. 5. 1982 über das internationale Privat- und Zivilverfahrensrecht, 1982.
- Zur Neuregelung des türkischen internationalen Privatrechts 1982: StAZ 1983, S. 49 ff.

Kudlich, Ch.: Die privatrechtlichen Nebenwirkungen einer im Ausland erhobenen Klage, Diss. München 1962.

Lando, O.: Dänisches Schiedsrecht nach dem Schiedsgerichtsbarkeitsgesetz von 1972: ZHR 136 (1972), S. 517 ff.

Landolt, H.: Rechtsanwendung oder Billigkeitsentscheid durch den Schiedsrichter in der privaten internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit, 1955.

Langendorf, H.: Prozeßführung im Ausland und Mängelrüge im ausländischen Recht, 1956 ff.

Langer, G.: Das Weltbank-Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten: AWD 1972, S. 321 ff.

Laschet, F.: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Bau- und Anlagenverträgen, in: *Nicklisch, F.* u. a.: Bau- und Anlagenverträge. Risiken, Haftung, Streitbeteiligung, 1984. S. 255 ff.

Lauterpacht, E.: The World Bank Convention on the Settlement of International Investment Disputes: Recueil d'études de droit international en honneur de *Paul Guggenheim,* 1968, S. 642 ff.

Lebedev, S. N. / Podznyakov, V.: Länderbericht UdSSR: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 91 ff.

Lemosse, M.: Réflexion sur la conception romaine

de l'arbitrage international: Festschrift für *Rudolf Schmidt*, 1966, S. 341 ff.

Leverkühn, P.: Die Stellung des Londoner Schuldenabkommens im internationalen Recht: MDR 1953, S. 521 ff.

– Die Stellung des Londoner Schuldenabkommens im deutschen Recht: MDR 1953, S. 705 ff.

Levis, O.: Der Wohnsitzbegriff im deutsch-schweizerischen Vollstreckungsabkommen: Schweiz JZ 1935/36, S. 62 ff.

Liemen, E.: Schiedsgerichtsbarkeit und Vollstrekkung von Schiedssprüchen im Iran: RIW/AWD 1978, S. 780 ff.

Lunz, L. A.: Internationaler Zivilprozeß, 1968.

Luther, G.: Zur Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Schiedssprüchen in Handelssachen im deutsch-italienischen Rechtsverkehr: ZHR 127 (1964), S. 145 ff.

– Das deutsch-italienische Vollstreckungsabkommen und seine zukünftige Gestaltung: Heft 1 der Vereinigung für den Gedankenaustausch zwischen deutschen und italienischen Juristen e. V., 1966.

Magnus, U.: Anmerkungen zu Schiedssprüchen zum Haager Kaufrecht: RIW/AWD 1978, S. 338 ff.

Maier, H. J.: Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit und UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, 1966.

– Handbuch der Schiedsgerichtsbarkeit, 1979.

Malamud, J.: Länderbericht Argentinien: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 17 ff.

Malina, M.: Die völkerrechtliche Immunität ausländischer Staaten im zivilrechtlichen Erkenntnisverfahren, Diss. Marburg 1978.

Mangin, G.: L'organisation judiciaire des états d'Afrique et de Madagascar, 1962.

Mann, F. A.: Internationales Schiedsgericht und nationale Rechtsordnung: ZHR 130 (1967), S. 97 ff.

– Schiedsrichter und Recht: Festschrift für *Werner Flume*, 1978, S. 593 ff.

– Die neue englische Schiedsgerichtsbarkeit: NJW 1979, S. 1745 ff.

– Zur Ernennung von Schiedsrichtern durch vertraglich bezeichnete Dritte: Liber Amicorum *Adolf F. Schnitzer* offert à l'occasion de son 90e anniversaire le 30 juillet 1971, par la Faculté de Droit de l'Université de Genève, 1979, S. 325 ff.

Marazzi, A.: Sulla rimessa in vigore dei trattati con la Germania prebellica: Riv. it. dir. e proc. pen. 1959, S. 338 ff.

Marmo, L.: La Convenzione di New York sul riconoscimento delle sentenze arbitrali: Riv. Dir. Int. 1959, S. 31 ff.

Martin, A.: Länderbericht England und Wales: Arbitration Law in Europe, 1981, S. 161 ff.

Matray, L.: Länderbericht Belgien: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 1 ff.

Matscher, F.: Der neue österreichisch-deutsche Vertrag über die Anerkennung und Vollstrekkung von gerichtlichen Entscheidungen im Lichte der allgemeinen Lehren des internationalen Zivilprozeßrechts: JBl. 1960, S. 265 ff.

– Einige Probleme der internationalen Urteilsanerkennung- und -vollstreckung. Erl. am Beispiel der Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit Österreich, mit Belgien und mit Großbritannien: ZZP 86 (1973), S. 404 ff.

– Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit im österreichischen Recht: JBl. 1975 S. 412 ff., S. 452 ff.

Melis, W.: Länderbericht Österreich: Arbitration Law in Europe, 1981, S. 15 ff.

– Zur Neuordnung der Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbarkeit in der österreichischen Zivilprozeßordnung: Festschrift für *Arthur Bülow*, 1981, S. 129 ff.

– Austria: the Arbitral Centre of the Federal Economic Chamber: Handbook, S. 33 ff.

– East-West Arbitration: Hommage à *Frédéric Eisemann*, 1978, S. 97 ff.

– Überlegungen aus Anlaß des Inkrafttretens der neuen Schieds- und Vergleichsordnung des Schiedsgerichts der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft: Der Gesellschafter, 1983, S. 143 ff.

– Länderbericht Österreich: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979), S. 21 ff., IX (1984), S. 42 ff.

– Technische und rechtliche Risiken bei Bau- und Anlagenverträgen – vertragliche Instrumente zur frühzeitlichen Konfliktregelung in: *Nicklisch, F.* u. a.: Bau- und Anlagenverträge. Risiken, Haftung, Streitbeilegung, 1984, S. 241 ff.

Mentz, A.: Das „Pre-Trial Discovery"-Verfahren im US-amerikanischen Zivilprozeß: RIW/AWD 1981, S. 73 ff.

Mezger, E.: Zur Auslegung und Bewertung der

Genfer Schiedsabkommen von 1923 und 1927: RabelsZ 24 (1959), S. 222 ff.
- Die Anerkennung jugoslawischer und anderer osteuropäischer Schiedssprüche in der Bundesrepublik: NJW 1962, S. 278 ff.
- Das europäische Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit: RabelsZ 29 (1965), S. 231 ff.
- Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche. Zur Auslegung von § 1044 ZPO: AWD 1970, S. 258 ff.
- Verstoß gegen die öffentliche Ordnung bei Beurteilung ausländischer Schiedssprüche: NJW 1970, S. 368 ff.
- Du consentement en matière «d'electio iuris» et de la clause compromissoire: Rev. crit. 1971, S. 37 ff.
- Beschränkung des Geltungsbereichs von § 1044 ZPO durch internationale Übereinkommen?: AWD 1971, S. 322 ff.
- Die Beurteilung der Gerichtsstandsvereinbarung nach dem Vertragsstatut und die des Vertrages nach dem Recht des angeblich gewählten Gerichts, insbesondere im deutsch-französischen Rechtsverkehr: Festschrift für *Wengler*, 1973, S. 541 ff.
- Kernpunkte der französischen Reform des Schiedsgerichtswesens: RIW/AWD 1980, S. 677 ff.
- Überblick über das französische Recht der Schiedsgerichtsbarkeit nach dem Reformdekret vom 14. 5. 1980: ZZP 94 (1981), S. 117 ff.
- Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs bzw. Vollstreckung aus New Yorker Exequatururteil (Urteilsanmerkung): RIW/AWD 1984, S. 647 ff.

Minoli, E.: La Convention de New York sur la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères: Unidroit 1958, S. 156 ff.

Mitscherlich, M. / Jander, K. H.: Verjährungsprobleme im internationalen Privatrecht der Vereinigten Staaten: RIW/AWD 1978, S. 358 ff.

Morelli, G.: Diritto Processuale Civile Internazionale, 2. Aufl., 1954.
- Studi di Diritto Processuale Civile Internazionale, 1961.

Moschel, W.: Uneigentliches Schiedsgerichtsverfahren in Italien: AWD 1961, S. 165 ff.

Moser, R.: Vertragsabschluß, Vertragsgültigkeit und Parteiwille im internationalen Obligationenrecht, 1948.

Müller, D. u. a.: Die Anwendung ausländischen Rechts im internationalen Privatrecht, 1968, S. 66 ff.
- Länderbericht Deutschland, in: Die Anwendung ausländischen Rechts im internationalen Privatrecht, 1968, S. 66 ff.

Müller, P.: Die Vollmacht im Auslandsgeschäft – ein kalkulierbares Risiko?: RIW/AWD 1979, S. 377 ff.

Müller-Freienfels, W.: Der Schiedsrichtervertrag in kollisionsrechtlicher Beziehung: Festschrift für *Ernst J. Cohn*, 1975, S. 147 ff.

Münzberg, R.: Prorogation und Schiedsvereinbarungen im internationalen Zivilverfahren: Zeitgenössische Fragen des internationalen Zivilverfahrensrechts, 1972, S. 177 ff.

Nagel, H.: Durchsetzung von Vertragsansprüchen im Auslandsgeschäft – Klage vor dem Schieds- oder Staatsgericht im In- und Ausland, 1978.
- Internationales Zivilprozeßrecht für deutsche Praktiker, 1980.

v. Nanassy, B.: Das internationale Eisenbahnfrachtrecht, 1956.

Nehlert, G.: Grundsätze des Rechtshilfeverkehrs mit dem Ausland in Zivilsachen: JR 1958, S. 121 ff.

Nerz, A.: Vollstreckbarkeit ausländischer Schiedssprüche im Königreich Saudi-Arabien: RIW/AWD 1983, S. 811 ff.

Nestor, I.: Länderbericht Rumänien: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 77 ff.

Neumayer, K. H.: Über die Fortgeltung deutsch-italienischer Staatsverträge privatrechtlichen Inhalts: JZ 1952, S 682 ff.

Nicklisch, F.: Schiedsgerichtsklauseln und Gerichtsstandsvereinbarungen in Verbandssatzungen und allgemeinen Geschäftsbedingungen: BB 1972, S. 1285 ff.
- Instrumente der Internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit zur Konfliktregelung bei Langzeitverträgen: RIW/AWD 1978, S. 633 ff.

Nussbaum, A.: Probleme des internationalen Schiedswesens: Internationales Jahrbuch für Schiedsgerichtswesen, Bd. I (1926), S. 7 ff.

Obermüller, M.: Die Patronatserklärung: ZGR 4 (1975), S. 1 ff.

Ottolenghi, S.: Länderbericht Israel: Yearbook Commercial Arbitration II (1977), S. 47 ff.

Oyenkunle, T.: Länderbericht Nigeria: Yearbook Commercial Arbitration II (1977), S. 66 ff.

Palandt. O. / Bassenge, P. / Diederichsen, U. / Edenhofer, W. / Heinrichs, H. u. a.: Bürgerliches Gesetzbuch, 43. Aufl., 1984 (zit.: *Palandt/Bearbeiter*).

Parra Aranguren, G.: Länderbericht Venezuela: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 133 ff.

Patkos, B. T.: The United Nations Convention of 1958 on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards in the Light of the Greek Civil Procedure Code of 1971: Revue Hellénique de droit international 1974, S. 295 ff.

Petersen, G.: Die 8. Haager Konferenz: RabelsZ 24 (1959), S. 1 ff.

Petitpierre, M.: Les conventions conclues par la Suisse avec l'Allemagne, l'Autriche et la Tchécoslovaquie concernant la reconnaissance et l'exécution des jugements civils, 1931.

Pfaff, D.: Probleme der Anerkennung und Vollstreckung jugoslawischer Schiedssprüche: AWD 1970, S. 55 ff.

– Die Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit der sozialistischen Länder im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des internationalen Privatrechts, 1973.

Pirrung, J.: Die Schiedsgerichtsbarkeit nach dem Weltbankübereinkommen für Investitionsstreitigkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage bezüglich der Bundesrepublik Deutschland, 1972.

– Die Schiedsverfahrensordnung der UNCITRAL: RIW/AWD 1977, S. 513 ff.

– Zu den Anerkennungs- und Vollstreckungsverträgen der Bundesrepublik Deutschland mit Israel und Norwegen: IPRax 1982, S. 130 ff.

Plewe, D.: Die Schiedsgerichtsabrede im internationalen Schuldvertragsrecht, Diss. Bonn 1969.

v. Preuschen, D.: Die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche in Japan nach dem Inkrafttreten des UN-Übereinkommens: AWD 1964, S. 112 ff.

Pointet, P. J.: La Convention de New York sur l'exécution des sentences arbitrales étrangères, 1958.

– La Convention européenne sur l'arbitrage commercial international, 1961.

Probst, R.: Die Vollstreckung ausländischer Zivilurteile in der Schweiz nach den geltenden Staatsverträgen, 1936.

Przymusinski, C.: Der Handelsverkehr mit Polen nach der neuen polnischen Zivilgesetzgebung: AWD 1967, S. 258 ff.

Rangel, V. M.: Länderbericht Brasilien: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 31 ff.

Rauh, K.: Die Schieds- und Schlichtungsordnungen der UNCITRAL, 1983.

Rauscher, B.: Das Schiedsgutachtenrecht unter besonderer Berücksichtigung der Regelungen der Praxis des Massenverkehrs, 1969.

– DAT-Schätzungen – Schiedsgutachten auf unzureichender Grundlage: BB 1974, S. 629 ff.

Real, G. K. L.: Der Schiedsrichtervertrag, Inhalt und rechtliche Regelung im deutschen Recht mit rechtsvergleichenden Ausblicken, 1983.

Reithmann, Ch.: Internationales Vertragsrecht, 3. Aufl., 1973.

Remiro Brotons, A.: Ejecucion de sentencias extranjeras en España – La jurisprudencia del Tribunal Supremo, 1974.

Renggli, P.: Die Grenzen der Parteifähigkeit im internationalen privatrechtlichen Schiedsverfahren, 1955.

Reymond, C. / Bucher, E.: Schweizer Beiträge zur Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 1984.

Ribbert, B.: Unternehmensbewertung durch einen Schiedsgutachter: DB 1978, S. 2085 ff.

Riedberg, P.: Der amiable Compositeur im internationalen privaten Schiedsgerichtsverfahren, 1962.

Riezler, E.: Internationales Zivilprozeßrecht, 1949.

Rigaux, A.: Les dernières conventions sur efficacité internationale des jugements et des actes publics conclues par la Belgique: JT 1961, S. 197 ff.

Robert, J.: La Convention de New York du 10 juin 1959 pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales: Rev. Arb. 1958, S. 70 ff.

– Arbitrage Civil et Commercial, 4. Aufl., 1967.

Rosenberg, L. / Schwab, K.-H.: Zivilprozeßrecht, 13. Aufl., 1981.

Roth, G. H.: Der Vorbehalt des Ordre Public gegenüber fremden gerichtlichen Entscheidungen, 1967.

Roulet, J.-D.: La Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants

d'autres Etats: Schw. Jb. Int. R. 22 (1965), S. 121 ff.

Rüede, Th. / Hadenfeldt, R.: Schweizerisches Schiedsgerichtsrecht, 1980.

Saleh, S.: Commercial Arbitration in the Arab Middle East. A Study in Shari'a and Statute Law, 1984.

Samtleben, J.: Länderbericht Kuba, in: *Pfaff, D.:* Die Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit der sozialistischen Länder, 1973, S. 274 ff.

- Internationale Gerichtsstandsvereinbarungen nach dem EWG-Übereinkommen und nach der Gerichtsstandsnovelle: NJW 1974, S. 1590 ff.
- Mehrstaater im internationalen Privatrecht: RabelsZ 42 (1978), S. 456 ff.
- Schiedsgerichtsbarkeit in Brasilien: RIW/AWD 1981, S. 376 ff.
- Schiedsgerichtsbarkeit in Chile: RIW/AWD 1983, S. 167 ff.
- Schiedsgerichtsbarkeit in den Andenpaktstaaten I: RIW/AWD 1984, S. 600 ff.

Sanders, P.: New York Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards: Nederlands Tijdschrift voor Internationaal Recht, 1959, S. 43 ff.

- Recent Developments in International Commercial Arbitration: Festschrift für *Ch. N. Fragistas*, Bd. I, 1966, S. 625 ff.
- Commentary on UNCITRAL Arbitration Rules: Yearbook Commercial Arbitration II (1977), S. 172 ff.
- Länderbericht Niederlande: Yearbook Commercial Arbitration VI (1981), S. 60 ff.

Sandrock, O. (Hrsg.): Handbuch der internationalen Vertragsgestaltung, Bd. I u. II, 1980.

Sareika, W.: Kanadisches Recht der Schiedsgerichtsbarkeit (Commercial Arbitration): RIW/AWD 1975, S. 616 ff.

- Zu den Begriffen in der Schiedsgerichtsbarkeit: ZZP 90 (1977), 285 ff.

Schaaff, P.: Discovery und andere Mittel der Sachverhaltsaufklärung im englischen Pre-Trial-Verfahren im Vergleich zum deutschen Zivilprozeß, 1983.

Schaeffer, M.: Länderbericht Südafrika: Yearbook Commercial Arbitration II (1977), S. 76 ff.

Schär, D. / Luther, M.: Bericht über die Durchführung eines Schiedsverfahrens vor der Außenhandels-Arbitragekommission bei der Handelskammer der UdSSR in Moskau: RiW 1956, S. 75 ff.

Schlösser, H.: Vollstreckbarkeit deutscher Gerichtsentscheidungen in Griechenland: NJW 1964, S. 485 ff.

Schlosser, P.: Vereins- und Verbandsgerichtsbarkeit, 1972.

- Das Recht der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit, Bd. I u. II, 1975.
- Probleme der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit: AG 1979, S. 237 ff., 278 ff.
- Die Unparteilichkeit des Schiedsrichteramtes: ZZP 93 (1980), S. 121 ff.

Schmidt, K.: Heilung, Neuabschluß und Erklärungsbewußtsein beim Schiedsvertrag: MDR 1972, S. 989 ff.

Schneider, W.: Urteilsanmerkung: RIW/AWD 1978, S. 619 ff.

Schönherr, F.: Der deutsch-österreichische Vollstreckungsvertrag in der österreichischen Rechtsprechung: AWD 1964, S. 80 ff.

- Besonderheiten des Schiedsverfahrens in Österreich im Vergleich mit dem Recht der Bundesrepublik Deutschland: RIW/AWD 1980, S. 813 ff.

Schopp, H.: Die Schiedsklauseln in Gesellschaftsverträgen: DB 1958, S. 591 ff.

Schottelius, D.J.: Die kaufmännische Schiedsgerichtsbarkeit, 1953.

- Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, 1957.
- Die Kompetenz-Kompetenz in der Schiedsgerichtsbarkeit: KTS 1959, S. 134 ff.

Schütze, R.A.: Der deutsch-norwegische Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag: IWB F 5 (Norwegen), Gr. 3, S. 15 ff.

- Der deutsch-israelische Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag: IWB F 6 (Israel), Gr. 3, S. 13 ff.
- Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche in Kenia: IWB F 7 (Kenia), Gr. 3, S. 7 ff., S. 29 ff.
- Der deutsch-tunesische Rechtsschutz-, Rechtshilfe- und Vollstreckungsvertrag: IWB F 7 (Tunesien), Gr. 3, S. 11 ff.
- Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile in Kanada: IWB F 8 (Kanada), Gr. 3, S. 21 ff.
- Die Haager Übereinkommen über die Zustellung und die Beweisaufnahme im Ausland: IWB F 10 (International), Gr. 4, S. 71 ff.
- Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile in der Bundesrepublik Deutschland als verfahrensrechtliches Problem, Diss. Bonn 1960.

- Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile in Nigeria: JBl. 1963, S. 563 ff.
- Die Nachprüfung von Entscheidungen des Rates, der Kommission und des Gerichtshofes nach Art. 187, 192 EWG-Vertrag: NJW 1963, S. 2204 ff.
- Die Vollstreckung deutscher Schiedssprüche in Griechenland: AWD 1964, S. 253 ff.
- Der Nachweis ausländischen Rechts in einigen sozialistischen Rechtsordnungen: Schweiz JZ 1965, S. 291 ff.
- Der Zeitpunkt der Anerkennung ausländischer Zivilurteile: NJW 1966, S. 1598 ff.
- Vollstreckung ausländischer Urteile in Afrika, 1966.
- Die Unterbrechung und Inlaufsetzung der Verjährung von Wechselansprüchen durch ausländische Klageerhebung: WM 1967, S. 246 ff.
- Die Berücksichtigung der Rechtshängigkeit eines ausländischen Verfahrens: RabelsZ 31 (1967), S. 233 ff.
- Doppelte Rechtsverfolgung im In- und Ausland: DB 1967, S. 497 ff.
- Die Bedeutung der Anerkennungsfähigkeit der Entscheidung des prorogierten Gerichts für die Wirksamkeit einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung: Festschrift für *Ch. N. Fragistas*, Bd. V, 1969, S. 167 ff.
- Die Rezeption ausländischen Rechts in Afrika: JZ 1969, S. 627 ff.
- Vollstreckung ausländischer Urteile in Argentinien – Verbürgung der Gegenseitigkeit: AWD 1969, S. 262 ff.
- Zur Vertragsgestaltung im Ost-West-Handel: AWD 1971, S. 390 ff.
- Zur Verbürgung der Gegenseitigkeit, insbesondere im Verhältnis zu Israel: AWD 1972, S. 281 ff.
- Zur Bedeutung der Anerkennungsfähigkeit der Entscheidung des prorogierten Gerichts für die Wirksamkeit einer internationalen Gerichtsstandsvereinbarung: AWD 1973, S. 368 ff.
- Internationale Gerichtsstandsvereinbarungen: DB 1974, S. 1417 ff.
- Die Neuordnung der Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit in der Tschechoslowakei: Jahrbuch für Ostrecht XII (1975), S. 95 ff.
- Rechtsverfolgung bei deutsch-arabischen Handelsgeschäften: RIW/AWD 1977, S. 761 ff.
- Zur Vollstreckung ausländischer Zivilurteile bei Zweifeln an der Verbürgung der Gegenseitigkeit: DB 1977, S. 2129 ff.
- Die Geltendmachung deutscher Urteile im Ausland – Verbürgung der Gegenseitigkeit, 1977.
- Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile in Liechtenstein: RIW/AWD 1977, S. 564 ff.
- Die Vollstreckung ausländischer Zivilurteile in Botswana: JR 1978, S. 54 ff.
- Internationales Zivilprozeßrecht, 1980.
- Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Zivilurteile und Schiedssprüche in Bhutan: JR 1981, S. 498 ff.
- Besprechung von Ernemann. Zur Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche nach § 1044 ZPO: WM 1981, S. 1291 ff.
- Modernes Recht für Bhutan: INDOASIA 23 (1981), S. 70 ff.
- Formulare zum internationalen Zivilprozeß, in: Beck'sches Prozeßformularbuch, 2. Aufl., 1982, S. 234 ff.
- Konzeptionelle Unterschiede der Prozeßführung vor US-amerikanischen und deutschen Gerichten: WM 1983, S. 1078 ff.
- Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Zivilurteilen und Schiedssprüchen im deutsch-saudiarabischen Verhältnis: RIW/AWD 1984, S. 261 ff.

Schurtman, W. / Walter, O. L.: Der amerikanische Zivilprozeß, 1978.

Schwab, K. H.: Der Streitgegenstand im Zivilprozeß, 1954.

- Schiedsrichterernennung und Schiedsrichtervertrag: Festschrift für *Gerhard Schiedermair*, 1976, S. 499 ff.
- Schiedsgerichtsbarkeit, 3. Aufl., 1979.
- Kollisionsrechtliche Fragen des deutschen internationalen Schiedsverfahrensrechts: Festschrift für *Martin Luther*, 1976, S. 163 ff.

Schwytz, I.: Kosten und Kostenentscheidung im schiedsgerichtlichen Verfahren: BB 1974, S. 673 ff.

Sebestyen, G.: Länderbericht Ungarn: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 53 ff.

Sedlacek, W.: Das UN-Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche: ZfR vgl. 3 (1962), S. 23 ff.

- Die Neuregelung der Zwangsvollstreckung zwischen der Republik Österreich und der

Bundesrepublik Deutschland: ZfRvgl. 1 (1960), S. 58 ff.

Sereni, A. P.: La Convenzione di Ginevra per l'esecuzione delle sentenze arbitrali straniere: Riv. Dir. Int. 1931, S. 592 ff.

Shanneik, G.: Der rechtliche Rahmen des Wirtschaftsverkehrs mit dem Sultanat Oman: RIW/AWD 1979, S. 170 ff.

Sieg, K.: Hilfestellung Dritter im schiedsrichterlichen Verfahren: JZ 1958, S. 719 ff.

– Die Vollstreckbarerklärung von Schiedssprüchen, die den Streit nicht endgültig erledigen: JZ 1959, S. 752 ff.

Simitis, S.: Aufgaben und Grenzen der Parteiautonomie im internationalen Vertragsrecht: JuS 1966, S. 209 ff.

Sonnenberger, H. J.: Bemerkungen zum internationalen Privatrecht im AGB-Gesetz: Festschrift für *Murad Ferid*, 1978, S. 377 ff.

Spiro, E.: The General Principles of the Conflict of Laws, 1982.

Stalev, Z.: Länderbericht Bulgarien: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 18 ff.

v. Staudinger, J. / Firsching, K.: Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Teil 2 b, Internationales Schuldrecht I, 10./11. Aufl.,1978.

Stauffer, W.: Die neuen Verträge der Schweiz über die Vollstreckung von Zivilurteilen, 1931.

Stein, F. / Jonas, M.: Kommentar zur ZPO, 19. Aufl., 1964–1975; 20. Aufl., ab 1977 (zit.: *Stein/Jonas/Bearbeiter*).

Steyn, J.: Länderbericht England: Yearbook Commercial Arbitration VIII (1983) S. 3 ff.

Stiefel, E. C.: „Discovery"-Probleme und Erfahrungen im Deutsch-Amerikanischen Rechtshilfeverkehr: RIW/AWD 1979, S. 509 ff.

Stojković, S.: Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche in Jugoslawien: RabelsZ 30 (1966), S. 685 ff.

Stockholm Chamber of Commerce (Hrsg.): Arbitration in Sweden, 1977 (zit.: Arbitration in Sweden).

Stoltenberg, G.: Die neuere Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer Paris: NJW 1975, S. 2130 ff.

Straatmann, K.: Die Qualitätsarbitrage. Eine Rechtsschöpfung des Überseehandels: Festschrift für *Rolf Stödter*, 1979, S. 109 ff.

– Federal Republic of Germany – Hamburg Friendly Arbitration: Handbook, S. 47 ff.

Straatmann, K. / Ulmer, P.: Handelsrechtliche Schiedsgerichts-Praxis Bd. I, 1975; Bd. II bearb. von *F. H. Timmermann*, 1982.

Strohbach, H.: Länderbericht Deutsche Demokratische Republik: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 40 ff.

Stürner, R.: Die Aufklärungspflicht der Parteien des Zivilprozesses, 1976.

– Die richterliche Aufklärung im Zivilprozeß, 1982.

Stumpf, H.: Vor- und Nachteile des Verfahrens vor Schiedsgerichten gegenüber dem Verfahren von ordentlichen Gerichten: Festschrift für *Arthur Bülow*, 1981, S. 217 ff.

Stumpf, H. / Lindstaedt, W.: Vereinbarungen über das anzuwendende Recht und das zuständige Schiedsgericht in Handelsverträgen mit osteuropäischen Ländern: AWD 1972, S. 228 ff.

Subekti, R.: Länderbericht Indonesien: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 84 ff.

Swoboda, M.: Fachleute als Richter – Schiedsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstag, 1984).

Szászy, I.: International Civil Procedure, 1967.

Thoma, E.: Die Zwangsvollstreckung in Österreich: NJW 1966, S. 1057 ff.

Thomas, H. / Putzo, H.: Zivilprozeßordnung, 12. Aufl., 1982.

Thompson, R.: The Court of Arbitration of the ICC: Handbook, S. 17 ff.

Triebel, V. / Lange, D.: Reform des englischen Schiedsgerichtsrechts: RIW/AWD 1980, S. 616 ff.

Trolle, J.: Länderbericht Dänemark: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 28 ff.

Troller, K.: Arbitration and Enforcement of Arbitration Awards in Arab Countries: The International Contract Law and Finance Review 1981, S. 397 ff.

Tsien-Hsin, J. / Shao-Shan, L.: Länderbericht China: Yearbook Commercial Arbitration III (1978), S. 153 ff.

Tyan, E.: Le droit de l'arbitrage, 1972.

Tze-Chièn, W.: Die Aufnahme europäischen Rechts in China: AcP 166 (1966), S. 343 ff.

Ungar, H. / Másilko, V.: Das Schiedsverfahren in Handelssachen und die Vollstreckung von Schiedssprüchen in der Tschechoslowakei: AWD 1967, S. 297 ff.

Vischer, F.: Internationales Vertragsrecht, 1962.
Volkmar, E.: Das Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26. September 1927 und das Gesetz zur Änderung einiger Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das schiedsrichterliche Verfahren vom 25. Juli 1930: JW 1930, S. 2745 ff.
Volmer, D.: Das Schiedsgutachenrecht – Bestandsaufnahme und Fragen der Praxis: BB 1984, S. 1010 ff.
Vortisch sen., F.: Die Vollstreckung aus zur Geldzahlung verpflichtenden deutschen Rechtsakten in der Schweiz: AWD 1963, S. 75 ff., S. 105 ff.
de Vries, H. P.: International Commercial Arbitration – A Transnational View: J. Int. Arb. 1 (1984), S. 7 ff.

Wackenhuth, M.: Der Erfolg einer auf eine mängelbehaftete Schiedsvereinbarung gestützte Einrede der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts im Vollstreckbarkeitsverfahren eines in- und ausländischen Schiedsspruches, soweit sich die Parteien rügelos eingelassen haben. Diss. Konstanz, 1984.
Waehler, J. P.: Die Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit in der Sowjetunion in: *Pfaff, D.:* Die Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit der sozialistischen Länder, 1973, S. 432 ff.
Wall, E. H.: United Kingdom: The London Court of Arbitration: Handbook, S. 227 ff.
Walton, A.: Russell on the Law of Arbitration, 19. Aufl., 1979.
Weinschenk, F.: Die Eintreibung kleiner Forderungen in den USA: AWD 1973, S. 131 ff.
Weir, W. S., M. E. L.: Länderbericht Schottland: Arbitration Law in Europe, 1981, S. 181 ff.
Wenger, W.: Zum obligationenrechtlichen Schiedsverfahren im schweizerischen Recht, 1968.
– Die Rechtsmittel gegen schiedsrichterliche Entscheidungen gemäß Konkordatsrecht und gemäß zürcherischem Recht in: *Böckstiegel K. H.:* Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit der Schweiz, 1979, S. 53 ff.
Wesemann, C.: Das neue Internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr (CIM): BB 1956, S. 161 ff.; AWD 1965, S. 14 ff.; AWD 1974, S. 530 ff.
Westerling, B.: Why arbitrate in Sweden?: Yearbook of the Arbitration Institute, Stockholm Chamber of Commerce, 1982, S. 12 ff.
Westermann, H. P.: Zur Legitimität der Verbandsgerichtsbarkeit: JZ 1972, S. 537 ff.
Wick, J.: Das internationale Eisenbahnfrachtrecht nach der CIM gültig ab 1. Jänner 1975, 1974.
Wieczorek, B.: Kommentar zur Zivilprozeßordnung 2. Aufl., 1976 ff.
Wiegand, Ch.: Rechtsprobleme einer speziellen internationalen Bauschiedsgerichtsbarkeit, in: *Nicklisch, F.* u. a.: Bau- und Anlagenverträge. Risiken, Haftung, Streitbeilegung, 1984, S. 289 ff.
Wirth, H.-R.: Gerichtsstandsvereinbarungen im internationalen Handelsverkehr: NJW 1978, S. 460 ff.
Wolff, E.: Grundsätze der internationalen Regelung der deutschen äußeren Vorkriegsschulden: NJW 1953, S. 1409 ff.
– Das Londoner Schuldenabkommen: JZ 1954, S. 105 ff.
Wolff, M.: Das internationale Privatrecht Deutschlands, 3. Aufl., 1954.
– Private International Law, 2. Aufl., 1950 (1962).

Yamulki, A.: Länderbericht Irak: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979) S. 104 ff.

Zajtay, I.: Zum Begriff der Gesamtrezeption fremder Rechte: AcP 170 (1970), S. 251 ff.
Zayyad, F. S. Abu: Länderbericht Kuwait: Yearbook Commercial Arbitration IV (1979), S. 139 ff.
Ziegler, K.-H.: Das private Schiedsgericht im antiken römischen Recht, 1971.
Zilberstein, S.: Die Zwangsvollstreckung aus ausländischen gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Entscheidungen in Rumänien: RabelsZ 40 (1976), S. 56 ff.
– / *Capatina, O.:* Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsentscheidungen und Schiedssprüche in der sozialistischen Republik Rumänien: Zeitgenössische Fragen des internationalen Zivilverfahrensrechts, 1972, S. 235 ff.
Zöller, R.: Zivilprozeßordnung 14. Aufl., 1984.
Zürcher Handelskammer (Hrsg.): Schiedsgerichtsbarkeit. Handbuch der Texte, 1977.

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht oder: am Anfang
AAA	American Arbitration Association
aaO	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
Abk.	Abkommen
Abl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AC	Law Reports, Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Actes et documents	Actes et documents de la Conférence de la Haye de droit international privé
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht oder: Die Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AJIL	American Journal of International Law
AllEr	All England Law Reports
allg.	allgemein
allg. M.	allgemeine Meinung
a. M.	anderer Meinung
AmJournCompL	The American Journal of Comparative Law
amtl.	amtlich
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Ann. dir. int.	Annuario di diritto internazionale
Ann. dr.	Annales de Droit
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
App.	Corte di appello oder: Cour d'appel
Arbitration Law in Europe	Arbitration Law in Europe, 1981 (ICC Nr. 353)
Arbitr. Rspr.	Arbitrale Rechtspraak
Arbitration in Sweden	Stockholm Chamber of Commerce, Arbitration in Sweden, 1977
Arb. J.	Arbitration Journal
Art.	Artikel
art.	article
Aufl.	Auflage
AusfG	Ausführungsgesetz
AusfVO	Ausführungsverordnung
ausl.	ausländisch
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters

BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts, amtliche Sammlung
Baumbach/Lauterbach/ Bearbeiter	*Baumbach, A. / Lauterbach, W. / Albers, J. / Hartmann, P.*, Zivilprozeßordnung, 42. Aufl., 1984
bay.	bayerisch
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts, amtliche Sammlung
BB	Der Betriebsberater
Bd.	Band
bestr.	bestritten
BG	Bundesgericht (Schweiz)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts, amtliche Sammlung
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen, amtliche Sammlung
BlIntPr.	Blätter für internationales Privatrecht (Beilage zu LZ)
BNotO	Bundesnotarordnung
BR	Bundesrat
BRDrucks.	Bundesratsdrucksache
BT	Bundestag
BTDrucks.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, amtliche Sammlung
BYIL	The British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
c	chapter
CA	Court of Appeal
Cahiers	Cahiers de droit européen
CAR	American Arbitration Association – Commercial Arbitration Rules
Cass.	Cour de Cassation (Frankreich oder Belgien)
cc	Code vicil (Frankreich, Belgien, Luxemburg) oder: codice civile (Italien)
CCI	Chambre de Commerce Internationale
Chr.	Chronique
CIM	Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr
CIV	Internationles Übereinkommen über den Eisenbahn-, Personen- und Gepäckverkehr
CJ	Code judiciaire (Belgien)
Clunet	Journal de droit international (auch zitiert: Journal Clunet)
CMR	Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßenverkehr
cpc	code de procédure civile (Frankreich) oder: codice di procedura civile (Italien)
CPO	Civilprozeßordnung
Dalloz	Recueil *Dalloz-Sirey*
DAR	Deutsche Außenwirtschafts-Rundschau
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe

d. h.	das heißt
d. i.	das ist
d. i. p.	droit international privé
DirInt.	Diritto Internazionale
Diss.	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
doc.	document
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks.	Drucksache
dt.	deutsch
DVO	Durchführungsverordnung
f., ff.	folgend, folgende
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz
FamRZ	Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht, Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fg	Festgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Foro	Il foro italiano
Fschr.	Festschrift
ECE	United Nations Economic Commission for Europe
EG	Einführungsgesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
EheG	Ehegesetz
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
Entsch.	Entscheidung
EO	Exekutionsordnung (Österreich)
Erl.	Erläuterung
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGHE	Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, amtliche Sammlung
EuR	Europarecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
G	Gesetz
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
Giur. it.	Giurisprudenza italiana
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, begründet von *Gruchot*
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Handbook	*Cohn, E. / Domke, M. / Eisemann, F.*, Handbook of Institutional Arbitration in International Trade, 1977
HGB	Handelsgesetzbuch
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
HZPÜ	Haager Übereinkommen über den Zivilprozeß v. 1. März 1954
ICC	International Chamber of Commerce
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
ICSID	International Center for Settlement of Investment Disputes
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILA	International Law Association
IntJbSchiedsg.	Internationales Jahrbuch für Schiedsgerichtswesen in Zivil- und Handelssachen (herausgegeben von *Nussbaum*)
IPG	Gutachten zum internationalen und ausländischen Privatrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe
i. w. S.	im weiteren Sinne
IZPR	internationales Zivilprozeßrecht
i. Zw.	im Zweifel
JBl.	Juristische Blätter
J. Bus. L.	The Journal of Business Law
J. C. P.	Juris Classeur Périodique
J. Int. Arb.	Journal of International Arbitration
JMBl.	Justizministerialblatt
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
Journal Clunet	Journal de droit international (auch zitiert: Clunet)
JR	Juristische Rundschau
JT	Journal des tribunaux
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
LCIA	London Court of International Arbitration
LEC	Ley de Enjuiciamiento Civil (Spanien und lateinamerikanische Staaten)
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
LJ	The Law Journal

LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, herausgeben von *Lindenmaier* und *Möhring*
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
Maier	*Maier, H.J.*, Handbuch der Schiedsgerichtsbarkeit, 1979
m. a. W.	mit anderen Worten
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
ModLRev.	The Modern Law Review
N	Note oder: Fußnote
Nachw.	Nachweis oder: Nachweise
Ned. Jur.	Nederlandse Jurisprudentie
n. F.	neue Fassung
NiemeyersZ	*Niemeyers* Zeitschrift für internationales Recht
NJB	Nederlands Juristenblad
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
OER	Osteuroparecht
öJZ	österreichische Juristenzeitung
öZfRV	österreichische Zeitschrift für Rechtsvergleichung
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	Entscheidungen der Oberlandesgerichte, amtliche Sammlung
Palandt/Bearbeiter	*Palandt., O.*, Kommentar zum BGB, 43. Aufl., 1984
Pas. belge	Pasicrisie belge
Prot.	Protokoll
QB	Law Reports, Queen's Bench Division
RabelsZ	*Rabels* Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdC	Académie de droit international, Recueil des Cours
Rdn.	Randnummer
Rec.	Recueil oder: Académie de droit international, Recueil des Cours
Recht	Das Recht, Rundschau für den deutschen Juristenstand
Rev. Arb.	Revue de l'arbitrage
Rev. crit.	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, amtliche Sammlung
Riv. dir. comm.	Rivista del diritto commerciale e del diritto generale delle obbligazioni
Riv. dir. int.	Rivista di diritto internazionale
Riv. dir. proc. civ.	Rivista di diritto processuale civile
RIW/AWD	Recht der internationalen Wirtschaft / Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (seit 1982 auch zitiert: RIW)
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
SA	*Seufferts* Archiv für Entscheidungen der Obersten Gerichte in den deutschen Staaten

Schlosser	*Schlosser, P.*, Das Recht der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit, Bd. I und II, 1975
SchO	Schiedsordnung (auch zitiert: Sch)
Schwab	*Schwab, K. H.*, Schiedsgerichtsbarkeit, 3. Aufl., 1979
schweizJbIntR	Schweizerisches Jahrbuch für Internationales Recht
schweizJZ	schweizerische Juristenzeitung
SdN Rec.	Recueil des traités et des engagements enregistrés par le secretariat de la Société des Nations
sect.	section
Sem. judiciaire	La semaine judiciaire
Sem. jur.	La semaine juridique – Juris-Classeur Périodique
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung oder: schweizerische Juristenzeitung
s. o.	siehe oben
Sp.	Spalte
StAZ	Zeitschrift für Standesamtswesen (jetzt: Das Standesamt)
Stein/Jonas/Bearbeiter	*Stein, F. / Jonas, M.*, Kommentar zur Zivilprozeßordnung, 19. Aufl., 1964/76, 20. Aufl., 1977 ff. bearbeitet von *Grunsky, Leipold, Münzberg, Schlosser, Schumann*
str.	streitig
Suppl.	Supplement
t.	tome
Thomas/Putzo	*Thomas, H. / Putzo, M.*, Kommentar zur ZPO, 12. Aufl., 1982
Tijds. priv.	Tijdschrift voor privaatrecht
Trav. comité fr.	Travaux du Comité français de droit international privé
u. a.	unter anderem
u. a. m.	und andere mehr
u. ä.	und ähnlich(es)
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade
UN-Übereinkommen	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
unstr.	unstreitig
UWG	Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
vol.	volume
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Warneyer	Die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts (auch zitiert: Warn.)
WGO	Die wichtigsten Gesetzgebungsakte in den Ländern Ost-, Südosteuropas und in den ostasiatischen Volksdemokratien
Wieczorek/Bearbeiter	*Wieczorek, B.*, Kommentar zur ZPO, 2. Aufl., 1976 ff., bearbeitet und fortgeführt von *Rössler, G.* und *Schütze, R. A.*
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen
WPVertr.	Weltpostvertrag

ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZaöR	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZfRV	österreichische Zeitschrift für Rechtsvergleichung (auch zitiert: öZfRV)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZIR	*Niemeyers* Zeitschrift für internationales Recht (auch zitiert: NiemeyersZ)
Zöller/Bearbeiter	*Zöller, R.*, Kommentar zur ZPO, 14. Aufl., 1984, bearbeitet von *Geimer, Gummer, Mühlbauer, Philippi, Schneider, Stephan, Stöber, Vollkommer*
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRHO	Rechtshilfeordnung in Zivilsachen
ZS	Zivilsenat
ZRS	Zeitschrift für schweizerisches Recht
z. T.	zum Teil
ZVglRWiss.	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

EINLEITUNG

A. Vor- und Nachteile der Schiedsgerichtsbarkeit

Ein großer Teil von Streitigkeiten im nationalen und internationalen Bereich ist der staatlichen Gerichtsbarkeit durch Schiedsgerichtsvereinbarungen entzogen. Genaue Statistiken fehlen, empirische Untersuchungen erstrecken sich lediglich auf einzelne Branchen[1]. In manchen Bereichen hat die Schiedsgerichtsbarkeit die staatliche Gerichtsbarkeit nahezu vollständig[2], in anderen weitgehend verdrängt[3]. COHN spricht von einer „Flucht zu den Schiedsgerichten"[4]. **1**

Die Gründe hierfür sind unterschiedlicher Natur. Gibt im gesellschaftsrechtlichen Bereich der Gesichtspunkt der Vertraulichkeit (Nichtöffentlichkeit) den Ausschlag, so sind es bei internationalen Streitigkeiten häufig die bessere Durchsetzbarkeit von Schiedssprüchen gegenüber gerichtlichen Entscheidungen und die Verfahrenserleichterungen (Zustellungen, Beweiserhebungen, Sprache)[5]. **2**

Man wird kaum eine generelle Entscheidung zugunsten der privaten Schiedsgerichtsbarkeit oder der staatlichen Gerichtsbarkeit fällen können. Beide Formen der Streitentscheidung haben Vor- und Nachteile, die es im Einzelfall abzuwägen gilt.

---

[1] So hat KOHLER, Die moderne Praxis des Schiedsgerichtswesens in der Wirtschaft, 1967, die praktische Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit in der Frankfurter Wirtschaft in den Jahren 1955–1964 untersucht.

[2] Beispielsweise ist im Ost-West-Handel die Vereinbarung von institutionellen (Außenhandelsarbitrage) oder ad hoc-Schiedsgerichten üblich. Vgl. dazu PFAFF, Die Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit der sozialistischen Länder im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland, 1973; SCHÜTZE, Zur Vertragsgestaltung im Ost-West-Handel: AWD 1971, S. 390 ff. Die überragende Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit leugnen auch STUMPF/LINDSTAEDT, Vereinbarungen über das anzuwendende Recht und das zuständige Schiedsgericht bei Handelsverträgen mit osteuropäischen Ländern: AWD 1972, S. 228 ff. trotz ihrer Angriffe gegen SCHÜTZE, AWD 1971, S. 390 ff. nicht, legen nur das Schwergewicht auf die ad hoc-Schiedsgerichtsbarkeit.

[3] Das gilt z. B. im Bereich des Gesellschaftsrechts, inbesondere bei Familiengesellschaften, worauf GLOSSNER, Das Schiedsgericht in der Praxis, 2. Aufl., S. 20 hinweist.

[4] Vgl. COHN, Die englische Schiedsgerichtsbarkeit: AWD 1974, S. 65 ff. Zu den Gründen vgl. auch STUMPF, Vor- und Nachteile des Verfahrens vor Schiedsgerichten gegenüber dem Verfahren vor Ordentlichen Gerichten: Festschrift für BÜLOW, 1981, S. 217 ff.; LASCHET, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Bau- und Anlagenverträgen in: NICKLISCH U. A., Bau- und Anlagenverträge, 1984, S. 255 ff. (260 ff.); HELLWIG, Nationale und internationale Schiedsgerichtsbarkeit: RIW/AWD 1984, S. 421 ff.

[5] Vgl. dazu NAGEL, Durchsetzung von Vertragsansprüchen im Auslandsgeschäft Klage vor dem Schieds- oder Staatsgericht im In- und Ausland, 1978.

(Schütze)

I. Spezielle Sachkunde

3 Richter sind auch Menschen, und den im Mittelalter postulierten uomo universo gibt es auch unter Richtern nicht. Sie sind mit Sachverhalten im Rahmen der richterlichen Tätigkeit konfrontiert, die ihnen fremd sind, die sie aus eigener Kenntnis nicht verstehen können und zu deren Verarbeitung sie der Erläuterung des Experten, des Sachverständigen bedürfen. Dadurch kommt es häufig zu einer Verlagerung richterlicher Tätigkeit auf den Sachverständigen[6] mit den unliebsamen Folgen des Auseinanderfallens der entscheidungserheblichen Tätigkeit zwischen Richter und Sachverständigen, der Verlängerung des Verfahrens und der Erhöhung der Kosten.

Die Grenzen der Erkenntnismöglichkeit bestehen natürlich auch bei Schiedsrichtern. Da Schiedsgerichte aber regelmäßig für den Einzelfall bestimmt werden, haben die Parteien die Möglichkeit, eine Entscheidung von im Einzelfall mit besonderer Sachkunde befähigten Richtern zu erhalten. Das gilt in erster Linie bei ad hoc-Schiedsgerichten, aber auch bei institutionellen Schiedsgerichten, bei denen aus einer Liste ausgewählt werden muß, weil die institutionellen Schiedsgerichte regelmäßig für eine bestimmte Art von Rechtsstreitigkeiten eingerichtet sind[7]. Während bei der staatlichen Gerichtsbarkeit der Grundsatz des gesetzlichen Richters die Wahl eines bestimmten Richters unmöglich macht und sich die Einflußmöglichkeiten der Parteien auf die Gerichtsstandsvereinbarung und – in beschränktem Maße – auf die Wahl zwischen der Kammer für Handelssachen und der Zivilkammer beschränken, sind die Möglichkeiten, bei der Auswahl des Schiedsrichters auf die Sachkunde Bedacht zu nehmen, groß. Die speziellen Kenntnisse können bestehen:

- in technischer Hinsicht (Kenntnis des Maschinenbaus, der Landwirtschaft etc.);
- in juristischer Hinsicht (Kenntnis von Spezialmaterien wie Bankrecht, Schiffahrtsrecht);
- in sprachlicher Hinsicht (Möglichkeit, fremdsprachliche Urkunden zu verstehen und Zeugen in ihrer Landessprache zu hören).

Diese Sachkunde des Schiedsgerichts ist nicht nur ein Mittel zu richtiger Entscheidung, sondern unter Umständen auch zu schnellerer und billigerer Entscheidung, dank derer Sachverständigengutachten häufig überflüssig werden. Man darf aber nicht verkennen, daß besonders technische Sachkunde nicht immer mit ausreichenden juristischen Kenntnissen und Erfahrungen der Prozeß-

---

[6] Dieses – im technischen Bereich alte – Problem zeigt sich zunehmend auch bei der Notwendigkeit der Erstattung von Rechtsgutachten bei internationalen Rechtsfällen. Zur Problematik der Abhängigkeit der Gerichte von den Gutachtern bei der Feststellung ausländischen Rechts vgl. MÜLLER in: Die Anwendung ausländischen Rechts im internationalen Privatrecht (Deutschland), 1968, S. 70 f., der von der Gefahr einer „Bevormundung des Richters" spricht. Vgl. dazu auch SCHÜTZE, Zur Verbürgung der Gegenseitigkeit, insbesondere im Verhältnis zu Israel: AWD 1972, S. 281 ff.

[7] Das gilt besonders für die Verbandsschiedsgerichtsbarkeit, vgl. dazu NICKLISCH, Schiedsgerichtsklauseln und Gerichtsstandsvereinbarungen in Verbandssatzungen und allgemeinen Geschäftsbedingungen: BB 1972, S. 1285 ff. und die branchenspezielle Schiedsgerichtsbarkeit, z. B. im Bauwesen, vgl. dazu HEIERMANN, Die neue Schiedsgerichtsordnung für das Bauwesen: BB 1974, S. 1507 ff.; WIEGAND, Rechtsprobleme einer speziellen internationalen Bauschiedsgerichtsbarkeit in: NICKLISCH U. A., Bau- und Anlagenverträge, 1984, S. 289 ff.; MELIS, Technische und rechtliche Risiken bei Bau- und Anlagenverträgen – Vertragliche Instrumente zur frühzeitigen Konfliktregelung, ebenda S. 241 ff. Wegen der Notwendigkeit spezifischer Sachkenntnis läßt ArbGG 101 II die Schiedsvereinbarung durch Tarifvertrag für Bühnenkünstler, Filmschaffende, Artisten und Seeschiffsbesatzungen zu, vgl. dazu WIECZOREK/SCHÜTZE § 1025 Anm. E II b 3, 4.

(Schütze)

führung und Entscheidung zusammenfällt und die Verlagerung der Entscheidung juristischer Fragen auf nichtjuristische Spezialisten Gefahren für die Rechtsfindung in sich birgt[8].

Spielt im nationalen Bereich die besondere technische Sachkunde eine überragende Bedeutung, so ist es im internationalen Bereich die Kenntnis ausländischen und zwischenstaatlichen Rechtes[9]. Staatsgerichte, die beispielsweise einen deutsch-saudischen Rechtsfall, in dem islamisches Recht involviert ist, entscheiden sollen, sind regelmäßig überfordert, während das Auffinden von Schiedsrichtern mit derartigen Spezialkenntnissen sehr wohl möglich ist.

II. Verfahrensdauer

Die Verfahrensdauer bei Schiedsgericht und staatlichem Gericht unterscheidet sich häufig **4** erheblich.

Dem System nach ist das Schiedsgerichtsverfahren schneller, da es – von Ausnahmen abgesehen – nur eine Instanz kennt, es dem Unterliegenden also verwehrt ist, durch Ausschöpfen des Rechtsmittelzuges eine rechtskräftige Entscheidung hinauszuzögern[10]. Dieser Vorteil kann jedoch ausgeglichen werden, wenn eine böswillige Partei durch Nichternennung ihres Schiedsrichters oder gerichtliche Zwischenverfahren (z. B. Schiedsrichterablehnung gem. § 1032 ZPO) den Verfahrensablauf verzögert und im Vollstreckbarerklärungsverfahren den Rechtsmittelzug voll ausschöpft. Da aber die Einwendungen gegen die Vollstreckbarerklärung begrenzt sind, ist der Exequaturprozeß regelmäßig schnell[11], jedenfalls schneller als ein sonstiges Verfahren.

Ein anderes Problem liegt in der Person der Schiedsrichter. Überlastete, unfähige oder auch parteiische Schiedsrichter (die es leider zuweilen gibt) können eine Verzögerung des Verfahrens bewirken. Dieses Risiko darf man nicht überbewerten, sollte es aber bei der Auswahl der Schiedsrichter dadurch minimieren, daß man sich vergewissert, ob diese auch in der Lage sind, ein zügiges Verfahren zu gewährleisten[12].

Die Verfahrensdauer wird zu einem ganz entscheidenden Vorteil des Schiedsgerichts, wenn man bei internationalen Streitfällen nicht die Wahl zwischen einer relativ schnell arbeitenden staatlichen Gerichtsbarkeit – wie etwa der deutschen oder schweizerischen – und dem Schiedsgericht hat, sondern schon nach dem Prozeßsystem langsamen Gerichten, wie wir sie zuweilen in Südamerika antreffen, und der Schiedsgerichtsbarkeit. Überdies wird im internationalen Bereich

---

[8] Deshalb sollte mindestens der Obmann Jurist sein.

[9] Zur Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit bei internationalen Verträgen vgl. auch NICKLISCH, Instrumente der Internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit zur Konfliktregelung bei Langzeitverträgen: RIW/AWD 1978, S. 633 ff.; GENTINETTA, Die lex fori internationaler Handelsschiedsgerichte, 1973, S. 22 ff.; JARVIN, Beilegung internationaler Handelsstreitigkeiten: RIW/AWD 1984, S. 512 ff.

[10] Vgl. dazu KOHLER, a. a. O. S. 67 ff.

[11] Immerhin kann auch ein Vollstreckbarerklärungsverfahren erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, wie der vom BGH WM 1977, 319 entschiedene Fall zeigt. Der Schiedsspruch datierte vom 29. 11. 1972/1. 12. 1972; das Vollstreckbarerklärungsverfahren fand fast genau vier Jahre später mit dem Urteil der BGH vom 25. 11. 1976 seinen Abschluß.

[12] Einige Rechte – z. B. das belgische – und verschiedene Schiedsordnungen – z. B. Art. 18 der SchO der Internationalen Handelskammer – sehen zur Sicherstellung des zügigen Verfahrensablaufs Fristen vor, binnen derer der Schiedsspruch zu erlassen ist. Wird die Frist nicht eingehalten, so kann der Schiedsspruch nach belgischem Recht aufgehoben werden. Vgl. dazu MATRAY, Länderbericht Belgien: Yearbook Commercial Arbitration V (1980), S. 1 ff.

die verfahrensverlängernde Wirkung des Exequaturverfahrens nach § 1044 ZPO durch das auch für Gerichtsurteile notwendige Vollstreckbarerklärungsverfahren nach §§ 722 f. ZPO ausgeglichen. Im internationalen Bereich ist die Verfahrensdauer bei Schiedsgerichten sehr häufig erheblich kürzer als bei entsprechenden staatlichen Gerichten[13] – wenngleich es auch hier durch gerichtliche Zwischenverfahren über die Schiedsrichterablehnung etc. zu Verzögerungen kommen kann.

III. Verfahrensgestaltung

5 Das Schiedsgericht ist bei der Gestaltung seines Verfahrens – soweit nicht die Parteien besondere Regeln aufgestellt haben oder das Schiedsgericht einer Verfahrensordnung einer Institution unterworfen ist – frei. Das führt zu zahlreichen Vereinfachungen gegenüber dem Verfahren vor staatlichen Gerichten.

1. Zustellungen

6 Einer der entscheidenden Vorteile des schiedsgerichtlichen Verfahrens im internationalen Bereich ist die Möglichkeit der vereinfachten Zustellung[14] durch einfachen oder eingeschriebenen Brief an im Ausland wohnende Verfahrensbeteiligte. Die durch die deutsche Zivilprozeßordnung und die meisten ausländischen Prozeßgesetze verlangte förmliche Zustellung[15] kann – insbesondere, wenn im Einzelfall keine staatsvertraglichen Erleichterungen bestehen[16] – Monate und Jahre dauern[17] und ein gerichtliches Verfahren ungewöhnlich verlängern. Dabei fällt noch ins Gewicht, daß nach der – sehr bedenklichen – Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes eine Heilung von Zustellungsmängeln nach § 187 ZPO bei Auslandszustellungen nicht möglich ist[18].

2. Beweiserhebung

7 Eine ähnliche Situation besteht hinsichtlich der Beweiserhebung[19]. Die Beweisaufnahme im Ausland, die Vernehmung ausländischer Zeugen, die Einnahme eines Augenscheins im Ausland

---

[13] Vgl. dazu GENTINETTA, a. a. O. S. 29.

[14] Hierauf weist besonders NAGEL, Durchsetzung von Vertragsansprüchen im Auslandsgeschäft a. a. O. S. 23 f. hin.

[15] Vgl. § 199 ZPO.

[16] Vgl. z. B. das Haager Zivilprozeßabkommen von 1905 und das Haager Zivilprozeßübereinkommen von 1954 abgedruckt bei WIECZOREck/SCHÜTZE Internationales Zivilprozeßrecht.

[17] In einem deutsch-jugoslawischen Rechtsfall benötigte die Zustellung der Klageschrift des Landgerichts Rottweil an den jugoslawischen Beklagten 6 Monate, die Zustellung des Versäumnisurteils ist von den jugoslawischen Behörden trotz vielfacher Demarchen der deutschen Botschaft in 24 Monaten nicht vorgenommen worden. Und das, obwohl Jugoslawien Vertragsstaat des Haager Zivilprozeßübereinkommens von 1954 ist.

[18] Vgl. BGH NJW 1972, 1004 mit ablehnender Anmerkung GEIMER NJW 1972, S. 1624 f. Vgl. dazu weiter KG/OLGZ 74, 328; BayObLG FamRZ 1975, 217 mit Anm. GEIMER; BÖKELMANN, Urteilsanmerkung: JR 1972, S. 425; SCHÜTZE, Internationales Zivilprozeßrecht, 1980, S. LI (alle ablehnend).

[19] Für die Parteien ist es anbei u. U. wichtig, dem Ausforschungsbeweis, den das Verfahren der pre-trial-discovery im US-amerikanischen Recht vorsieht, entgehen zu können. Vgl. zu pre-trial-discovery z. B. VON HÜLSEN, Gebrauch und Mißbrauch US-amerikanischer "pre-trial-discovery" und die internationale

bringt für staatliche Gerichte oft erhebliche Schwierigkeiten. Das Schiedsgericht ist insoweit mobiler, wenngleich es auf die Freiwilligkeit von Zeugen und Sachverständigen – anders als das ordentliche Gericht – angewiesen ist. Im übrigen muß die Rechtshilfe der staatlichen Gerichte (§§ 1035, 1036 ZPO) in Anspruch genommen werden.

3. Sprache

Bei internationalen Streitfällen wird der Verfahrensablauf vor dem Schiedsgericht durch die **8**
Möglichkeit erleichtert, daß die Parteien – soweit erforderlich – Schiedsrichter mit bestimmten Sprachkenntnissen bestellen können, während sie bei staatlichen Gerichten auf den Zufall hoffen müssen, daß ein Richter über die Schulkenntnisse hinausgehende sprachliche Qualifikationen besitzt. Regelmäßig wird es beim staatlichen Gericht notwendig sein, die gesamten Urkunden in die Gerichtssprache zu übersetzen. Die Gerichtssprache ist ohnehin durch die jeweilige Prozeßordnung vorgeschrieben. So ist nach § 184 GVG die Gerichtssprache deutsch, bei Beteiligung von Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ist unter Umständen nach § 185 GVG ein Dolmetscher hinzuzuziehen. Dies ist bei Schiedsgerichten nicht notwendig. Die Beteiligten können sich auf eine Sprache einigen und Schiedsrichter bestellen, die dieser Sprache kundig sind. Das geht so weit, daß selbst vor der Außenhandelsarbitrage der sozialistischen Staaten teilweise Schiedsgerichtsverfahren fremdsprachlich geführt werden[20], selbst wenn die Protokolle dann in der jeweiligen Gerichtssprache abgefaßt werden.

IV. Kosten

Dem Schiedsgericht wird besondere Kostengünstigkeit gegenüber dem Staatsgericht nachge- **9**
sagt[21]. Dies ist – mit Einschränkungen – richtig, wobei zwischen den nationalen und den internationalen Verfahren zu differenzieren ist.

1. Nationale Verfahren

Geht man von einem Streitwert von DM 100 000,– aus, so ergeben sich in erster Instanz vor **10**
dem Landgericht – mit Beweisaufnahme – folgende Kosten (ohne Auslagen, Zeugengebühren etc.).

Rechtshilfe: RIW/AWD 1982 S. 225 ff.; MENTZ, Das "Pre-Trial Discovery"-Verfahren im US-amerikanischen Zivilprozeß: RIW/AWD 1982, S. 73 ff.; STIEFEL, "Discovery"-Probleme und Erfahrungen im Deutsch-Amerikanischen Rechtsverkehr: RIW/AWD 1979, S. 509 ff.; SCHAAFF, Discovery und andere Mittel der Sachverhaltsaufklärung im englischen Pre-Trial-Verfahren im Vergleich zum deutschen Zivilprozeß, 1983.

[20] § 11 der Schiedsgerichtsordnung der tschechoslowakischen Außenhandelsarbitrage sieht ausdrücklich vor, daß das Schiedsgericht mit Zustimmung der Parteien im Bedarfsfall das Verfahren auch in einer anderen als der tschechischen oder slowakischen Sprache führen kann. Das ist keine rein theoretische Bestimmung, sie wird in der Praxis vielmehr ohne Schwierigkeiten angewendet.

[21] Vgl. GLOSSNER, a. a. O. S. 18 f.; GENTINETTA, a. a. O. S. 29 f. FN 35; SCHWAB, S. 4; zweifelnd KOHLER, a. a. O. S. 74.

Gerichtskosten	
Eine Gebühr gemäß § 11 Abs. 1 Anl. Nr. 1010	DM 812,—
2 Gebühren gemäß § 11 Abs. 1 Anl. Nr. 1016	DM 1624,—
	DM 2436,—
Rechtsanwaltskosten (2 Anwälte)	
Eine Gebühr gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 1 BRAGebO	DM 1585,—
Eine Gebühr gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 2 BRAGebO	DM 1585,—
Eine Gebühr gemäß § 31 Abs. 1 Nr. 3 BRAGebO	DM 1585,—
	DM 4755,—
14 % Mehrwertsteuer	DM 665,70
	DM 5420,70
2mal	DM 10841,40
Die Gesamtkosten einer Instanz vor dem Landgericht betragen deshalb	DM 10841,40
+	DM 2436,—
	DM 13277,40

Die Kosten eines Schiedsverfahrens mit gleichem Wert betragen bei üblicher Vergütung (vgl. Rdn. 234 ff.)

Schiedsgerichtskosten	
Obmann	
3mal 16/10 Gebühr	DM 7608,—
erster Schiedsrichter	
3mal 13/10 Gebühr	DM 6181,50
zweiter Schiedsrichter	
3mal 13/10 Gebühr	DM 6181,50
	DM 19971,—
+ 14 % Mehrwertsteuer	DM 2795,94
	DM 22766,94
Rechtsanwaltskosten (2 Anwälte)	
wie vor	DM 10841,40
Die Gesamtkosten des Schiedsverfahrens betragen deshalb	DM 22766,94
+	DM 10841,40
	DM 33608,34

Das bedeutet also, daß die Kosten des Schiedsverfahrens von DM 33608,34 Kosten vor dem Staatsgericht in erster Instanz von DM 13277,40 gegenüberstehen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Parteien sich im Schiedsverfahren selbst vertreten können, bietet das Schiedsverfahren bei einer Instanz keine Vorteile in kostenmäßiger Hinsicht gegenüber dem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten. Wenn man die Anwaltsgebühren außer Betracht läßt, dann stehen in obigem Beispiel immer noch Kosten von DM 13277,40 vor dem ordentlichen Gericht solchen von DM 22766,94 vor dem Schiedsgericht gegenüber. Hinzu kommen die Gebühren des

Vollstreckbarerklärungsverfahrens, wenn der Schuldner den Schiedsspruch nicht freiwillig erfüllt, die im Maximalfall mit DM 13 277,40 denen des ordentlichen Prozesses entsprechen[22].

Das vorstehende Beispiel täuscht aber. Es geht davon aus, daß der Prozeß vor dem Staatsgericht in einer Instanz beendet ist, wohingegen der Schuldner des Schiedsverfahrens nicht freiwillig den Schiedsspruch erfüllt[23]. Das Umgekehrte ist der Regelfall. Schiedssprüche werden regelmäßig freiwillig erfüllt, da im Vollstreckbarerklärungsverfahren wegen des Verbots der révision au fond keine Einwendungen mehr gegen den Anspruch vorgebracht werden können. Umgekehrt wird in vielen Fällen ein Rechtsmittel eingelegt, obwohl z. B. KOHLER gerade dies leugnet und meint, beim Kostenvergleich dürfe man die Mehrstufigkeit des Verfahrens vor dem Staatsgericht nicht berücksichtigen. Wenn man aber berücksichtigt, daß der ordentliche Prozß häufig durch mehrere Instanzen geht, dann ist das Schiedsverfahren schon bei zwei Instanzen kostengünstiger, erst recht, wenn der Schuldner noch Revision einlegt.

2. *Internationale Verfahren*

11 Bei internationalen Verfahren ist der Vergleich bei ad hoc-Schiedsgerichten schwieriger, da sich eine Üblichkeit hinsichtlich der Vergütung der Schiedsrichter nicht feststellen läßt. Prinzipiell bietet das Schiedsverfahren hier Vorteile gegenüber dem staatsgerichtlichen Verfahren in solchen Staaten, bei denen die Kosten unverhältnismäßig hoch sind, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika[24]. Die Vorteile des Schiedsverfahrens liegen hier auch insbesondere in der Kalkulierbarkeit der Kosten, die in den Staaten – und das ist die Mehrzahl – völlig unvorhersehbar werden, in denen keine streitwertabhängigen Gebühren bestehen, wie z. B. in den USA.

Bei institutionellen Schiedsgerichten lassen sich die Kosten relativ gut vergleichen. Es kommt auf die Gebührenordnung des einzelnen Schiedsgerichts an. Während die Gebührenordnungen der Außenhandelsarbitrage der sozialistischen Staaten relativ bescheidene Sätze vosehen[25], kann die Kostenbelastung bei der Schiedsgerichtsbarkeit der internationalen Handelskammer Paris verhältnismäßig groß werden, ist regelmäßig aber immer noch geringer als die Kostenbelastung bei der Prozeßführung vor manchen Staatsgerichten.

Auch im internationalen Bereich ist die Tatsache von Bedeutung, daß einer Instanz vor dem Schiedsgericht regelmäßig mehrere Instanzen vor dem Staatsgericht gegenüberstehen.

---

[22] Vgl. WIECZOREK/SCHÜTZE § 1042a Anm. C IV b 4, D IV c.

[23] Auf die Kostenvorteile durch Wegfall des Instanzenzuges weist SCHWAB, S. 4 hin; zweifelnd KOHLER, a. a. O. S. 74, der davon ausgeht, daß Prozesse vor dem Staatsgericht regelmäßig in einer Instanz beendet werden.

[24] Vgl. dazu WEINSCHENK, Die Eintreibung kleiner Forderungen in den USA: AWD 1973, S. 131 ff., der auf die wirtschaftliche Sinnlosigkeit der Rechtsverfolgung vor staatlichen Gerichten bei kleinen Forderungen hinweist; vgl. dazu auch SCHÜTZE, Konzeptionelle Unterschiede der Prozeßführung vor US-amerikanischen und deutschen Gerichten: WM 1983, S. 1078 ff. (1082 f.).

[25] So betragen die Gebühren der tschechoslowakischen Außenhandelsarbitrage nach dem Tarif B, der in deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis anwendbar ist:

Streitwert	*Gebühr*
bis 80 000 kčs	3 % jedoch mindestens 600 kčs
bis 800 000 kčs	2 400 kčs + 2 % von dem 80 000 kčs übersteigenden Betrag
bis 1 600 000 kčs	16 800 kčs + 1 % von dem 800 000 kčs übersteigenden Betrag
von 1 600 000 kčs aufwärts	24 800 kčs + 0,5 % von dem 1 600 000 kčs übersteigenden Betrag

Vgl. dazu im übrigen SCHÜTZE, Die Neuordnung der Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit in der Tschechoslowakei: Jahrbuch für Ostrecht Bd. XVI (1975), S. 95 ff.

(Schütze)

3. Kostenerstattung

12 Wegen der mangelnden Erstattungspflicht vor staatlichen Gerichten nach vielen Prozeßordnungen, z. B. in den USA, wird die Prozeßführung vor den ordentlichen Gerichten häufig zu einem finanziellen risikoreichen Abenteuer[26]. Selbst ein Prozeßgewinn kann zu einem Pyrrhussieg werden. Der Prozeßgewinn kann für die obsiegende Partei durch die außergerichtlichen Kosten aufgezehrt werden. In der Schiedsgerichtsvereinbarung kann dagegen die Prozeßkostentragungspflicht und die Erstattungspflicht hinsichtlich der außergerichtlichen Kosten des Unterliegenden an den Obsiegenden vorgesehen werden, die das Risiko für die Parteien kalkulierbar macht. So sieht Art. 20 der Vergleichs- und Schiedsordnung der internationalen Handelskammer Paris vor, daß die Schiedsgerichtskosten und die außergerichtlichen Kosten der Parteien durch den Schiedsspruch einer oder beiden Parteien auferlegt werden können. Bei den Schiedsordnungen der institutionellen Schiedsgerichte der Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit der sozialistischen Staaten allerdings ist zu berücksichtigen, daß außergerichtliche Kosten, einschließlich der Anwaltskosten der Parteien, grundsätzlich nicht erstattungsfähig sind[27].

V. Präzedenzwirkung der Entscheidung

13 Das Schiedsgericht fällt regelmäßig keine Grundsatzentscheidungen, jedenfalls keine mit präjudizieller Wirkung für künftige Fälle[28]. Ein Einfluß von Schiedssprüchen auf die Rechtsentwicklung scheitert zum einen schon an der vielbeklagten mangelnden Publikation von Schiedssprüchen[29] zum anderen aber auch an dem Fehlen einer „höchstrichterlichen" Instanz, die der Einheit einer schiedsrichterlichen Rechtsprechung dienen könnte. Sie wäre auch dem Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit – der Beilegung von konkreten Streitigkeiten – fremd.

Wegen der mangelnden Präzedenzfähigkeit von Schiedssprüchen zögern einzelne Branchen, z. B. Banken und Versicherungen, häufig[30], Schiedsvereinbarungen abzuschließen, die in ihrer rechtlichen Wirkung ungeklärte Rechtsgebilde beträfen, z. B. die Patronatserklärung[31]. Eine Entscheidung eines Schiedsgerichts kann in einem solchen Fall zwar eine gerechte Einzelfallentscheidung bringen, aber nicht die Unsicherheit der rechtlichen Bindungswirkung einer Patronatserklärung einer bestimmten Ausgestaltung beseitigen. Wenn eine Präzedenzwirkung gewollt ist, verbietet sich regelmäßig eine Schiedsvereinbarung.

---

[26] Vgl. dazu WEINSCHENK, AWD 1973, S. 131 ff.; SCHÜTZE WM 1983, S. 1078 ff. (1082 f.).

[27] So trägt nach den tschechoslowakischen Bestimmungen über die Kosten des Schiedsverfahrens (Ziff. 3) jede Partei die ihr entstandenen Auslagen selbst. Nach anderen Schiedsgerichtsordnungen kann das Schiedsgericht den Obsiegenden einen bis zu einem Höchstbetrag limitierten Kostenerstattungsanspruch zuerkennen, so § 27 der Verfahrensordnung der sowjetischen Außenhandels-Arbitragekommission (bis 5 %) und § 61 der Verfahrensordnung des polnischen Außenhandelsschiedsgerichts.

[28] Hierauf weisen besonders STRAATMANN/ULMER, Handelsrechtliche Schiedsgerichtspraxis, 1975, S. V hin.

[29] Die Sammlung von STRAATMANN/ULMER, a. a. O. enthält zu einem großen Teil Gerichtsentscheidungen, aber auch eine Fülle von Schiedssprüchen.

[30] Vgl. dazu KOHLER, a. a. O. S. 18 ff.

[31] Zu den Rechtsproblemen der Patronatserklärung existiert zwar eine fast abundante Literatur, jedoch praktisch keine Rechtsprechung. Vgl. KÖHLER, Patronatserklärungen als Kreditsicherheit: Tatsächliche Verbreitung – wirtschaftliche Gründe – rechtliche Bedeutung: WM 1978, S. 1338 ff.; OBERMÜLLER, Die Patronatserklärung: ZGR 4 (1975), S. 1 ff. Die einzige bekannte Gerichtsentscheidung in Europa ist durch das Pariser Handelsgericht am 13./27. 10. 1981 erlassen worden (BANQUE, 1981, 1455).

(Schütze)

Eine Ausnahme besteht für internationale Rechtsfälle. Hier können Schiedssprüche teilweise ganz erhebliche Präzedenzwirkung haben. Das gilt zunächst in gewissem Umfang für die institutionelle Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit der sozialistischen Staaten[32], die wegen der Konzentration von internationalen Rechtsfällen im Ost-West-Geschäft und der damit verbundenen Ersetzung der staatlichen Gerichtsbarkeit eine Sonderstellung einnimmt. Aber auch bei ad hoc-Schiedsgerichten kann im internationalen Bereich eine Präzedenzwirkung auftreten. **14**

1. Der ARAMCO-Schiedsspruch[33]

In der Rechtssache zwischen der Regierung Saudi-Arabiens und der ARABIAN-AMERICAN OIL COMPANY (ARAMCO) hat das Schiedsgericht unter dem Vorsitz von SAUSER-HALL grundsätzliche Ausführungen zum anwendbaren Recht im Völkerrecht bei der Beteiligung von Staaten am Schiedsverfahren gemacht, die eine wohl ebenso große Bedeutung wie ein Urteil eines Obersten Gerichts haben. **15**

2. Der SOJUZNEFTEXPORT-Fall

In dem Schiedsverfahren JORDAN INVESTMENTS LTD./SOJUSNEFTEXPORT[34] hat das Außenhandelsschiedsgericht bei der Allunionskammer in Moskau grundsätzliche Ausführungen zur höheren Gewalt bei Außenhandelsgeschäften gemacht, die über den Fall hinaus weitreichende Wirkungen gehabt haben. **16**

VI. Vertraulichkeit

Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist einer der in der Praxis wesentlichen Gründe für die Wahl der Schiedsgerichtsbarkeit[35]. Der Grundsatz der Öffentlichkeit, der in § 169 GVG statuiert ist, bringt es notwendigerweise mit sich, daß im Rahmen der Verhandlung vor dem erkennenden Gericht Interna eines Unternehmens, die die wirtschaftliche Situation der Firma, Kalkulationen etc. betreffen, bekannt werden. Hinzu kommt, daß durch die Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen – auch wenn die Parteien nicht namentlich genannt sind – Einzelheiten, die im Prozeß vorgetragen worden sind, einem großen Publikum einschließlich der Wettbewerber **17**

---

[32] Rechtsprechungsübersichten finden sich beispielsweise bei PFAFF, Die Außenhandelsschiedsgerichtsbarkeit der sozialistischen Länder im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland, 1973; vgl. auch SCHÄR/LUTHER, Bericht über die Durchführung eines Schiedsverfahrens vor der Außenhandels-Arbitragekommission bei der Handelskammer der UdSSR in Moskau: RiW 1956, S. 75 ff.

[33] Rev. crit. 1963, 305; vgl. dazu BATIFFOL, La sentence Aramco et le droit international privé: Rev. crit. 1964, S. 647 ff.; in ähnlicher Weise bedeutsam sind die Ausführungen von Lord AQUICK OF BISHOPSTONE zur Rechtsanwendung im Abu Dhabi Fall ICLQ 1952, 247.

[34] Vgl. dazu BERMAN, Force Majeure and the Denial of an Export License under Soviet Law: A Comment on Jordan Investments Ltd. v. Soiuznefteksport: RABELSZ 24 (1959), S. 449 ff.; SASSON, The Soviet-Israel Oil Arbitration: The Journal of Business Law 1959, S. 132 ff.; HECHT, Noch ein Wort zur israelisch-sowjetischen Öl-Arbitrage: AWD 1959, S. 36 f.; Jerusalem, Einstellung sowjetischer Öllieferungen nach Israel – Entscheidung der Außenhandels-Arbitragekommission bei der Handelskammer der UdSSR in Moskau: AWD 1958, S. 187.

[35] Vgl. dazu KOHLER, a. a. O. S. 79 ff.

bekannt werden. Viele Unternehmen scheuen diese Art der Publizität. Das gilt besonders bei gesellschaftsrechtlichen Auseinandersetzungen[36], die in hohem Maße – insbesondere bei dem Ausscheiden von Gesellschaftern – Offenlegung aller Geschäftsinterna erfordern. Zwar bietet auch § 172 Nr. 2, 3 GVG die Möglichkeit, unter besonderen Bedingungen die Öffentlichkeit auszuschließen. Dies vermag aber in keiner Weise die umfassende Vertraulichkeit des Schiedsverfahrens zu ersetzen.

Gilt der Vorteil der Vertraulichkeit in erster Linie also im Hinblick auf die Nichtöffentlichkeit, so kommt in Kartellstreitigkeiten – im Rahmen der eingeschränkten Möglichkeit des Abschlusses von Schiedsverträgen – hinzu, daß eine Benachrichtigung des Bundeskartellamts nach § 90 GWB entfällt.

VII. Durchsetzbarkeit des Titels

18 Im nationalen Bereich bestehen keine Unterschiede hinsichtlich der Durchsetzung eines für vollstreckbar erklärten Schiedsspruchs und eines Urteils eines staatlichen Gerichts. Im internationalen Bereich dagegen ist die Durchsetzbarkeit von Schiedssprüchen ungleich größer als die von gerichtlichen Entscheidungen.

1. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung

19 Die Bundesrepublik Deutschland hat mit einer größeren Zahl von Ländern staatsvertragliche Vereinbarungen über die Wirkungserstreckung von Schiedssprüchen als von Zivilurteilen abgeschlossen. Staatsvertragliche Vereinbarungen über die Wirkungserstreckung von Urteilen bestehen lediglich im Rahmen des EuGVÜ mit Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg sowie im Rahmen zweiseitiger Verträge mit der Schweiz, Italien, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Griechenland, Tunesien, Israel und Norwegen. Im übrigen ist die staatsvertragliche Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von gerichtlichen Entscheidungen auf Spezialmaterien, z. B. eisenbahnrechtliche Erkenntnisse, beschränkt. Dagegen sichern das UN-Übereinkommen vom 10. 6. 1958[37] und das Genfer Abkommen vom 26. 9. 1927[38] die internationale Geltendmachung von Schiedssprüchen im Verhältnis zu einer Vielzahl von Staaten.

Hinzu kommen bilaterale Vereinbarungen mit der Schweiz, Italien, Belgien, Österreich, den Niederlanden, Tunesien, Griechenland, Israel, Norwegen, den USA und der UdSSR.

Ähnlich günstig für Schiedssprüche ist die Situation nach autonomem deutschen Recht. Während das anerkennungsfeindliche Gegenseitigkeitserfordernis des § 328 Abs. 1 Nr. 5 ZPO nur die Geltendmachung von Zivilurteilen weniger Staaten ermöglicht, ist durch § 1044 ZPO – der das Gegenseitigkeitserfordernis nicht kennt – der Weg für die Geltendmachung von Schiedssprüchen jeglicher Nationalität offen.

Entsprechende Erleichterungen für die Geltendmachung von Schiedssprüchen gegenüber Zivilurteilen bestehen in vielen Staaten.

---

[36] Vgl. zur Schiedsgerichtsbarkeit im Bereich des Gesellschaftsrechts SCHOPP, Die Schiedsklauseln in Gesellschaftsverträgen: DB 1958, S. 591 ff.

[37] Vgl. dazu unten Rdn. 625.

[38] Vgl. dazu unten Rdn. 626.

2. *Sonstige Bindungswirkung*

Auch in den Fällen, in denen ein Staat weder staatliche Urteile noch Schiedssprüche zur Anerkennung zuläßt, ist ein Spruch eines Schiedsgerichts mit internationaler Reputation nicht bedeutungslos. Kein Unternehmen, das im internationalen Handel ernstgenommen werden will, verweigert die Erfüllung einer Verpflichtung ohne Begründung in irgendeiner Form. Ein Schiedsspruch, der die Verpflichtung feststellt und zur Erfüllung verurteilt, entfaltet – auch wenn er mit staatlicher Hilfe nicht zwangsweise durchgesetzt werden kann – eine starke tatsächliche und moralische Bindungswirkung. Der Schuldner wird international Vertrauen und Glaubwürdigkeit verlieren, wenn er nicht freiwillig den Spruch des Schiedsgerichts – dem er sich ja vorher unterworfen hat – erfüllt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich regelmäßig um wirtschaftlich bedeutsame Streitigkeiten handelt. **20**

B. Verbandsschiedsgerichtsbarkeit

Zahlreiche Vereins- und Verbandssatzungen enthalten Schiedsklauseln, die die Mitglieder verpflichten, Streitigkeiten unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges der Entscheidung eines Verbandsschiedsgerichts zu unterwerfen. Solche Schiedsklauseln in Satzungen von juristischen Personen sind grundsätzlich zulässig[1]. Es muß sich jedoch um juristische Personen des Privatrechts handeln[2]. Die Bestellung satzungsmäßiger Schiedsgerichte ist auch nicht rechtsfähigen Vereinen zugebilligt worden, jedoch nur soweit die Satzungsgewalt reicht[3] und in allen Fällen nur für Streitigkeiten aus dem eigentlichen Vereinsverhältnis, nicht auch wegen der sonstigen persönlichen Angelegenheiten der Vereinsmitglieder. **21**

Verbandsschiedsgerichte finden sich häufig bei Zusammenschlüssen von Kaufleuten im Sektor landwirtschaftlicher Rohprodukte, z. B. im Getreide- und Futtermittelhandel[4]. Diese Verbandsschiedsgerichte haben oft Zwangscharakter. Die Mitglieder müssen sich der Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen. Die Wahl der Schiedsrichter ist regelmäßig beschränkt. Sie ist aus Schiedsrichterlisten vorzunehmen.

Die Verbandsschiedsgerichtsbarkeit ist deshalb nicht ohne Risiken für die Beteiligten. Die Schiedsgerichtsordnungen entsprechen zuweilen durchaus nicht den Anforderungen, die an ein geordnetes Verfahren zu stellen sind. Ein besonders krasses Beispiel findet sich in den Verfahrensregeln des Kopenhagener Beurteilungs- und Schiedsausschusses für den Getreide- und Futtermittelhandel, die Gegenstand der Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln vom 10. 6. 1976[5] waren.

Nach § 4 der vorzitierten Regeln werden den Parteien eines Schiedsverfahrens die Namen der Schiedsrichter nicht bekanntgegeben. Nach § 7 der Ausschußregeln werden eine Zusammenfas-

---

[1] Vgl. dazu WIECZOREK/SCHÜTZE, § 1048 Anm. A I; KLEINMANN, Schiedsklauseln in Vereins- und Gesellschaftssatzungen: BB 1970, S. 1076 f.

[2] Vgl. BGHZ 48, 35.

[3] Vgl. KG NJW 1977, 57.

[4] Vgl. dazu GENTINETTA, Die lex fori a. a. O. S. 58 ff.

[5] OLG Köln ZZP 91 (1978), 318 mit Anm. KORNBLUM, a. a. O. S. 323 ff.

(Schütze)

sung des Falles und der ergangene Spruch in ein Spruchprotokoll eingetragen. Zu Recht hat das Oberlandesgericht Köln die Vollstreckbarerklärung eines nach diesen Regeln ergangenen Schiedsspruchs abgelehnt.

22 Die Gefahren der Verbandsschiedsgerichtsbarkeit zeigen sich besonders dann, wenn ein Verbandsschiedsgericht über Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern entscheiden soll. Der Bundesgerichtshof hat in einer Entscheidung vom 19. Dezember 1968[6] die grundsätzliche Unwirksamkeit von Klauseln in Schiedsverträgen, nach der ein nur aus Mitgliedern eines Vereins zu bildendes Schiedsgericht über Streitigkeiten zwischen Vereinsmitgliedern und Nichtmitgliedern zu entscheiden hat, statuiert. Diese Entscheidung ist zu Recht von KORNBLUM[7] begrüßt worden. Sie hat aber auch Ablehnung im Schrifttum erfahren, z. B. von BÜLOW[8].

23 Die Verbandsschiedsgerichtsbarkeit hat früher im Bereich der Kartellschiedsgerichte eine bedeutsame Rolle im Wirtschaftsleben gespielt[9]. Die Kartellschiedsgerichtsbarkeit ist durch § 91 GWB zurückgedrängt worden. Danach sind Schiedsverträge über künftige Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen oder Beschlüssen der in den §§ 1–5 b, 7, 8, 29, 99 Abs. 2 Nr. 1 a–4, §§ 100, 102, 102 a und 103 bezeichneten Art oder aus Ansprüchen im Sinne des § 35 nichtig, wenn sie nicht jedem Beteiligten das Recht geben, im Einzelfalle statt der Entscheidung durch das Schiedsgericht eine Entscheidung durch das ordentliche Gericht zu verlangen.

24 Von der Verbandsschiedsgerichtsbarkeit ist die Verbandsgerichtsbarkeit[10] zu unterscheiden, die in jüngster Zeit durch die Sportgerichte[11] in den Mittelpunkt des Interesses gerückt worden ist. Die Urteile des deutschen Fußballbundes haben zu harter Kritik Anlaß gegeben. Ordnungs- und Strafverfahren im Sinne einer Verbandsgerichtsbarkeit finden sich auch in Wirtschaftsverbänden, politischen Parteien und Gewerkschaften. Auch in diesem Bereich sind die Schiedskommissionen keine echten Schiedsgerichte, vielmehr Verbandsgerichte. Das OLG Frankfurt[12] hat die Schiedskommission im Parteiordnungsverfahren politischer Parteien, z. B. im Sinne des Organisationsstatutes der SPD, zu Recht nicht als Schiedsgericht angesehen.

C. Institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit und ad hoc-Schiedsgerichte

25 Von den beiden Erscheinungsformen der Schiedsgerichtsbarkeit ist die älteste Form das ad hoc-Schiedsgericht, dem die Entscheidung eines konkreten Streitfalles durch den hierfür einmalig bestellten Schiedsrichter übertragen wird. Diese Schiedsgerichtsbarkeit ist nicht nur älter als die

---

[6] BGHZ 51, 255 = NJW 1969, 750 mit zust. Anmerkung KORNBLUM, ZZP 82 (1969), S. 480 ff. Ablehnend BÜLOW, Unwiderleglich vermutete Befangenheit von Vereinsschiedsrichtern gegenüber Nichtmitgliedern?: NJW 1970, S. 585 ff.

[7] ZZP 82 (1969), S. 480 ff.

[8] NJW 1970, S. 585 ff.

[9] Vgl. GENTINETTA, Die lex fori a. a. O. S. 72 ff.

[10] Vgl. dazu SCHLOSSER, Vereins- und Verbandsgerichtsbarkeit, 1972.

[11] Vgl. dazu WESTERMANN, Zur Legitimität der Verbandsgerichtsbarkeit: JZ 1972, S. 537 ff.

[12] NJW 1970, 2250.

institutionalisierte Schiedsgerichtsbarkeit, sondern auch älter als die Staatsgerichtsbarkeit. Als Hermes dem Paris entgegenruft:

„Lege alle Furcht ab, die Göttinnen kommen zu dir als zu ihrem Schiedsrichter: dich haben sie gewählt, zu entscheiden, welche von ihnen dreien die Schönste sei. Zeuss befiehlt dir, dich diesem Richteramte zu unterziehen",

da war das der klassische Fall der Bestellung eines ad hoc-Schiedsgerichts[1]. Und in der Überreichung des goldenen Apfels, den er aus Heras Hand erhalten hatte, an Aphrodite, lag der Schiedsspruch, obwohl man korrekterweise fragen muß, ob Paris nicht vielleicht als Schiedsgutachter tätig geworden ist.

GLOSSNER[2] berichtet über den Streit zwischen den kretischen Städten Itanos und Hierapytna im zweiten vorchristlichen Jahrhundert, der der Stadt Magnesia am Mäander als ad hoc-Schiedsrichter übertragen wurde.

Die Zahl der Beispiele ließe sich beliebig vermehren[3].

I. Das ad hoc-Schiedsgericht

Kriterium des ad hoc-Schiedsgerichtes ist zunächst die Bestellung des oder der Schiedsrichter **26**
durch die Parteien oder einen Dritten für einen konkreten Streitfall. Diese Befugnis haben die Parteien aber auch – wenngleich vielfach eingeschränkt – bei institutionellen Schiedsgerichten, wenn sie „ihren" Schiedsrichter aus einer Liste auswählen können, wie dies beispielsweise bei der Außenhandelsarbitrage der sozialistischen Staaten der Fall ist.

Wesentliches Kriterium – in Abgrenzung zur institutionellen Schiedsgerichtsbarkeit – ist beim ad hoc-Schiedsgericht die Herrschaft der Parteien im Hinblick auf die Verfahrensordnung[4]. Nicht nur die Zusammensetzung des Schiedsgerichts, sondern auch der Verfahrensablauf unterliegt der Parteidisposition. Sie schaffen ihr eigenes Reglement, sind nicht an Verfahrensregeln gebunden – solange sie sich an die Grundprinzipien eines unparteiischen Schiedsverfahrens halten.

Das schließt nicht aus, daß sich die Parteien beim ad hoc-Schiedsgericht auch einer Standard- **27**
verfahrensordnung unterwerfen können, die sie für ihr Verfahren für angemessen und richtig halten. Solche Muster-Schiedsgerichtsordnungen finden sich insbesondere im internationalen Bereich. Hierzu gehören z. B.

---

[1] Vgl. für das Beispiel SANDERS, Recent Developments in International Commercial Arbitration: Festschrift für FRAGISTAS, Bd. I, S. 625 ff. (626): "Arbitration is as old as the world, or even older: think of Paris who had to decide a famous beauty-contest". Allerdings könnte man hier auch einen Schiedsgutachtensauftrag sehen, was jedoch den Verfassern die Mißbilligung moderner Frauenrechtlerinnen eintragen würde.

[2] Vgl. GLOSSNER, Arbitration – A Glance into History: Festschrift für EISEMANN, S. 19 ff.; ders., Der Gebietsstreit zwischen Itanos und Hierapytna auf Kreta im 2. Jahrhundert A. Chr. N., Diss. Erlangen 1948.

[3] Vgl. für historische Beispiele LEMOSSE, Réflexion sur la conception romaine de l'arbitrage international: Festschrift für R. SCHMIDT, 1966, S. 341 ff.; ZIEGLER, Das private Schiedsgericht im antiken römischen Recht, München 1971.

[4] Darauf weist besonders GENTINETTA, Die lex fori a. a. O. S. 33 ff. hin.

- die Schiedsordnung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE-Schiedsordnung)[5],
- die UNCITRAL-Schiedsordnung[6].

Die Benutzung solcher Muster-Schiedsordnungen bei der Vereinbarung eines ad hoc-Schiedsgerichts enthebt die Beteiligten von der Konzipierung einer Verfahrensordnung, mit der sie häufig überfordert sind. Die schwersten Fehler bei der Vertragsgestaltung finden sich in den Schiedsgerichtsvereinbarungen, die – wenn sie wirklich ihren Zweck erfüllen sollen – viel Sorgfalt und Zeit erfordern.

Lücken in der Vereinbarung der Parteien bei der Gestaltung der Verfahrensordnung eines ad hoc-Schiedsgerichtes werden durch §§ 1025 ff. ZPO ausgefüllt, eine Regelung, die lückenhaft und teilweise wenig glücklich ist[7].

II. Das institutionelle Schiedsgericht

28 Institutionelle Schiedsgerichte sind – um einen Ausdruck GENTINETTAS[8] zu benutzen – „vorfabrizierte" Schiedsgerichte. Sie stellen eine Zwischenform zwischen dem Staatsgericht und dem ad hoc-Schiedsgericht dar.

Mit dem Staatsgericht gemeinsam hat das institutionelle Schiedsgericht die feste Organisation (Sekretariat, Verwaltung) und die allgemein gültige Verfahrensordnung, mit dem ad hoc-Schiedsgericht die Möglichkeit, die Schiedsrichter zu bestimmen – wenngleich die Wahlmöglichkeit teilweise durch Listen eingeschränkt ist – und die weitgehende Freiheit zur Verfahrensgestaltung im Rahmen der vorgegebenen Verfahrensordnung.

1. Vor- und Nachteile der institutionellen Schiedsgerichtsbarkeit

29 – Ein wesentlicher Vorteil des institutionellen gegenüber dem ad hoc-Schiedsgericht ist die Erleichterung des Verfahrensablaufs. Dem institutionellen Schiedsgericht steht eine Organisation zur Verfügung, die Ladungen und Zustellungen vornimmt, Räume für die Durchführung des Verfahrens zur Verfügung stellt und den technischen Ablauf des Prozesses gewährleistet. Dies ist bei ad hoc-Schiedsgerichten bei häufig unerfahrenen Schiedsrichtern nicht der Fall. Das führt teilweise zu schwerwiegenden Verfahrensfehlern, die das Verfahren selbst gefährden können.

---

[5] Vgl. dazu ARNOLD, Die Schiedsgerichtsordnung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen: AWD 1967, S. 179 ff.; BENJAMIN, Nouveaux réglements d'arbitrage pour le commerce international: Arbitrage International Commercial, 1965, S. 321 ff.; COHN, The Rules of Arbitration of the U. N. Economic Commission for Europe: Int. Comp. L. Q. 16 (1967), S. 946 ff.

[6] Vgl. dazu GLOSSNER, Die UNCITRAL-Schiedsordnung in der Praxis: RIW/AWD 1978, S. 141 f.; HERBER, Die Arbeiten des Ausschusses der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL): RIW/AWD 1976, S. 125 ff.; 1977, S. 314 ff. v. HOFFMANN, UNCITRAL Rules für internationale Schiedsverfahren: RIW/AWD 1976, S. 1 ff.; PIRRUNG, Die Schiedsverfahrensordnung der UNCITRAL: RIW/AWD 1977, S. 513 ff.; RAUH, Die Schieds- und Schlichtungsordnungen der UNCITRAL, 1983.

[7] So ist die gesetzliche Lösung des § 1028 ZPO, wonach das Zweierschiedsgericht die Regel ist, äußerst unpraktikabel.

[8] Vgl. GENTINETTA, Die lex fori a. a. O. S. 36.

- Das institutionelle Schiedsgericht macht es den Parteien durch die Zurverfügungstellung einer Verfahrensordnung leicht. Die Parteien brauchen nicht selbst den Ablauf des Prozesses zu regeln, wobei ihnen häufig Fehler unterlaufen. Zu den Verfahrensordnungen der institutionellen Schiedsgerichte hat sich bereits eine Rechtsprechung hinsichtlich der Auslegung gebildet, die die Entscheidung – im Gegensatz zu einer Entscheidung eines ad hoc-Schiedsgerichtes – voraussehbar macht. Das gilt insbesondere für die Spruchpraxis der Außenhandelsarbitrage der sozialistischen Länder. **30**
- Der Schiedsspruch eines angesehenen institutionellen Schiedsgerichts hat über die Frage der Vollstreckungsmöglichkeit hinaus eine starke moralische Bindungswirkung. Das ist letztlich wohl der Grund, warum bei Handelsgeschäften mit arabischen Staaten – auch wenn eine Vollstreckungsmöglichkeit des Schiedsspruchs nicht gegeben ist – so gern die Zuständigkeit des Schiedsgerichts der Internationalen Handelskammer Paris vereinbart wird. **31**
- Nachteilig wirkt sich bei institutionellen Schiedsgerichten häufig die Tatsache der begrenzten Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Schiedsrichter aus. Die Listen sind teilweise so klein, daß eine echte Wahlmöglichkeit nicht besteht, so bei der albanischen Außenhandelsarbitrage in Tirana. Nun ist nicht zu verkennen, daß die Schiedsrichterliste – wenn sie verantwortungsbewußt zusammengestellt wird – zu einer Auswahl sachkundiger und fähiger Schiedsrichter führt und die Bestellung unqualifizierter Schiedsrichter aus Parteiinteresse – die bei ad hoc-Schiedsgerichten häufig zu beobachten ist – nicht zuläßt. Es gibt aber auch schwere Mißbräuche. So haben die Parteien bei dem ständigen Schiedsgericht des Kopenhagener Beurteilungs- und Schiedsausschusses für den Getreide- und Futtermittelhandel nicht nur nicht die Möglichkeit, die Schiedsrichter zu wählen, § 4 der Verfahrensregeln dieses institutionellen Schiedsgerichts bestimmt vielmehr, daß den Parteien eines Schiedsverfahrens die Namen der Schiedsrichter nicht einmal bekanntgegeben werden und aus dem Spruchprotokoll und dem Schiedsspruch nicht einmal die Namen der Schiedsricher – mit Ausnahme des Obmanns – hervorgehen. **32**
- Das institutionelle Schiedsgericht beschränkt die Parteien in der Möglichkeit, das Verfahren zu bestimmen. Sie sind an die Verfahrensordnung des Schiedsgerichts gebunden, die in vielen Punkten nicht abdingbar ist. **33**

2. *Wesentliche institutionelle Schiedsgerichte*

Die institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit hat sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich steigende Bedeutung, obwohl ihr Schwergewicht im internationalen Bereich liegt. **34**

Im nationalen Bereich ist das ständige Schiedsgericht beim deutschen Ausschuß für Schiedsgerichtswesen als branchenunabhängiges institutionelles Schiedsgericht zu erwähnen. Daneben stellen einzelne Verbände ihren Mitgliedern für die Streitfälle, die sich branchenspezifisch entwickeln, institutionelle Schiedsgerichte zur Verfügung.

Im internationalen Bereich sind zunächst die ständigen Schiedsgerichte bei Handelskammern zu erwähnen, z. B. das bei der Internationalen Handelskammer Paris[9], der Handelskammer

[9] Vgl. zur Schiedsordnung 1975 STOLTENBERG, Die neue Schiedsordnung der Internationalen Handelskammer Paris: NJW 1975, S. 2130 ff.; EISEMANN, The Revised Rules of Arbitration of the International Chamber of Commerce: Yearbook Commercial Arbitration I (1976), S. 167 ff.; DE HANCOCK, The ICC Court of Arbitration. The Institution and its Procedures: Journal of International Arbitration 1 (1984), S. 21 ff.; JARVIN, Beilegung internationaler Handelsstreitigkeiten: RIW/AWD 1984, S. 512 ff.; im übrigen unten Rdn. 816 ff.

Stockholm[10] und der Handelskammer Zürich[11]. Zwischenformen zwischen echten institutionellen Schiedsgerichten und Schiedsgerichtssystemen im Rahmen von Musterschiedsordnungen stellen die amerikanischen Schiedsgerichtseinrichtungen dar.

- Die American Arbitration Association (AAA), gegründet 1926 in New York, genießt überragende Bedeutung in den USA. – Sie unterhält in wesentlichen Städten der USA regionale Büros, die Sekretariate und Verhandlungsräume zur Verfügung stellen. Die Schiedsrichterliste ist ungeheuer groß. Sie umfaßte im Jahr 1967 bereits ca. 25 000 Personen. Man kann zweifeln, ob bei einer derartig großen Schiedsrichterliste noch die Prüfung der Qualifikation der Schiedsrichter gewahrt ist.
- Ein ähnliches Schiedsgerichtssystem für Südamerika stellt die Inter-American Commercial Arbitration Commission (IACAC), 1934 durch die AAA geschaffen, dar. Schon aus der Gründung durch die American Arbitration Association ergibt sich, daß die IACAC in ihrem Schiedsreglement dem der AAA nachgebildet ist.
- Für Kanada existiert in ähnlicher Weise das Schiedssystem der Canadian-American Commercial Arbitration Commission (CACAC), gegründet 1943. Auch hier folgt das Schiedsreglement dem der AAA.

D. Abgrenzung der privaten Schiedsgerichtsbarkeit von verwandten Rechtsinstituten

I. Schiedsgerichtsvereinbarung und Schiedsgutachterabrede

35 Schiedsrichter (Schiedsgericht) und Schiedsgutachter unterscheiden sich sowohl in ihrer Funktion als auch in der Art des von ihnen erlassenen Spruchs. Das Schiedsgericht tritt an die Stelle des an sich zur Entscheidung berufenen Gerichts. Durch den Schiedsspruch wird ein Rechtsstreit endgültig entschieden. Im Gegensatz dazu stellt ein Schiedsgutachten[1] nur ein – in einem Rechtsstreit erhebliches – Element für Parteien und (Schieds-)Gericht bindend[2] fest. Die Schiedsgutachterabrede grenzt an den – im übrigen unzulässigen – Beweisvertrag an[3].

Die Abgrenzung von Schiedsspruch und Schiedsgutachten ist fließend[4]. Die herkömmliche Unterscheidung, wonach das Schiedsgutachten lediglich die Feststellung von Tatbestandselementen enthält, der Schiedsspruch dagegen urteilsgleich einen Rechtsstreit beendet[5], hilft nicht weiter.

---

[10] Vgl. unten Rdn. 839 ff.

[11] Vgl. unten Rdn. 829 ff.

[1] Vgl. dazu HABSCHEID, Das Schiedsgutachten: Festschrift für HEINRICH LEHMANN, Bd. II, 1956, S. 789 ff.; ders., Schiedsvertrag und Schiedsgutachtenvereinbarung: KTS 1957, S. 129 ff.; RAUSCHER, Das Schiedsgutachtenrecht unter besonderer Berücksichtigung der Regelungen der Praxis des Massenverkehrs, 1969; VOLMER, Das Schiedsgutachtenrecht – Bestandsaufnahme und Fragen der Praxis: BB 1984, S. 1010 ff.

[2] Zur Nachprüfbarkeit vgl. GELHAAR, Die gerichtliche Nachprüfung von Schiedsgutachten: DB 1968, S. 743 ff.

[3] Vgl. WIECZOREK/SCHÜTZE, § 1025 Anm. C II a 1.

[4] Vgl. dazu auch BGH BB 1982, 1077.

[5] Vgl. z. B. BGH NJW 1952, 1296.

(Schütze)

Schon das Reichsgericht[6] und ihm folgend der Bundesgerichtshof[7] sind davon ausgegangen, daß sich die Tätigkeit des Schiedsgutachters nicht auf die Ermittlung einzelner Tatbestandsmerkmale zu beschränken habe, daß ihm vielmehr auch deren rechtliche Einordnung übertragen werden könne.

Der Bundesgerichtshof führt dazu aus:

„Es mag sein, daß im Ergebnis die Stellung eines Schiedsgutachters der eines Schiedsrichters sehr ähnlich sein kann. Das ändert aber nichts daran, daß es nicht ausgeschlossen ist, dem Schiedsgutachter auch eine rechtliche Beurteilung zu übertragen, von der die von ihm zu treffende Tatsachenfeststellung in der Weise abhängt, daß dies ohne vorherige Beantwortung der vorgreiflichen Rechtsfrage nicht vorgenommen werden kann."[8]

Schiedsgutachten und Schiedsspruch gehen ineinander über. Die Grenzen sind fließend[9]. Wenn man mit HABSCHEID drei Arten von Schiedsgutachten, nämlich rechtsbegründende, rechtsändernde und rechtsklärende Gutachten unterscheidet, so ist jedenfalls das rechtsklärende Schiedsgutachten eine Übergangsform zum Schiedsspruch. Denn das Schiedsgutachten gestaltet die Rechtslage zwar nicht, klärt sie nur feststellend. Es dient aber der reibungslosen Abwicklung einer bereits bestehenden Obligation (Feststellung des angemessenen Kaufpreises, der banküblichen Zinsen pp.)[10].

Die von HABSCHEID begründete Lehre ist heute im Vordringen[11].

Besondere Bedeutung hat das Schiedsgutachten in folgenden Bereichen: **36**

Qualitätsfeststellung: Bei Waren, insbesondere verderblichen Gütern, wird die Feststellung der Abweichung von der vertraglich vereinbarten Qualität und der Minderwert oft einem Schiedsgutachter übertragen. Für die Qualitätsarbitrage – deren Bezeichnung als Arbitrage mißverständlich ist – stehen teilweise besondere Verfahrensordnungen zur Verfügung[12].

Wertermittlung: Dem Schiedsgutachter kann die Ermittlung des angemessenen Kaufpreises[13], des Unternehmenswertes[14], der angemessenen Mieterhöhung etc. übertragen werden, wobei die Vereinbarung von Schiedsgutachtenabreden in Wertsicherungsklauseln[15] besondere Probleme aufwirft.

Schadensfeststellung und -schätzung: Gegenstand von Schiedsgutachten kann auch die Schätzung von Mängeln bei der Kfz-Reparatur[16] oder sonstiger Schäden sein.

---

[6] Vgl. RGZ 152, 201 (204).
[7] Vgl. BGH NJW 1955, 655; BGHZ 48, 25 (30).
[8] BGHZ 48, 30 f.
[9] Vgl. HABSCHEID, Festschrift für LEHMANN, a. a. O. S. 789 ff.
[10] Vgl. HABSCHEID, Festschrift für LEHMANN, a. a. O. S. 789 ff.
[11] Vgl. STEIN/JONAS/SCHLOSSER, vor § 1025, Rdn. 24 ff.
[12] Vgl. dazu STRAATMANN, Die Qualitätsarbitrage, Eine Rechtsschöpfung des Überseehandels: Festschrift für STÖDTER, 1979, S. 109 ff.
[13] Vgl. dazu LG Hamburg NJW 1970, 2064; RAUSCHER, DAT-Schätzungen – Schiedsgutachten auf unzureichender Grundlage: BB 1974, S. 629 ff.
[14] Vgl. dazu RIBBERT, Unternehmensbewertung durch einen Schiedsgutachter: DB 1978, S. 2085 ff.
[15] Vgl. dazu BULLA, Schiedsgutachtenklauseln in Wertsicherungsabreden: BB 1976, S. 389 ff.
[16] Vgl. AG Erlangen BB 1976, 252.

(Schütze)

II. Private und öffentlich-rechtliche Schiedsgerichtsbarkeit

37 Von der hier allein behandelten privaten Schiedsgerichtsbarkeit ist die öffentlichrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit, die insbesondere im internationalen Bereich ihren Platz hat, zu unterscheiden. Hierhin gehört die völkerrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit, deren wichtigste Institution der Internationale Gerichtshof im Haag ist[17].

Zur öffentlich-rechtlichen Schiedsgerichtsbarkeit ist aber auch der Bereich der schiedsrichterlichen Regelung von Investitionsstreitigkeiten nach dem Weltbankübereinkommen[18] zu rechnen. Auf der anderen Seite scheiden nicht alle Schiedsverfahren in Streitigkeiten zwischen Staaten und Privatunternehmen aus dem Bereich der privaten Schiedsgerichtsbarkeit aus[19].

Vertragspartner bei Geschäften mit Staatshandelsländern und Entwicklungsländern ist in vielen Fällen der Staat oder eine seiner Organisationen. Ob es sich um den Bau einer Raffinerie in Syrien, eines Krankenhauses in Libyen oder von Transformatorenstationen in der UdSSR handelt, immer tritt der Staat in einer seiner Organisationsformen als Vertragspartner auf. In diesen Fällen, in denen der Staat rein wirtschaftlich handelt – und deshalb nach dem Prinzip der eingeschränkten Immunität[20] auch nicht immun ist – wird häufig die private internationale Schiedsgerichtsbarkeit zur Streitschlichtung vereinbart.

E. Terminologie

38 Die terminologische Verwirrung im Bereich der Schiedsgerichtsbarkeit ist groß[1]. Gesetz, Rechtsprechung und Schrifttum messen Begriffen teilweise unterschiedliche Bedeutung zu, benutzen andererseits unterschiedlichste Begriffe teilweise synonym.

Schiedsvereinbarungen

Das französische Recht[2] und – ihm folgend – zahlreiche andere Rechte differenzieren bei der Zulässigkeit von Schiedsgerichtsvereinbarungen hinsichtlich gegenwärtiger und künftiger Rechtsstreitigkeiten. Für erstere ist der Terminus *compromis* gebräuchlich, für letztere *clause compromissoire*. Diese Unterscheidung ist auch in internationale Abkommen eingegangen, so in die Genfer Übereinkommen von 1923 und 1927[3].

---

[17] Vgl. dazu HONIG, The International Court of Justice, 1958; LIACOURAS, The International Court of Justice, 1962; WEHBERG/GOLDSCHMIDT, Der internationale Gerichtshof, 1973.

[18] Vgl. dazu unten Rdn. 555.

[19] Vgl. auch BÖCKSTIEGEL, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Streitigkeiten zwischen Staaten und Privatunternehmen: AWD 1965, S. 101 ff.

[20] Vgl. dazu MALINA, Die völkerrechtliche Immunität ausländischer Staaten im Erkenntnisverfahren, Diss. Marburg 1978.

[1] Vgl. dazu SAREIKA, Zu den Begriffen in der Schiedsgerichtsbarkeit: ZZP 90 (1977), S. 285 ff., der eine umfassende Bestandsaufnahme bringt, allerdings die Verwirrung durch Schöpfung neuer Begriffe nicht kleiner macht.

[2] Vgl. dazu insbes. FOUCHARD, L'Arbitrage Commercial International, 1965, S. 53 ff.; ROBERT, Arbitrage Civil et Commercial, 4. Aufl., S. 32 ff.

[3] Vgl. dazu SCHLOSSER, Das Recht der privaten internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 1975, Rdn. 256 ff.

Im deutschen Recht hat die Unterscheidung in Schiedsvereinbarungen für gegenwärtige und künftige Rechtsstreitigkeiten keine große Bedeutung. Beide sind im Grundsatz gleich zu behandeln. Immerhin ist die Zulässigkeit des Ausschlusses der staatlichen Gerichtsbarkeit für künftige Rechtsstreitigkeiten zugunsten eines Schiedsgerichts auch vereinzelt im deutschen Recht beschränkt, so in § 91 GWB[4]. Mit der herrschenden Praxis erscheint folgende Terminologie sinnvoll.

Schiedsvertrag = Schiedsabrede **39**

Schiedsvereinbarung betreffend einen gegenwärtigen Streit (compromis i. S. französischer Terminologie).

Schiedsklausel

Schiedsvereinbarung betreffend einen künftigen Streit (clause compromissoire i. S. französischer Terminologie).

Schiedsvereinbarung

Oberbegriff für jede Art des rechtsgeschäftlichen Ausschlusses der staatlichen Gerichtsbarkeit zugunsten eines Schiedsgerichts (umfaßt Schiedsvertrag und Schiedsklausel).

Schiedsrichtervertrag

Von der Schiedsvereinbarung zu unterscheiden ist der Schiedsrichtervertrag. Er regelt das Verhältnis zwischen Schiedsrichtern und Parteien.

Schiedsgerichte

Unter den Schiedsgerichten unterscheidet man solche, die für die Entscheidung eines Einzelfalls bestimmt werden und solche, die auf Dauer zur Entscheidung einer Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten eingerichtet sind.

Ad hoc-Schiedsgericht = Gelegenheitsschiedsgericht

Schiedsgericht, das für den Einzelfall bestimmt wird (vgl. oben Rdn. 26 f.).

Institutionelles Schiedsgericht = ständiges Schiedsgericht

auf Dauer eingerichtetes Schiedsgericht mit einer Mindestorganisation zur Entscheidung einer Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten.

Verbandsschiedsgericht

eine Art des institutionellen Schiedsgerichts, das von einem Verband oder sonstigem Zusammenschluß (Verein pp.) zur Entscheidung von Streitigkeiten der Mitglieder untereinander oder von Mitgliedern und Nichtmitgliedern eingerichtet ist (vgl. oben Rdn. 21 ff.).

---

[4] Vgl. dazu JESSEN, Schiedsverträge im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen: BB 1960, S. 1116 ff., WIECZOREK/SCHÜTZE, § 1025 Anm. B I c 5.

(Schütze)